

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 48 · 28. November 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Letzte Chance auf den Frieden?

Die Debatte um das US-Memorandum zur Beendigung des Ukrainekriegs Seite 3



Erpressbar Wie China als Chip-Großmacht Europa eiskalt kontrolliert Seite 2



Standhaft Die legendäre Busfahrt von Rosa Parks in die Freiheit Seite 11

VON RENÉ NEHRING

DEBATTE

Die Wirtschaft streitet über ihr Verhältnis zur AfD

Deutschlands Verbände und Unternehmen stehen vor der Entscheidung – sollen sie sich zur Oppositionspartei hin öffnen oder an der Brandmauer festhalten?

Es gibt Debatten, über die kann man nur den Kopf schütteln. In Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen und steigender Umfragewerte der AfD diskutieren die deutschen Wirtschaftsverbände dieser Tage über ihr Verhältnis zur größten deutschen Oppositionspartei. Auslöser ist die Ansage des Verbandes der Familienunternehmer und dessen Präsidentin Marie-Christine Ostermann, künftig auch mit der AfD reden zu wollen und somit die „Brandmauer“ aufzugeben.

Bereits im Oktober lud der Verband erstmals AfD-Vertreter zu seinem Parlamentarischen Abend ein. Gegenüber dem „Handelsblatt“ begründete Ostermann ihren Schritt damit, dass die Totalabgrenzung der Partei nicht funktioniert habe. Stattdessen wolle man die AfD nun „inhaltlich stellen“, also in Gesprächen ihre Positionen auf Widersprüche prüfen. Zugleich erklärte die Präsidentin, dass sie eine Regierungsbeteiligung der AfD im Moment nicht unterstütze.

Pragmatischer Mittelstand

Ähnlich pragmatisch äußert sich der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW). Dessen Geschäftsführer Christoph Ahlhaus, immerhin ein ehemaliger CDU-Politiker, kündigte ebenfalls an, die bisherige Ablehnungsstrategie zu überdenken. „Umfrage- und Wahlergebnisse“, so Ahlhaus gegenüber dem „Handelsblatt“, „sprechen dafür, dass die Brandmauer nicht erfolgreich war.“ Deshalb plane sein Verband nun, eine neue Position zu erarbeiten, ohne sich „wegzuducken“. Zugleich betonte auch Ahlhaus, dass sein Verband die AfD weiterhin kritisch sehe und klar zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft stehe.

Harte Kritik an der Öffnung zur AfD gab es nicht nur von Seiten der etablierten Parteien – bei denen die Empörung aufgrund ihrer eigenen Haltung zu der Oppo-

sitionspartei erwartbar war –, sondern auch von anderen Wirtschaftsvertretern. So hält der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) strikt an der bisherigen Distanzierung fest. „Wir suchen nicht proaktiv den Austausch mit radikalen Parteien wie der AfD“, erklärte ein Sprecher der Nachrichtenagentur AFP. BDI-Präsident Siegfried Russwurm hatte bereits vor der Bundestagswahl 2025 das AfD-Programm als „katastrophal“ bezeichnet. Dieses würde Lieferketten zerstören, Exporte torpedieren und hunderte Milliarden Euro Bruttowertschöpfung kosten.

Auch der Verband der Automobilindustrie (VDA) positioniert sich klar gegen jede „Normalisierung“ der AfD. VDA-Präsidentin Hildegard Müller (CDU) betonte, dass die AfD-Politik „katastrophal für die Branche“ sei. So würde die Forderung der Partei nach einem Ausstieg aus EU-Handelsabkommen und dem Euro die Exportfähigkeit der Branche und die Lieferketten der Wirtschaft insgesamt gefährden. Ausdrücklich kritisiert Müller auch die Öffnung anderer Verbände zur AfD: „Dialog ja, aber nicht mit Extremen, die unsere Märkte zerstören.“

Mit dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hält ein weiteres Schwergewicht an der Brandmauer fest. Erst vor wenigen Tagen kritisierte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae (Grüne) die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der AfD scharf

als „faktenwidrig und klimapolitisch rückwärtsgewandt“. So würde laut BDEW die AfD-Forderung, alle Windkraftanlagen abzureißen, 40 Prozent der Stromerzeugung gefährden und die Energiekosten um 30 Prozent steigen lassen sowie Deutschland von Importen abhängig machen. Deshalb lehne der Verband Gespräche mit der AfD ab, da diese nur Populismus legitimieren würden, ohne Inhalte zu ändern.

Die wohl radikalste Abgrenzung zur AfD vollzog dieser Tage kein Verband, sondern die Deutsche Bank. Diese kündigte kurzerhand dem Familienverband den Mietvertrag für eine Veranstaltung in ihrer Berliner Repräsentanz, bei der ein AfD-Politiker zu einem Vortrag geladen war.

Diverse Absurditäten

Unabhängig davon, ob die genannten Argumente stimmen, zeigt diese Debatte gleich mehrere Absurditäten. Zum einen erscheint es in einer Demokratie fragwürdig, wenn die Repräsentanten der Wirtschaft nicht mit der größten Oppositionspartei reden dürfen sollen oder gar freiwillig darauf verzichten. Schließlich sind beide – Opposition wie Verbände – konstituierende Elemente des Verfassungsstaats.

Hinzu kommt, dass die besorgten, vor einem wirtschaftlichen Niedergang warnenden Stimmen ausblenden, dass es diesen seit Jahren gibt. So führte der wirtschaftspolitische Kurs der vormaligen Ampelregierung drei Jahre in Folge in die Re-

zession und damit zu unzähligen Insolvenzen oder zu Abwanderungen tausender Unternehmen. Trotzdem ist nicht überlieferbar, dass die Wirtschaftsverbände je darüber nachgedacht hätten, sich nicht mehr mit den Grünen an einen Tisch zu setzen.

Ein weiterer Punkt ist, dass – wie bei den allgemeinen Brandmauer-Debatten – auch hier über die falschen Themen diskutiert wird. Wo ist, zum Beispiel, in den Verbänden die Diskussion darüber, warum die etablierten Parteien seit Jahren so schwächeln? Anstatt über die Ursachen der tektonischen Verschiebungen der gesellschaftspolitischen Landschaft zu diskutieren, wird auch hier nur über die Befunde auf den Seismographen geredet.

Mit Blick auf die Geschichte spricht indes viel dafür, dass die jetzt noch AfD-kritischen Verbände schon bald ihre Positionen ändern werden. Die Deutsche Bank etwa finanzierte einst des Kaisers Kanonen, profitierte im „Dritten Reich“ von Hitlers Kriegswirtschaft und der „Arisierung“ jüdischen Vermögens, war später dann eine Säule des Wirtschaftswunders – und in den letzten Jahren lebte sie gut und gern von den üppigen Geldern, die der Staat in die Energiewende pumpte. Da dürfte es nicht verwundern, wenn Deutschlands größte Bank im Falle einer Regierungsbeteiligung der AfD zu den ersten gehörten sollte, die die Vertreter der heute noch verachteten Partei mit warmen Worten in ihre Räume einlädt.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Dramatischer Anstieg von Obdachlosen aus Nicht-EU-Ländern Seite 4

Kultur

Zwei exklusive Ausstellungen zum 150. Geburtstag des Lyrikers Rainer Maria Rilke Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Über 300 Jahre wurden in Ostpreußen Frauen wegen Hexerei verfolgt Seite 18

Reise

Literarischer Spaziergang durch Portugals Hauptstadt Lissabon Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 48
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

China hat längst die Kontrolle über Schlüsseltechnologien wie die Halbleiterindustrie. Der Westen wird dadurch immer erpressbarer und muss auch auf andere wirtschaftliche Störversuche aus dem Fernen Osten reagieren

Wer am längeren Hebel sitzt

Die Produktion von Mikrochips liegt fest in den Händen von Unternehmen aus Fernost – EU ist ausgeliefert

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit etwa 15 Jahren erwerben Unternehmen aus der Volksrepublik China vermehrt europäische Hochtechnologiefirmen, wobei hinter den Käufers meist die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) steht. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Übernahme des niederländischen Chip-Herstellers NXP Semiconductors durch Wingtech Technology im Jahr 2018 für 3,6 Milliarden US-Dollar. Neuer Chef des nunmehr Nexperia genannten Unternehmens wurde Zhang Xuezheng, welcher der KPCh angehört und dessen Konzern Wingtech sich zum Teil im Besitz des chinesischen Staates befindet.

Daher kann auch kaum verwundern, dass Zhang unlängst Vorbereitungen dafür traf, Produktionskapazitäten, finanzielle Ressourcen und geistiges Eigentum von Nexperia an ein anderes chinesisches Unternehmen zu übertragen. Dem vorausgegangen waren zwei Entscheidungen der Biden- und Trump-Regierung vom Dezember 2024 und September 2025, Nexperia von US-amerikanischen Rohmaterialien und Technologien abzuschneiden, weil das Unternehmen nunmehr eine Tochter des chinesischen Wingtech-Konzerns ist, der verdächtigt wird, US-Interessen zu schaden.

In Reaktion auf die Aktivitäten von Zhang übernahm die niederländische Regierung am 30. September die Aufsicht über die Nexperia-Produktionsstätten in Europa, worauf am 7. Oktober die offizielle Suspendierung des chinesischen Firmenchefs folgte. Peking wertete das als faktische Enteignung und verhängte ein umfassendes Exportverbot für Nexperia-Mikrochips, deren Endmontage, Prüfung und Verpackung mittlerweile nicht mehr in den Niederlanden, sondern bei Nexperia China in Dongguan erfolgt.

Das war ein schwerer Schlag gegen die Europäische Union, weil diese in großem Umfang Standardhalbleiter von Nexperia importiert, welche dann in der Automobilindustrie und etlichen anderen Wirtschaftszweigen zum Einsatz kommen. So stecken in nur einem Fahrzeug von Volkswagen mittlerweile rund 600 Chips, die vielfach von Nexperia hergestellt werden. Daher standen bei VW sogar Produktionsstopps zur Diskussion.

Insgesamt liefert Nexperia China im Normalfall 50 Milliarden Chips pro Jahr ins Ausland, wodurch Peking eindeutig am längeren Hebel saß. Deshalb konnte es schließlich einen Deal mit dem US-Präsidenten Trump und der Regierung in Den Haag aushandeln. Die USA entschärften ihre Sanktionsvorschriften, soweit diese Nexperia betrafen, und die Niederlande gaben Wingtech die Kontrolle über das Tochterunternehmen zurück. Dafür erlaubte Peking wieder den Export von Nexperia-Chips für zivile Zwecke.

Steigende Gefahr von Lieferstopps

Auch wenn im Chip-Krieg zwischen China und dem Westen damit vorerst Waffenstillstand herrscht, bleibt die gravierende Abhängigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft von chinesischen Zulieferern bestehen. Denn der teilweise Zusammenbruch der Lieferketten während der Corona-Pandemie führte letztlich zu keinem nennenswerten Kurswechsel. Vielmehr nahmen die Importe

aus China noch weiter zu. So führte die Bundesrepublik im ersten Halbjahr 2025 10,7 Prozent mehr Waren aus dem Reich der Mitte ein als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diesen Umstand bezeichnete der Leiter des Bereiches Internationale Wirtschaftspolitik beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, Jürgen Matthes, als „schlechten Witz“ beziehungsweise als Folge einer „Kombination aus ‚Geiz ist geil‘ und Naivität“.

Nun hat der Deutsche Bundestag zwar angesichts der Nexperia-Krise der Einsetzung einer Kommission zur „Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China“ zugestimmt, aber das ändert keinen Deut daran, dass das Ungleichgewicht im Handel angesichts der Schwäche der hiesigen Wirtschaft weiter fortbestehen wird, was analog für das Risiko von chinesischen Lieferstopps gilt.

Vor einigen Jahren gab Peking noch 400 Milliarden US-Dollar für den Import von Chips aus. Durch die Übernahme von

Firmen wie Nexperia sowie die hartnäckigen Bemühungen der USA, China den Zugang zu fortschrittlichen Halbleitererzeugnissen aus dem Ausland zu verwehren, entstand im Reich der Mitte dann aber eine autarke Chip-Industrie. Diese wiederum ermöglicht nun auch die Entwicklung eigener Anwendungen für die Künstliche Intelligenz (KI).

Globale Spionage Chinas

Welche Gefahren das birgt, wurde jetzt durch eine Enthüllung des US-amerikanischen KI-Unternehmens Anthropic bekannt gemacht. Dessen Experten fanden heraus, dass die staatliche chinesische Hackergruppe GTG-1002 eine „Agenten-KI“ entwickelt und eingesetzt hat, die fast ohne menschliche Steuerung 30 große Unternehmen, Banken und Behörden rund um die Welt ausspionierte, wobei ihre Cyber-Angriffe sehr komplex, präzise und schnell daherkamen. Das stellt die westlichen IT-Sicherheitssysteme nun vor ganz neue Herausforderungen.



Eine Schlüsseltechnologie, die Europas Abhängigkeit von China illustriert: Mitarbeiter der Nexperia GmbH gehen durch die sogenannten Reinräume des Halbleiterproduzenten
Bild: pa/David Hammersen

ONLINEHANDEL

EU reagiert auf Zollbetrug bei China-Waren

Chinesische Onlinehändler wie Shein, Temu, Pinduoduo oder AliExpress, deren formelle Firmensitze teilweise aus strategischen Gründen ins Ausland verlagert wurden, sind zum Altraum für die Verbraucherschützer und Wirtschaftsverbände in Europa geworden. Das liegt zum einen an den extrem niedrigen Preisen, zum anderen an den häufig auftretenden Mängeln der verkauften Produkte aus Fernost, die bei Elektrogeräten dann schnell auch lebensgefährliche Wirkung entfalten können. Dazu kommt der massenhafte Zollbetrug.

In Fällen von Kleinsendungen gilt eine 150-Euro-Freigrenze beim Einfuhrzoll, welche dem Bürokratieabbau und der Beschleunigung der Lieferungen dienen soll. Die chinesischen Plattformen, die allein 2024 über vier Milliarden Sendungen im Wert von angeblich weniger als 150 Euro auf den Weg in die EU gebracht haben, deklarieren diese jedoch häufig falsch, um auch teurere Waren ohne Abgaben durch den Zoll zu schleusen und europäische Verkäufer deutlich zu unterbieten. So wird der Inhalt der Pakete unzutreffend beschrieben, um dessen Wert künstlich abzusenken.

So werden beispielsweise bezahlte Artikel als „Geschenke“ ausgegeben. Oder man teilt die Lieferung in mehrere kleineren Sendungen auf. Vermutlich wird bei zwei Dritteln aller Pakete aus China in irgendeiner Form gemogelt. Deshalb wollen die EU-Finanzminister nun die Zollfreigrenze von 150 Euro auf einen Euro absenken.

Parallel dazu ist Shein aber auch noch aus anderen Gründen ins Visier der europäischen Behörden geraten. Diese werfen dem Unternehmen, das de jure in Singapur residiert, aber faktisch fast nur Artikel aus chinesischer Produktion verkauft, den Vertrieb von eindeutig kindlich wirkenden Sexpuppen sowie von illegalen Waffen vor. Daher ordnete der französische Premierminister Sébastien Lecornu jetzt eine zeitweilige Sperrung des französischen Online-Marktplatzes von Shein zur Überprüfung der Handelspraktiken der Firma an. W.K.

DROGENKARTELLE

Pekings klammheimliche Freude

Geldwäsche durch kriminelle Banden schwächt das Ausland, stärkt aber das Reich der Mitte – Warum also unterbinden?

Irgendwann um das Jahr 2015 herum begannen kriminelle Netzwerke aus der Volksrepublik China, im großen Stil ins Geldwäschegeschäft einzusteigen. 2019 dominierten sie dann bereits den globalen Markt auf diesem Gebiet. Nach Schätzungen des Sonderermittlers des US-Finanzministeriums John Cassara waschen Chinesen heute rund zwei Billionen Dollar Schwarzgeld pro Jahr – das ist in etwa die Hälfte des weltweiten Volumens.

Dass sie so schnell zum Erfolg kamen, resultierte aus ihrer Preisstrategie. Während lateinamerikanische Geldwäscher etwa zehn bis 15 Prozent Provision verlangen, lagen die „Gebühren“ der Chinesen jahrelang bei Null, womit sie große Teile

der Konkurrenz aus dem Feld schlugen. Und auch heute werden maximal sechs Prozent fällig. Das erhöhte die Gewinne der Drogenkartelle. Laut der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA stiegen diese um bis zu fünf Prozent pro Jahr. Dadurch floss zusätzliches Kapital in den Drogenhandel, was gleichzeitig zu einem höheren Drogenangebot und mehr Drogentoten führte.

Manche Experten wie der Direktor der Internationale Koalition gegen illegale Wirtschaft (ICAIE), David Luna, vermuten dabei, dass die kriminellen Netzwerke im Reich der Mitte mit Billigung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) operieren. Er sagt: „China profitiert direkt

oder indirekt von den Geldwäscheoperationen, die seine Wirtschaft und seinen Finanzsektor über das internationale Handelssystem oder das Untergrundbankwesen stärken. Die KPCh erlaubt das Ganze, weil es so lukrativ ist und China hilft, eine globale illegale Wirtschaft aufzubauen, die wiederum seine kommerzielle und geopolitische Expansion unterstützt ... Es ist einfach. Es hat nichts mit Ideologie zu tun.“

Bislang ergriff nur die US-Regierung gezielte Maßnahmen gegen die von Chinesen betriebene Geldwäsche im Dienste der global agierenden Drogenmafia. Durch die Einstufung von acht lateinamerikanischen Kartellen als „ausländische

„Es ist einfach. Es hat nichts mit Ideologie zu tun“

David Luna,
Direktor der Coalition Against Illicit Economies,
über die Billigung illegaler Aktivitäten chinesischer Banden im Ausland durch Chinas kommunistische Partei

Terrororganisationen“ erhält die DEA neuerdings Zugang zu militärischen und geheimdienstlichen Ressourcen, was ein effektiveres Aufdecken der Geldströme ermöglicht. Zudem wurden die US-Banken zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie müssen nun auffällige Konten von chinesischen Staatsbürgern melden. Bislang schleusten Strohmänner aus dem Reich der Mitte nach Angaben des Finanzministeriums in Washington vermutlich schon mehr als 300 Milliarden Dollar durch die Geldinstitute der Vereinigten Staaten.

In der EU ignoriert man das Problem hingegen noch. Daher liegen bislang auch keine Zahlen über das Ausmaß der Geldwäsche durch Chinesen vor. W.K.

Eine Chance für den Frieden – vielleicht die letzte

Ein US-Memorandum zur Beendigung des Ukrainekriegs schlägt hohe Wellen. Zweifellos erfordert der Vorschlag von den Ukrainern schmerzhafteste Zugeständnisse. Doch blenden die Kritiker daran aus, welche Folgen im Falle eines Scheiterns drohen

VON HARALD KUJAT

Die Aufregung ist groß seit Bekanntwerden der ersten Punkte aus dem Vermittlungsvorschlag, mit dem US-Präsident Trump seine Bemühungen um ein Ende des Ukrainekrieges fortsetzt. Von einem „Zwingen der Ukraine zur Kapitulation“ ist vor allem in Europa die Rede. Ganz abgesehen davon, dass die Kritiker ausblenden, dass das Trumpsche Memorandum seit dem Scheitern der Friedensgespräche von Istanbul im Frühjahr 2022 die einzige Initiative zur Beendigung eines bald vier Jahre dauernden Krieges ist, blendet die Kritik wesentliche Aspekte darin aus. Weshalb das Memorandum nachfolgend in die politische und militärische Lage eingeordnet werden soll.

Zunächst einmal wurde der Trumpsche Vorschlag der Ukraine nicht diktiert, sondern sowohl mit der Ukraine als auch Russland abgestimmt. Eine US-Delegation unter Leitung des Heeresministers Daniel Driscoll führte weitere Gespräche mit der Regierung in Kiew und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Dieser sprach danach von „Optionen für einen echten Frieden“. Nach Beratungen mit den Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens äußerte sich Selenskyj jedoch deutlich skeptischer und beklagte den Druck auf die Ukraine und die schwierige Wahl, vor der sie stünde, „entweder ihre Würde zu verlieren oder das Risiko einzugehen, einen wichtigen Partner zu verlieren“. Ebenfalls ausgeblendet wird, dass sich Trump und Selenskyj in der Schweiz treffen und ihre Positionen abstimmen wollen, bevor der US-Präsident mit dem russischen Präsidenten Putin sprechen will. Von einem Agieren über die Ukrainer hinweg kann also nicht die Rede sein.

Auffälligerweise warnten europäische Politiker und „Experten“ vor einer Kapitulation der Ukraine beziehungsweise einem „Diktatfrieden“ sowie einer Übernahme russischer Positionen noch bevor der vollständige Text des Memorandums überhaupt bekannt wurde. Vor allem das an den Versailler Vertrag erinnernde Wort vom Diktatfrieden ist abwegig. Deutschland verlor 1920 ein Großteil seines Territoriums, obwohl zum Zeitpunkt des Waffenstillstands im November 1918 kein gegnerischer Soldat auf deutschem Boden gestanden hatte, während es beim Ukrainekrieg von heute im Wesentlichen um die Fixierung der Ergebnisse der militärischen Kämpfe geht.

Europäische Kritikpunkte

Die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine verlangen zudem, „vitale europäische und ukrainische Interessen langfristig zu wahren“. Dazu gehört für sie, dass jede Vereinbarung, welche die europäischen Staaten, die EU oder die NATO betreffe, „einer Zustimmung der europäischen Partner beziehungsweise eines Konsenses der Alliierten“ bedürfe. Deshalb forderten sie am Rande des G20-Gipfels in Südafrika, dass weiter an dem US-Plan gearbeitet werden müsse.

US-Vizepräsident J.D. Vance hat die Kritik der Europäer zurückgewiesen. Entweder habe man den Vermittlungsvorschlag missverstanden oder leugne die wahre Lage. „Es gibt diese Fantasie“, so Vance, „wenn wir bloß für mehr Geld, mehr Waffen oder mehr Sanktionen sorgen, wäre der Sieg greifbar.“

Richtig ist, dass das Memorandum präziser gefasst sein könnte und von Vereinbarungen, die nicht in der Entscheidungskompetenz der beiden Vertragspartner liegen, entlastet werden sollte. Letztlich sind die Ukraine und Russland selbst für eine angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen verantwortlich. Es ist dann aber auch nicht Sache



Ringen um einen Weg zum Frieden: US-Präsident Trump und sein ukrainischer Amtskollege Selenskyj

der Europäer, im Namen der Ukraine Regelungen abzulehnen oder anderweitig die amerikanischen Bemühungen zu konterkarieren. Vielmehr sollten sie den Friedensprozess im engen Schulterschluss mit der US-Regierung fördern und sich bewusst sein, dass sie im Falle eines Ausstiegs der USA nicht ansatzweise in der Lage wären, die bisherigen Militärhilfen der Amerikaner zu kompensieren.

Nur eine Friedensregelung, die den Interessen der Ukraine und Russlands entspricht, schafft die Voraussetzungen für eine gerechte und dauerhafte europäische Sicherheits- und Friedensordnung. Dies wäre die größte „Sicherheitsgarantie“ für die Ukraine. Verhandlungen dürfen nicht an Maximalpositionen scheitern, jede Seite wird schmerzhafteste Zugeständnisse machen müssen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass auch Russland weit davon entfernt ist, seine ursprünglichen Kriegsziele durchzusetzen. In jedem Fall ist der Preis des Nicht-Verhandelns – das lehren die letzten Jahre – höher als der Preis eines Kompromisses.

Selbstverständlich ist es eine legitime Forderung, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union entscheiden, ob die Ukraine berechtigt ist, der EU beizutreten, kurzfristig Zugang zum europäischen Markt erhält und ob die Europäer bereit sind, 100 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau der Ukraine beizusteuern, wie es das US-Memorandum vorschlägt. Aber die derzeitigen hektischen Aktivitäten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder die europäischen Staaten, wenn man einmal von den Bemühungen des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán absieht, noch die NATO fast vier Jahre die Kraft und den Willen zu einem eigenen Friedensvorschlag aufgebracht und ihre Interessen in diesem Zusammenhang definiert haben.

Kernpunkte des US-Vorschlags

Das US-Memorandum sieht unter anderem vor, dass die Ukraine in ihrer Verfassung den Verzicht auf einen NATO-Beitritt verankert und kernwaffenfrei bleibt, während die NATO zusichert, die Ukraine auch in Zukunft nicht aufzunehmen und keine Truppen in der Ukraine zu stationieren. Doch da die Ukraine weder die Voraussetzungen für einen NATO-Beitritt erfüllt noch es einen Konsens unter

den Mitgliedern des Bündnisses gibt, sie dazu einzuladen, und nicht zuletzt, weil die ukrainische Verfassung ohnehin eine ständige Neutralität, die Nichtzugehörigkeit zu Militärblöcken und den Verzicht auf Kernwaffen vorschreibt, bedeutet dieser Punkt für die Ukraine gar kein Opfer.

Die europäischen Unterstützer verlangen dagegen, dass lediglich festgestellt wird, ein NATO-Beitritt hänge von einem Konsens der Mitglieder ab, der nicht bestehe. Die Allianz solle sich verpflichten, in Friedenszeiten keine Truppen unter ihrem Kommando dauerhaft in der Ukraine zu stationieren. Damit würde jedoch die NATO-Option für den Fall offengehalten, dass künftig ein Konsens hergestellt würde und Truppen aus NATO-Staaten jederzeit in das Land verlegt werden können, im Falle eines Krieges sogar unter NATO-Kommando. Dieser Vorschlag könnte, sollte er von Trump akzeptiert werden, die Friedensverhandlungen im Ganzen gefährden. Denn die Russen werden dem nicht zustimmen.

Die Forderung europäischer Politiker, die Ukraine müsse in der Lage sein, sich „wirkungsvoll“ zu verteidigen, kann nicht bedeuten, Russland militärisch besiegen zu können, denn das ist unrealistisch. Die ukrainischen Streitkräfte waren bei Beginn des Krieges acht Jahre vom Westen ausgebildet und modern ausgerüstet worden und mit einer Personalstärke von über 400.000 Soldaten mehr als doppelt so stark wie das russische Invasionskontingent. Obwohl der Westen den Krieg finanzierte, immer leistungsfähigere Waffensysteme lieferte, die Operationsplanung entscheidend unterstützte und durch umfassende Aufklärung und zeitverzugslose Zielinformationen ermöglichte, dass die Ukraine strategische Ziele Russlands angreifen konnte, waren die ukrainischen Streitkräfte zu keiner Zeit fähig, die strategische Lage zu ihren Gunsten zu wenden, die von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern oder gar einen militärischen Sieg zu erringen.

Auf heftige Kritik stieß auch das Ansinnen, die künftige Präsenzstärke der ukrainischen Streitkräfte auf 600.000 Soldaten zu begrenzen. Dies lässt jedoch außer Acht, dass ein solcher Umfang ein erheblicher Zuwachs gegenüber dem Vorkriegs-Personalumfang

der Ukrainer und erst recht gegenüber der von der Ukraine noch in den Istanbul-Verhandlungen geforderten Stärke von 250.000 Soldaten wäre. Zudem bestehen berechtigte Zweifel, ob die Regierung in Kiew Streitkräfte in dieser Größenordnung überhaupt unterhalten könnte. Zum Vergleich: Die Bundesregierung plant künftig bei einer um das Dreifache größeren Bevölkerungszahl gegenüber der Ukraine einen Personalumfang der Bundeswehr von 260.000 bis 270.000 Soldaten. Und der 2+4-Vertrag schrieb dem vereinten Deutschland eine Referenzstärke von 370.000 Soldaten vor.

Die Frage der Gebietsabtretungen

Schmerzhaft für die Ukraine sind zweifellos die Gebietsverluste. Die Krim sowie die Regionen Luhansk und Donezk sollen als de facto russisch gelten, und die ukrainischen Streitkräfte sollen sich aus den in diesen Regionen noch von ihnen gehaltenen Gebieten zurückziehen. Die militärische Lage in Saporischja und Cherson wird entlang dem Frontverlauf eingefroren, wodurch Gebiete unter der Kontrolle der jeweiligen Streitkräfte russische oder ukrainische Territorien bleiben.

Auch hier würde die Ukraine im Grunde nur längst geschaffene Tatsachen anerkennen. Am 16. März 2014 entschieden sich angeblich mehr als 95 Prozent der Krim-Bevölkerung in einem Referendum für den Beitritt zur Russischen Föderation. Die Ukraine hat diese Abstimmung offiziell niemals, de facto aber durchaus anerkannt, indem auf ihren Vorschlag hin in Istanbul vereinbart wurde, den Status der Krim und Sewastopols innerhalb von 15 Jahren in bilateralen Verhandlungen zu vereinbaren. Die Regionen Luhansk und Donezk erklärten sich im April 2014 in einer Sezession zu unabhängigen Volksrepubliken, was in Referenden mit 89 beziehungsweise 96 Prozent bestätigt wurde. Zwar haben der Westen und die Ukraine keines der Referenden anerkannt, doch kann der Umstand, dass die Regionen im Minsk-II-Abkommen von 2015 einen Sonderstatus erhielten, als Eingeständnis gewertet werden, dass Kiew schon vor zehn Jahren bewusst war, dass diese Gebiete verloren sind.

Zur Vermeidung eines erneuten militärischen Konflikts sollen zwischen Russland, der Ukraine und Europa umfassende Nichtangriffsabkommen geschlossen werden. Sinnvoll wäre, einen Nichtangriffsvertrag zwischen Russland und der Ukraine als Teil der Sicherheitsgarantien für die Ukraine abzuschließen. Für ein Nichtangriffsabkommen zwischen Russland und der NATO sollte die NATO-Russland-Grundakte vom 27. Mai 1997 entsprechend ergänzt werden.

Nicht zuletzt enthält der Trumpsche Vorschlag auch zahlreiche wirtschaftliche Komponenten. So soll für den Wiederaufbau der Ukraine ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschaffen und ein Entwicklungsfonds eingerichtet werden. Russland hingegen soll wieder in die Weltwirtschaft integriert und eingelaufen werden, erneut der G9 beizutreten.

Alles in allem ist das US-Memorandum mehr als ein Vermittlungsvorschlag und eine Grundlage für Verhandlungen über ein Ende des Ukrainekrieges. Es ist auch ein Vorschlag für eine gesicherte wirtschaftliche und industrielle Zukunft der Ukraine, die Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Isolation Russlands, die Normalisierung der amerikanisch-russischen Beziehungen, und es werden Elemente einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur skizziert. Insofern sollten die Verantwortungsträger in Kiew und Moskau, aber auch in London, Paris und Berlin diese Chance ergreifen. Nicht zuletzt, weil die wahrscheinlichste Alternative zum Trumpschen Memorandum eine militärische Niederlage der Ukraine wäre – und diese würde die europäische Sicherheitslage insgesamt gravierend verschlechtern.

Die Forderung europäischer Politiker, die Ukraine müsse in der Lage sein, sich „wirkungsvoll“ zu verteidigen, kann nicht bedeuten, Russland militärisch besiegen zu können, denn das ist unrealistisch

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / CONSOLIDATED NEWS PHOTOS / AARON SCHWARTZ - POOL VIA CNP

MELDUNGEN

Botschafter-
Abzug gefordert

Warschau – Im Vorfeld der bevorstehenden deutsch-polnischen Regierungskonsultationen ist ein Streit zwischen dem deutschen Botschafter in Warschau, Miguel Berger, und dem PiS-Politiker Arkadiusz Mularczyk eskaliert. Letzterer, Mitautor eines polnischen Berichts über Kriegsreparationen, hatte am 15. November erklärt, er würde den Bericht dem deutschen Botschafter gern persönlich überreichen. Das Dokument sei ein zentraler Punkt, um die offenen Verpflichtungen Deutschlands zu verstehen, so der EU-Abgeordnete. Berger reagierte auf der Plattform X mit der Aussage: „Die ständigen Spaltungen, die von Menschen wie Ihnen geschaffen werden, helfen nur Putin.“ Mularczyk bezeichnete im polnischen Rundfunk den Kommentar des Botschafters daraufhin als „beleidigend für die Polen“. Gegenüber der Tusk-Regierung äußerte der PiS-Politiker die Erwartung, dass der deutsche Botschafter einbestellt wird und sich aus Polen verabschiedet. *H.M.*

Illegal Wölfe in
Sachsen erlegt

Dresden – Im Freistaat Sachsen wurden nach Angaben des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie 2024/25 sechs Wölfe illegal erlegt. Die letzten beiden erschossenen Tiere fand man jetzt bei Wiednitz im Landkreis Bautzen und im nur fünf Kilometer entfernten Leipzig. Durch die Obduktion im Berliner Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung erhoffen sich die Ermittler nun unter anderem nähere Erkenntnisse über die verwendeten Waffen und deren Munition. In der Lausitz kursieren seit einiger Zeit Gerüchte, dass frustrierte Tierhalter Personen aus Osteuropa angeheuert hätten, um mit in Deutschland nicht registrierten Gewehren illegal Jagd auf Wölfe zu machen, die immer wieder Nutzvieh angreifen. Aktuell soll es in Sachsen 35 Wolfsrudel, zehn Wolfspaare und eine Einzelwölfin geben, wobei sich die Raubtiere vor allem in der Oberlausitz tummeln. Ein Paar streift aber auch unweit der Landeshauptstadt Dresden herum. *W.K.*

Warnung vor
Sozialausgaben

Berlin – Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) warnt vor weiter stark steigenden Sozialausgaben in Deutschland. Laut einer neuen IW-Studie, über welche die „Rheinische Post“ berichtet, fließen inzwischen 41 Prozent aller staatlichen Ausgaben in die soziale Sicherung – mehr als in jedem anderen europäischen Land, sogar mehr als in den klassischen nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Rund die Hälfte dieser Summe entfällt auf die Alterssicherung. Die nordischen Länder sowie Österreich und die Schweiz liegen bei 40 Prozent, die Beneluxstaaten bei 38 Prozent, der EU-Schnitt bei 39 Prozent. Bei den Gesundheitsausgaben steht Deutschland mit 16 Prozent ebenfalls an der Spitze. Angesichts der Haushaltsdebatte und des Rentenstreits fordert das IW, den weiteren Anstieg der Sozial- und Gesundheitsausgaben zu stoppen. *J.E.*



BILD: PICTURE ALLIANCE / JOKO | JOKO

Die Parkbank: Für viele Obdachlose aus Nicht-EU-Ländern die einzige Möglichkeit einen Schlafplatz in der aktuellen Kälte zu finden

DRAMATISCHER ANSTIEG

Immer mehr Obdachlose

Vor allem Menschen aus Nicht-EU-Ländern haben kein Dach über dem Kopf

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Deutschland erlebt derzeit einen drastischen Perspektivverlust mit sozialem Sprengstoff, der zentrale politische Glaubenssätze zur Zuwanderung herausfordert. Mit inzwischen über einer Million Menschen ohne eigene Wohnung erreicht die Zahl derer, die obdachlos sind oder keinen Mietvertrag besitzen, ein historisches Hoch.

Die Ursachen liegen zu großen Teilen im eigenen Land. Überbeuerte Mieten, akuter Wohnraummangel und eine über Jahre hinweg ungesteuerte Zuwanderung haben die Lage verschärft – politische Faktoren, die persönliche Probleme oft zusätzlich verstärken. Die aktuellen Daten stammen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W), die einen erneuten Anstieg von elf Prozent binnen Jahresfrist verzeichnet. Bemerkenswert ist, dass diese Zahlen von den Statistiken des Statistischen Bundesamtes abweichen. Auffällig bleibt außer-

dem: Der Anteil nicht-deutscher Betroffener wächst stetig.

Großteil ist nur „untergebracht“

Wohlfahrtsverbände beobachten seit Langem ausgedünnte soziale Leistungen im Gesundheitssystem. Nach ihren Erfahrungen verstärken sich Armut, Krankheit und Wohnungslosigkeit gegenseitig. Neben persönlichen Belastungen wie Suchterkrankungen oder Scheidungen wachsen vor allem die politisch beeinflussbaren Risiken seit Jahren deutlich. Besonders besorgniserregend ist der Befund, dass rund eine Viertelmillion Kinder und Jugendliche bereits heute von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

Die meisten Wohnungslosen gelten jedoch nicht als obdachlos, sondern als „untergebracht“ – dabei handelt es sich vorwiegend um Zuwanderer, die mangels eigener Wohnung in staatlich zugewiesenen Unterkünften leben. Denn laut BAG-W-Definition gilt als wohnungslos, wer weder über einen Mietvertrag noch über eigenes Wohneigentum verfügt.

Auch die staatliche Statistik zeigt seit Beginn der ungesteuerten Zuwanderung im Jahr 2015 einen beständigen Sockel an Menschen, für die sich auf dem Wohnungsmarkt keine Perspektiven eröffnen – entgegen aller politischen Beteuerungen. Fachinstitutionen formulieren es inzwischen deutlich: Die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen steigt seit Jahren dramatisch, und zwar – wie in der BAG-W-Statistik erwähnt – durch nicht-deutscher Asylsucher. Geflüchtete aus der Ukraine stellen aktuell die größte Gruppe.

Seit 2022 ist laut den jüngsten Erhebungen ein Anstieg um 54 Prozent bei den Wohnungslosen insgesamt festzustellen – ein Zuwachs, der auch auf eine genauere Erfassung der Asylsuchenden in Nordrhein-Westfalen zurückzuführen ist. Damit tritt das volle Ausmaß des über Jahre gewachsenen Wohnungsmangels offen zutage. Wenn selbst Jahre nach der Ankunft keine Chance auf eine eigene Wohnung besteht – sei es wegen hoher Mieten oder fehlenden Wohnraums –, birgt das erheblichen sozialen Sprengstoff.

FAST EINE POLIT-SATIRE

SPD-Linksaußen wird Chef für politische Bildung

Sören Rix hetzte gegen Kanzler Merz – CSU-Minister Dobrindt befördert ihn nun

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ist ein mächtiger Apparat mit einem Jahresbudget von über 100 Millionen Euro. Sie beschäftigt Tausende „politische Bildner“ und freie Mitarbeiter. Ihre schwarzen Hefte „Informationen zur politischen Bildung“ erreichen Zehntausende Lehrer und Millionen Schüler, ebenso die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ und die zahlreichen Online-Angebote.

In den Jahren nach ihrer Gründung 1952 war die BpB deutlich antikommunistisch ausgerichtet, sie sollte das demokratische System der Bundesrepublik stärken und der DDR-Propaganda etwas entgegenzusetzen. Doch in den 25 Jahren unter ihrem Präsidenten Thomas Krüger 2000 bis 2025 hat sie sich immer weiter nach links bewegt. Der SPD-Politiker machte sie weitgehend zu einer rot-grünen Orga-

nisation, die zudem sehr weit links stehenden Autoren und Aktivisten ein Forum bietet. Nach Krügers Abgang in die Rente im Sommer hofften Bürgerliche, der Nachfolger könnte die linke Schieflage korrigieren. Da die BpB dem Bundesinnenministerium untersteht, hätte Alexander Dobrindt (CSU) bei einer Neubesetzung diese Chance gehabt.

Umso überraschender ist es nun, wer das mächtige Amt übernehmen soll: Ausgerechnet den SPD-Linken Sönke Rix hat die schwarz-rote Koalition ausgewählt. Der 49-jährige Ex-Bundestagsabgeordnete aus Eckernförde war Vorsitzender der „Parlamentarischen Linken“ der SPD-Fraktion, nun soll er zum 1. Januar 2026 BpB-Chef werden. Rix ist auf Twitter durch linksradikale Sprüche gegen Friedrich Merz aufgefallen. So schrieb er 2023:

„Herr Merz hat mal wieder sein wahres Gesicht gezeigt. Er schürt populistisch rassistische Ressentiments. Die CDU driftet immer weiter nach Rechts. So macht sie weiter Politik für die #AFD.“ Ein Jahr zuvor wettete er, die CSU sei „gesellschaftspolitisch wieder richtig rückständig und armselig ...“, weil die CSU die Gender-Sprache ablehnte.

Ausgerechnet diesen Linksaußen ernannt Dobrindt nun zum Chef der Behörde. Warum? In der Unionsfraktion ist das Thema vielen unangenehm. Dort wird auf Koalitionsabsprachen verwiesen. Die CDU habe einen unionsnahen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes – den bisherigen Vize Sinan Selen – und einen BND-Chef erhalten. Daher bekomme die SPD das Zugriffsrecht auf den Spitzenposten bei der BpB.

Von den nun erfassten Wohnungslosen besitzen rund 820.000 keine deutsche Staatsangehörigkeit, darunter nur 55.000 EU-Bürger. Allein 2023 stieg die Zahl nicht-europäischer Wohnungsloser um 14 Prozent. Insgesamt stammen 74 Prozent der Betroffenen aus dem außereuropäischen Ausland. Diese Entwicklung macht deutlich: Ohne genügende Qualifikationen droht für viele Zuwanderer der Traum vom besseren Leben in Deutschland zu einem jahrelangen Warten im Provisorium zu werden. Dies betrifft offenbar deutlich mehr der seit 2015 Eingewanderten, als bislang angenommen.

Es muss ein Kraftakt her

Statt integriert zu werden, verbleibt diese große Gruppe in Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Notunterkünfte von Kommunen oder Wohlfahrtsorganisationen sind für sie meist die einzige Option. Die Gemeinden klagen seit Längerem über die enormen Kosten, die mit dem Bereitstellen dieser Plätze verbunden sind. Kritiker der aktuellen Wohnungspolitik betonen daher, dass die langfristige Förderung günstigen Wohnraums für den Staat deutlich wirtschaftlicher wäre. Viele Kommunen werfen dem Bund vor, die Lasten einfach nach unten weiterzureichen. Ein nationaler Aktionsplan soll nun helfen, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Doch eine Analyse des „Bündnis Soziales Wohnen“ warnte Anfang des Jahres: Bundesweit fehlen mindestens 550.000 Wohnungen – und keine Partei bietet derzeit ein Konzept, das diese Krise realistisch entschärfen könnte. Der sozial gebundene Wohnungsbau wurde politisch vernachlässigt, was die Lage weiter zuspitzt.

Bis 2030 werden voraussichtlich rund zwei Millionen neue Sozialwohnungen benötigt – ein Kraftakt, dessen Umsetzung zweifelhaft erscheint. Angesichts fehlender Investitionen bleibt der Politik zunehmend nur der Weg über zusätzliche Regulierung: allen voran bei der Zuwanderung. Gleichzeitig gilt: Auch immer mehr Deutsche finden keine bezahlbare Wohnung und leben übergangsweise bei Freunden oder Bekannten. So stieg die Zahl deutscher Wohnungsloser bereits 2023 um fünf Prozent, während die der nicht-deutschen um 118 Prozent zunahm, wie die Statistik ausweist. Aktuell leben rund 56.000 Menschen ganz auf der Straße – vor allem in Großstädten. Ein Ende des Trends ist nicht absehbar.

Deutschland bewegt sich zunehmend auf unsichere, nicht mehr beeinflussbare Verhältnisse zu. Die Wohnungslosigkeit erreicht dabei ein Niveau, das für Betroffene wie für die innere Sicherheit gleichermaßen hohe Kosten verursacht.

Viele bürgerlich-konservative Beobachter sind jedoch entsetzt, dass die Union das geschehen lässt. „Diese Haltung ist bezeichnend für die Naivität und Selbstaufgabe im von links geführten Kulturkampf“, schrieb der Würzburger Historiker Peter Hoeres für die „Welt“.

Der Professor saß acht Jahre lang im wissenschaftlichen Beirat der BpB und konstatiert: „Im Kern war die BpB kaum mehr von einer rot-grünen Vorfeldorganisation zu unterscheiden.“ „Welt“-Herausgeber Ulf Poschardt bedauert, unter Präsident Krüger sei die Bundeszentrale „ein Sturmgeschütz des grünlinken Vorfelds“ geworden. „Die BpB förderte zunehmend einseitige Inhalte und linke Organisationen. Dass nun der noch linkere Sönke Rix an die Spitze der Institution kommen soll, ist ein Hohn.“ *Robert Mühlbauer*

DEMOKRATIE

Legen Volksentscheide Berlin lahm?

Autofrei, werbefrei und gegen Olympia-Bewerbung: Die Hauptstadt im Würgegriff linker Initiativen

VON HERMANN MÜLLER

Berlin ist ein Dorf“ steht als Redewendung bislang für das mitunter idyllisch anmutende Leben in einigen Kiezen der Hauptstadt, oft aber auch für die überraschenden Momente, wenn sich im Trubel der Millionenmetropole Bekannte plötzlich gegenüberstehen, die sich für längere Zeit aus den Augen verloren hatten. Möglicherweise erhält das Sprichwort „Berlin ist ein Dorf“ in wenigen Jahre aber sogar seine ursprüngliche Bedeutung zurück.

Geht es nach der Initiative „Volksbegehren Berlin autofrei“, dann soll nämlich innerhalb des S-Bahnringes der Autoverkehr drastisch reduziert werden. Die Pläne sind so radikal, dass sich offenbar nicht einmal die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus aus ganzem Herzen mit dem Vorhaben anfreunden können. „Berlin autofrei“ schwebt vor, nach einer vierjährigen Übergangszeit private Autofahrten auf maximal zwölf Tage pro Person und Jahr zu beschränken. Ausnahmen sollen lediglich für Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Müllabfuhr, Taxen, Lieferverkehr und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gelten.

Grüne lavieren herum

Bereits im vergangenen Juni hat der Berliner Verfassungsgerichtshof das Volksbegehren für zulässig erklärt. Angerufen hatte das höchste Gericht Berlins der Senat. Dieser hatte den Gesetzentwurf der Initiative für verfassungsrechtlich bedenklich angesehen und deshalb 2022 den Fall dem Gericht zur Prüfung vorgelegt. Die Verfassungsrichter befanden, der Gesetzgeber habe auf Landesebene nach dem Straßenrecht einen Gestaltungsfreiraum. Es bestehe zudem auch kein Anspruch darauf, dass eine bestimmte Nutzung des Straßenraums aufrechterhalten werde. „Das Straßennetz steht den Menschen weiter zur Verfügung“, so Gerichtspräsidentin Ludgera Selting bei der Bekanntgabe der Entscheidung im Sommer.

Vor Kurzem hat sich nun auch das Abgeordnetenhaus mit dem von der Initiative vorgelegten Gesetzentwurf beschäftigt und mehrheitlich abgelehnt. Der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Johannes Kraft, erklärte während der Debatte, das Ziel der Initiative sei „keine Zukunftsvision, sondern



Wollen den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ausmanövrieren: „NOlympia“-Aktivisten

Bild:IMAGO/IPON

ein Irrweg“. Eine Innenstadt ohne Autos sei vielleicht eine „romantische Vorstellung“, aber ungerecht, so Kraft. Von der SPD-Fraktion hieß es: „Wir brauchen keinen Kulturkampf gegen das Auto, sondern attraktive Angebote.“ Auch AfD und BSW lehnten den Gesetzentwurf ab. Die Grünen-Abgeordnete Antje Kapek vermied dagegen eine klare Positionierung: Die „Berliner:innen“ sollten darüber debattieren und entscheiden, so Kapek.

Mit der Ablehnung durch das Landesparlament ist der Weg frei für die nächste Stufe des Projekts. Die Sprecherin der Initiative hat bereits angekündigt: „Im Januar 2026 starten wir die nächste Unterschriften-Sammelphase zum Volksbegehren, die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren.“ Einsammeln müssen die Aktivisten mindestens 175.000 gültige Unterschriften innerhalb von vier Monaten. Gelingt dies, werden die Berliner Wähler vermutlich parallel zur Abgeordnetenhauswahl im September kommen-

den Jahres auch über „Berlin autofrei“ abstimmen.

Anfang November hatte bei einer Anhörung im Landesparlament eine andere Initiative namens „Berlin werbefrei“ keine Unterstützung durch die Mehrheit erhalten. Ziel des Vorhabens ist es, die Zahl von Werbeflächen in der Millionenstadt radikal zu reduzieren – Digital-Werbung soll sogar verboten werden.

Listige Terminplanung

Als Gründe führen die Initiatoren Lichtverschmutzung, Klimaschutz und Verkehrssicherheit an. Grüne und Linkspartei lobten die Pläne, CDU und SPD zeigten sich aber skeptisch. Vertreter des schwarz-roten Senats warnten vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und dem Wegfall von Millionen an Einnahmen bei den landeseigenen Verkehrsbetrieben, wenn Werbemöglichkeiten beschränkt würden. Die Initiative „Berlin werbefrei“ will ab Januar ebenfalls Unterschriften

sammeln, damit ein Volksentscheid stattfinden kann.

Zudem will ein Bündnis von Gegnern einer Berliner Olympia-Bewerbung bald mit dem Sammeln von Unterschriften für ein Volksbegehren starten. Dabei setzt das Bündnis aus Sicht von Beobachtern auf einen geschickten Zeitplan. Der Volksentscheid soll erst stattfinden, nachdem sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entschieden hat, welche Stadt für Deutschland eine Olympia-Bewerbung abgeben soll.

Die Chancen, dass sich der DOSB nun noch für Berlin entscheidet, dürften mit diesem Zeitplan allerdings stark sinken. Der Sportbund riskiert nämlich, dass er sich für Berlin als Kandidaten entscheidet, eine Mehrheit der Berliner danach in einem Volksentscheid aber die Olympia-Bewerbung ihrer Stadt ablehnt. „Der DOSB muss wissen, ob er das riskieren will“, erklärt eine der Initiatorin von „NOlympia Berlin“ listig.

FORSCHUNG

Polens Furcht vor der historischen Wahrheit

Berlin: Veranstaltung zur Rolle polnischer Bürgermeister in der NS-Zeit auf Druck aus Warschau abgesagt

Nach der Absage einer Veranstaltung mit dem deutsch-polnischen Holocaust-Forscher Grzegorz Rossoliński-Liebe ist der Vorwurf laut geworden, Polens Botschafter in Berlin habe gegen die Veranstaltung interveniert. Der an der Freien Universität Berlin als Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte lehrende Rossoliński-Liebe sollte ursprünglich am 25. November in der Berliner Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ einen Vortrag über sein Buch „Polnische Bürgermeister und der Holocaust. Besatzung, Verwaltung und Kollaboration“ halten.

Ohne Angabe von Gründen hieß es jedoch einige Tage vor dem Termin auf der Webseite der Gedenkstätte: „Die Veranstaltung muss leider entfallen. Wir bemühen uns um einen Nachholtermin.“ Der Historiker selbst sagte gegenüber der

„Berliner Zeitung“: „Soweit ich weiß, wurde die Präsentation auf Anfrage des polnischen Botschafters in Berlin abgesagt, der einen der Organisatoren und offenbar auch einige Beamte der deutschen Regierung angerufen hat.“

Sorge um den eigenen Ruf

Beweggrund des Botschafters sollen laut dem Holocaust-Forscher bevorstehende Gespräche zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über das geplante Deutsch-Polnische Haus im Herzen Berlins sein. Neben dem bereits realisierten Denkmal für die polnischen NS-Opfer ist eine historische Ausstellung über die deutsch-polnische Geschichte mit Schwerpunkt auf dem Zweiten Weltkrieg geplant, zudem ein Bildungsprogramm. Zwischen Berlin und Warschau

sind Umfang und Finanzierung des Projekts noch nicht abschließend geklärt.

Rossoliński-Liebe zeigt sich irritiert, dass seine Buchpräsentation geeignet sein soll, die deutsch-polnischen Regierungsgespräche zu stören: „Was ich nicht verstanden habe, ist, wie sich die Präsentation meines Buches auf dieses Treffen auswirken kann oder warum die polnische und die deutsche Regierung Angst vor meinem Buch über polnische Bürgermeister im Generalgouvernement haben.“

In Polen hat das Buch des Historikers bereits bei seinem Erscheinen im vergangenen Jahr scharfe Kritik ausgelöst. Laut Rossoliński-Liebe haben viele polnische Bürgermeister die deutsche Besatzung genutzt, um von der Verfolgung und Ermordung von Juden zu profitieren. Die Interessen der polnischen Bevölkerung seien

dabei nicht selten auf Kosten der jüdischen verteidigt worden, sagte er der „Berliner Zeitung“.

Nationalistische polnische Medien, einzelne Historiker sowie das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięi Narodowej) werfen dem Historiker vor, in seinem Buch die Rolle der Deutschen als Hauptverantwortliche des Holocaust abzuschwächen und den internationalen Ruf Polens zu gefährden. Das Institut bezeichnete das Werk sogar als Gefahr für die historische Bewertung Polens in der Holocaust-Forschung.

Zu seinem Forschungsprojekt ange-regt worden war Rossoliński-Liebe durch Untersuchungen zum Verhalten von Bürgermeistern in den Niederlanden, Belgien und Frankreich während der Besatzungszeit. Hagen Ritter

KOLUMNE

Heikle Fragen

VON VERA LENGSELD

Die Regierung Merz besteht erst seit einem halben Jahr, und schon verkündeten Experten im Radio, dass sie nicht damit rechnen, dass diese Regierung länger hält als die Ampel. Das hat noch kein Kanzler vor Merz erreicht. Eher wird es mit Merz schneller zu Ende gehen, als viele heute noch für möglich halten, denn die Frage, die immer offener diskutiert wird, ist, wie sehr der Kanzler in die Affäre seines Kulturstaatsministers Wolfram Weimer verstrickt ist.

Die beiden sind enge Vertraute, so viel ist bekannt. Die Affäre Weimer begann, als durch einen freien Journalisten, Alexander Wallasch, bekannt wurde, dass es bei Weimer Media nicht mit rechten Dingen zugeht. Die von ihm herausgegebene Medienplattform „The European“ hatte eine lange Liste renommierter Autoren wie Papst Benedikt, Brad Pitt und Alice Weidel, die alle nichts von ihrer Ehre wussten. Ich hatte ebenfalls die Ehre, auf Weimers Liste zu stehen. Insgesamt hat er an die 90 Texte von mir übernommen, ohne gefragt zu haben.

Weimer reagierte von Anfang an, es handle sich um eine „rechte“ Kampagne. Das war durchsichtig und führte eher dazu, dass Weimer Media noch genauer unter die Lupe genommen wurde. Weimers Ernennung zum Minister für Kultur und Medien ist ein offener Interessenskonflikt mit seiner Geschäftsführung bei Weimer Media. Er gab seine Geschäftsführung ab und behauptete, dort nichts mehr zu sagen zu haben.

Eine Hälfte des Unternehmens hat er unter die Verwaltung eines Treuhänders gestellt, die andere gehört seiner Frau. Nun entdeckten die jungen Journalisten vom „Apollo News“, dass beim von Weimer Media organisierten Ludwig-Erhard-Gipfel gegen ein Entgelt von 40.000 bis 80.000 Euro Unternehmern Kontakte zu Regierungsmitgliedern vermittelt werden, damit sie „Einfluss“ nehmen könnten. Weimer muss zurücktreten, offen ist, ob Merz mit ihm fällt.

MELDUNG

CDU: Linke beobachten!

Berlin – Der Landesvorstand der Berliner CDU hat den Verfassungsschutz aufgefordert, die Linkspartei in der Hauptstadt wegen vermuteter antisemitischer Tendenzen zu überprüfen. Einen entsprechenden Beschluss fasste der CDU-Landesvorstand auf einer Klausurtagung, die am 15. und 16. November in Magdeburg stattgefunden hat. In dem Papier heißt es: „Wir erwarten von der Berliner Verfassungsschutzbehörde, dass sie die antisemitischen Entwicklungen in der Linkspartei und ihrem Umfeld sorgfältig prüft und – falls erforderlich – einzelne Gliederungen oder den gesamten Landesverband unter Beobachtung stellt.“ Der CDU-Landesvorstand führt in seinem Beschluss an, jüngste Entwicklungen in der Linken zeigten, „dass antisemitische und israelfeindliche Positionen in Teilen dieser Partei strukturell verankert sind“. Die CDU bezog sich dabei unter anderem auch auf Anträge zum Parteitag der Berliner Linkspartei. H.M.

● MELDUNGEN

Polen streicht
Ukraine-Hilfen

Warschau – Polens Präsident Karol Nawrocki hat angekündigt, ab März 2026 alle Sonderleistungen für ukrainische Flüchtlinge zu streichen. Das entsprechende Hilfsgesetz hat Nawrocki bis dahin nochmals verlängert. Allerdings wurde das Kindergeldprogramm gekürzt. Wie der Präsident erklärte, habe er den Premierminister und die Parlamentsmehrheit daran erinnert, dass er das Gesetz zur Unterstützung der Ukrainer zum letzten Mal unterzeichne. Nawrocki forderte in diesem Zusammenhang die Regierung zu einer „vernünftigen Politik“ auf und warnte vor einem „Chaos“ im März nächsten Jahres. In Zukunft sollen Ukrainer wie andere nationale Minderheiten in Polen behandelt werden, so Nawrocki laut einem Bericht des Nachrichtenportals „Gazeta.pl“. Präsident Nawrocki betonte zudem, das derzeitige Gesetz stelle polnische Bürger mit Staatsangehörigen eines anderen Landes auf eine Stufe – das empfinde er als ungerecht. H.M.

Gaza-Zahlen
waren falsch

New York – Vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) veröffentlichte Daten zeigen, dass es im Gazastreifen zu keinem Zeitpunkt nach dem Oktober 2023 eine Hungersnot unter Kindern gab. Damit widerspricht UNICEF früheren Meldungen anderer UN-Institutionen wie dem World Food Programme (WFP) und der Food and Agriculture Organization (FAO), die auf Basis von Erhebungen unter Verwendung der Ernährungssicherheitskala Integrated Food Security Phase Classification (IPC) von 15 Prozent unterernährten Kindern in Gaza ausgingen und daraus dann Modellrechnungen ableiteten, denen zufolge 10.000 Kinder verhungern würden. Wie UNICEF mitteilte, stütze sich diese Prognose nur auf IPC-Daten aus der zweiten Julihälfte 2025 und ignorierte zudem zahlreiche wichtige statistische Faktoren. Darüber hinaus seien auch Messwerte bewusst falsch zeitlich eingeordnet worden, um eine wachsende Zahl von Hungernden vorzutäuschen. W.K.

EU bremst
Rüstungspläne

Brüssel – Mehrere EU-Mitgliedstaaten stellen sich gegen Pläne für schnellere Genehmigungen von Verteidigungsprojekten. Die EU-Kommission hatte im Juni ein „Defence Readiness“-Paket vorgelegt, mit dem Investitionen von 800 Milliarden Euro in den Verteidigungssektor angestoßen werden sollen. Vorgesehen ist auch ein verschlanktes Genehmigungsverfahren. Die Frist für eine behördliche Entscheidung soll 60 Tage betragen. Nur bei komplexen Projekten will die Kommission eine einmalige Verlängerung um weitere 30 Tage ermöglichen. Wie das Online-Journal „Euractiv“ berichtet, zeigen interne Dokumente nun Widerstand durch mehrere EU-Länder. Die EU-Kommission wiederum sieht „langwierige und komplexe nationale Genehmigungsverfahren“ als zentrales Hindernis für den Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie. H.M.

WASHINGTON

Trumps hysterischer Tanz am Abgrund

Die Epstein-Akten werden dem US-Präsidenten immer gefährlicher, seine Aktionen immer hektischer

VON DANIEL C. BOSWORTH

Von außen und vom Habitus gleicht Donald Trump einem politischen Gladiator – doch die Epstein-Akten drohen, ihn nicht mehr nur zum Kämpfer, sondern eher zum Gefangenen seiner eigenen Versprechen zu machen. In einem Drama aus Macht, Verbrechen und belastenden Dokumenten stehen aktuell mehr Fragen im Raum, als Antworten geliefert werden. Als Trump das Präsidentenamt antrat, versprach er, „Licht in den Epstein-Skandal“ zu bringen. Seine Justizministerin, die frühere Staatsanwältin Floridas, Pam Bondi, erklärte, sie prüfe die „Kundenliste“ Epsteins – eine Liste mutmaßlicher prominenter Namen, die viele im MAGA-Lager als Schlüssel zu einem tiefen, korrupten Netzwerk betrachteten. Doch dann kam der Knick: Ein gemeinsames Memo von Bondi und dem FBI unter Leitung von Kash Patel wischte diese Erwartungen beiseite. In dem Schreiben hieß es plötzlich, man habe „keine belastende Kundenliste“ gefunden, und Epsteins Tod bleibe, was er war: ein Suizid.

Aber warum wurde erst Transparenz gepredigt, um dann alles unter Verschluss zu halten? Kritiker werfen Trumps Regierung vor, auf Zeit zu spielen, um hinter den Kulissen seine von ihm kontrollierte

Version der Wahrheit zu liefern – eine von ihm reingewaschene Version.

Die Schlüsselrollen bei dieser Wende spielen zwei Figuren, die Trump eng verbunden sind: Patel und Bondi. Beide sind aufgrund ihrer täglich an den Tag gelegten Polemik höchst umstritten. Dabei war Patel einst ein vehementer Verfechter der These einer unter Verschluss gehaltenen Epstein-„Kundenliste“. Doch in seiner kürzlichen Auftritt vor dem Kongress: Es gebe „keine glaubwürdigen Informationen“, dass Epstein unter Minderjährigen zu anderen Personen als sich selbst vermittelt habe. Entsetzen und Kopfschütteln waren die Reaktion.

Bondi, die wegen ihrer aktuell zweifelhaften Amtsführung von Insidern nur noch „Pam Blondi“ genannt wird, wiederum forderte öffentlich Tausende weiterer Dokumente vom FBI – sie warf der Behörde sogar Vertuschung vor. Inzwischen ist aber sie es, die mit Patel zusammen erklärt, dass gar keine weitere brisante Liste existiere. Beide wirken so gleichzeitig als Fürsprecher der Offenlegung und parallel als die engagiertesten Verhinderer davon. Für Trump ist ihre Loyalität ein Schutzwall – aber auch ein Risiko. Wenn irgendwann nun doch belastendes Material auftaucht, könnten gerade diese Vertrauten zur Zielscheibe werden. Und dass Bondi

im Frühjahr Trump mitgeteilt haben soll, dass sein Name x-fach in den Akten stehe, vertieft das Misstrauen extrem.

Der Aufruhr im MAGA-Lager

Spannend ist zudem, dass nicht nur die Demokraten Trump drängen – auch Teile seines eigenen Lagers rebellieren: Einige einflussreiche MAGA-Anhänger wie Laura Loomer und allen voran Majorie Taylor Greene, Trumps Lautsprecherin vom Rechtsaußenflügel, werfen Bondi und Patel vor, die Basis zu belügen. Diesen Vorwurf hatte auch der ermordete Charlie Kirk erhoben und damit großes Rumoren im MAGA-Lager ausgelöst. Erstmals wurden kritische Stimmen gegen den US-Präsidenten laut. Mit ein Grund weshalb weiter starke Zweifel bestehen, ob das Attentat auf Kirk sich wirklich so zugetragen hat, wie von Patel, Bondi und den Geheimdiensten dargestellt (siehe PAZ 38). Greene und andere konservative Stimmen fordern daher volle Transparenz – oder die Entlassung der Verantwortlichen, weil das Versprechen, Epsteins Akten offenzulegen, gebrochen worden sei.

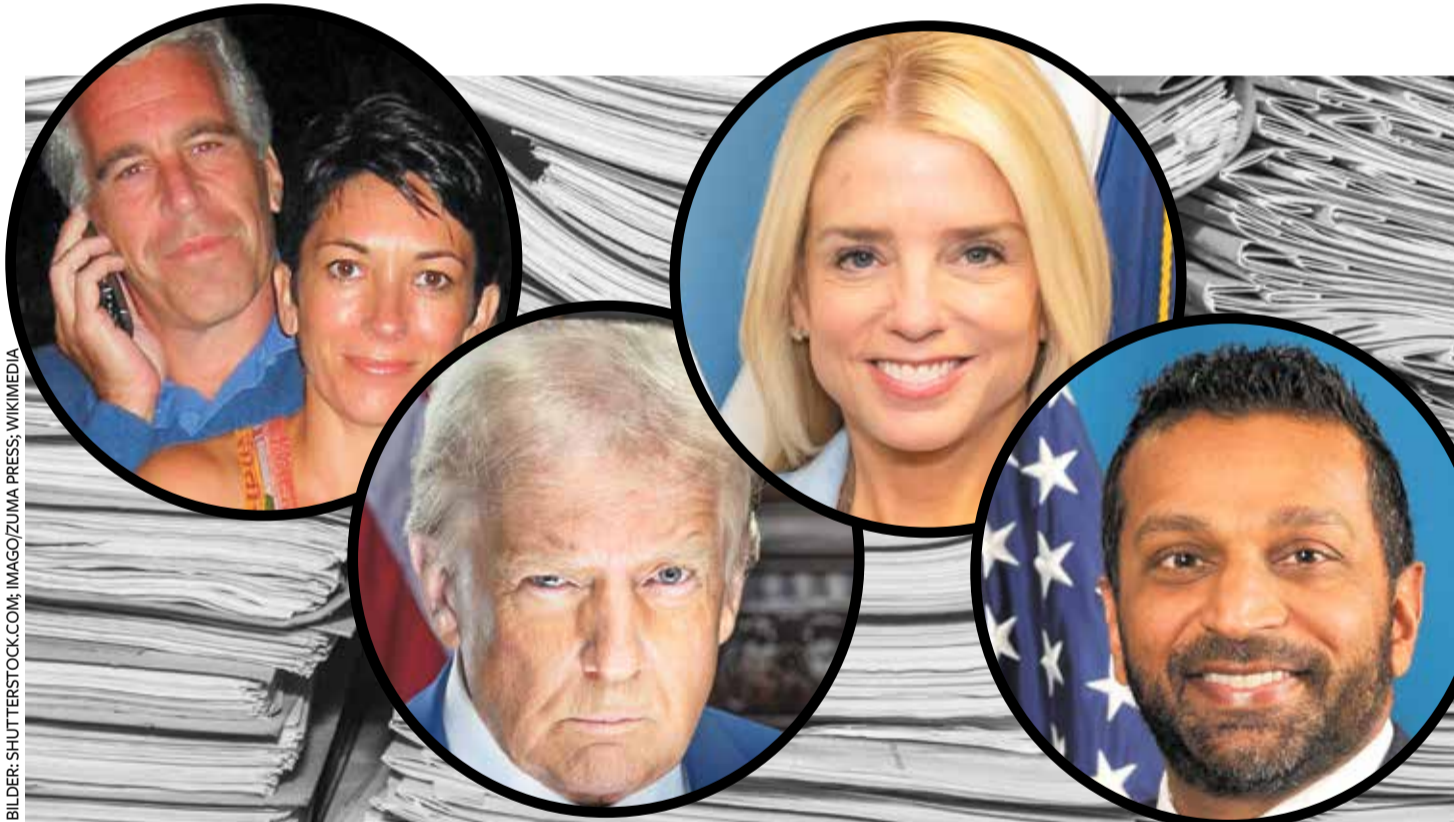
Trump selbst reagiert getreu dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung. Um sich aus dem Rampenlicht zu stehlen, klagt er nun andere Protagonisten an – allen voran aus dem demokratischen Lager. Dabei hat er vor allem Ex-Präsident Bill

Clinton ins Visier genommen. Doch zu viele Fragen bleiben offen. Gravierende Fragen, die Trump sehr gefährlich werden könnten: Warum die plötzliche Kehrtwende? War das anfängliche Versprechen zur Akten-Veröffentlichung eines, das nun so riskant wurde? Gab es intern Dokumente, die Bondi oder Patel bewusst nicht veröffentlichten, weil sie zu belastend für Trump waren? Welche Rolle spielen Patel und Bondi generell? Helfen sie Trump, weitere brisante Teile der Akten zu schwärzen? Vieles spricht dafür. Warum sonst wurde die Veröffentlichung so lange hinausgezögert? Wieso wurde Epsteins zu 20 Jahren Haft verurteilte Mittäterin, Ghislaine Maxwell, nach einem Besuch von Bondi und Patel plötzlich in eine komfortable, lockere Haftanstalt mit vielen Freiheiten verlegt? Und warum wurde die Vereidigung der neu gewählten demokratischen Abgeordneten des US-Kongresses für Arizona, Adelita Grijalva, so lange hinausgezögert? Ihre Ja-Stimme zur Offenlegung brachte letztendlich erst den Stein gegen Trump ins fatale Rollen, dass er jetzt die Flucht nach vorn antritt.

Was hat Trump wirklich getan?

Ein Sumpf vergangener Verfehlungen tut sich auf. Für Trump wird es immer enger, denn die Epstein-Akten sind mehr als ein Altlasten-Skandal. Fest steht: Er war auf den Partys des Sex-Verbrechers Epstein. Einer wie Trump, ein wegen sexuellen Missbrauchs Vorbestrafter, der es mit Moral und Anstand, vor allem gegenüber Frauen, bewiesenermaßen eh nicht so genau nimmt, geht sicherlich nicht auf eine Epstein-Party, um kostenlos ein Glas Champagner zu trinken. Vielleicht sind Patel und Bondi auch deshalb für ihn unverzichtbare Verbündete, weil sie zurzeit mehr wissen, als sie wissen dürften – doch ihre dunklen Winkel bergen Risiken. Und je mehr seine eigenen Anhänger ihn drängen, desto größer wird die Möglichkeit, dass die Epstein-Akte ihn nicht rettet, sondern zu Fall bringt.

Trump spielt ein gefährliches Spiel: Er hat versprochen, alles auf den Tisch zu legen, tat dann genau das Gegenteil, um jetzt in die Enge getrieben die Offenlegung als seine Idee auszugeben – doch die Stimmen, die glauben, dass er etwas zu verbergen hat, werden von Tag zu Tag immer lauter. Es stinkt im Weißen Haus und der üble Geruch wird immer beißender ...



Was wissen Donald Trump, Pam Bondi und Kash Patel vom Sex-Verbrecherpaar Epstein und Maxwell (l.) wirklich?

WESTLICHER RECHENFEHLER

Wie lange kann sich Russland den Krieg noch leisten?

Eine US-Denkfabrik behauptet aufgrund neuer Berechnungen: „Putin hält noch lange durch!“

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 prophezeien westliche Analysten unablässig, dass Moskau bald nicht mehr in der Lage sein werde, seinen Krieg gegen das Nachbarland zu finanzieren. Dabei begehen sie vielleicht einen Denkfehler, auf den jetzt Mike Fredenburg von der US-amerikanischen Denkfabrik „Quincy Institute for Responsible Statecraft“ in Washington in seinem Aufsatz „Das Aufblähen russischer Rüstungskosten verschleiert unsere eigene Rüstungskrise“ hinweist.

Einleitend steht dort: „Indem westliche Schätzungen davon ausgehen, dass russische Waffen ähnliche Produktionskosten verursachen wie US-Systeme, oder indem Exportpreise mit Russlands inländischen Beschaffungskosten verwechselt

werden, entstehen irreführende Zahlen.“ Diese wiederum sollten davon ablenken, wie stark übersteuert westliche Waffensysteme seien, weil sich die Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Ländern in privater Hand befindet und deshalb vor allem das Ziel verfolge, maximale Gewinne einzufahren. Dahingegen sind russischen Rüstungsunternehmen staatlich, woraus deren Bestreben resultiere, kostengünstiges und wartungsarmes Kriegsgerät auszuliefern.

Anschließend nennt Fredenburg konkrete Beispiele, was Raketen betrifft. In der ukrainischen Ausgabe des US-Wirtschaftsmagazins „Forbes“ sei zu lesen gewesen, dass Russland in den ersten zwei Monaten des Krieges rund 7,5 Milliarden US-Dollar beziehungsweise 8,7 Prozent seines Verteidigungsetats von 2022 für

Raketen ausgegeben habe. Mit Blick auf solche Zahlen hieße es dann regelmäßig, Russland könne groß angelegte Raketenangriffe gewiss nicht mehr lange durchhalten. Diese Prognose basiere allerdings auf falschen Daten. Während man bei „Forbes“ glaube, eine Kalibr-Rakete koste 6,5 Millionen Dollar, betrage der tatsächliche Preis wohl „nur“ 1,2 Millionen. Bei anderen Modellen habe sich das Magazin sogar um den Faktor 13 verschätzt, weil es von den Aufwendungen für die Anschaffung ähnlicher Raketen aus US-Produktion ausgegangen sei.

Danach stellt Fredenburg weitere Vergleiche an, um die Preisdifferenzen zu erklären. Die Durchschnittslöhne in der russischen Rüstungsindustrie lägen bei umgerechnet 1.200 Dollar pro Monat, in den USA hingegen bei mindestens 4.000

Dollar. Ebenso seien wichtige Materialien wie Stahl, Titan und Verbundwerkstoffe in Russland deutlich billiger.

Dazu komme eine grundsätzlich andere Philosophie, wenn es um die Neuentwicklung von Kriegswaffen wie Raketen gehe. Russland setze vorrangig auf die evolutionäre Verbesserung bewährter Modelle, während man sich in den USA und anderen westlichen Staaten eher für revolutionäre Designs auf der Basis fortschrittlicher, aber unerprobter Technologien entscheide, was die Kosten in die Höhe treibe. So werde das amerikanische Gegenstück zu der rund zwei Millionen Dollar teuren russischen Hyperschallrakete Kinschal wohl bis zu 18 Millionen US-Dollar kosten – wenn es denn endlich einmal zur Verfügung stehe.

Wolfgang Kaufmann

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Schon beim digitalen Lohnzettel ab 2027 wird jedem die Abhängigkeit von den USA im digitalen Raum klar: Ohne vorherige Anmeldung bei den US-Tech-Riesen Microsoft oder Google gibt es keinen Zugriff. Selbst bei staatlich hoheitlichen Aufgaben ist die Abhängigkeit im Datenraum total: Programme, Server, Verwaltung – ohne die führenden US-Konzerne geht kaum etwas. Und schon die Infrastruktur der digitalen Welt ist ungleich: Deutsche Rechenzentren bieten eine Gesamtleistung von rund 2,4 Gigawatt, die USA können auf etwa 40 Gigawatt zugreifen.

Eigene digitale Angebote stecken europaweit noch in den Kinderschuhen. Ein Digitalgipfel in Berlin dient der Politik jetzt als Signal und Ideenwerkstatt. Bundeskanzler Friedrich Merz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wollen bei Mikroelektronik, bei Daten in der Cloud und Quantentechnologie Europas Werte, eigene Technologie und eigenes Recht durchsetzen. Spät begreift Europas Politik: Wer Speicher und Anwendungen liefert, bestimmt faktisch das Recht.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag bedient sich seit Neustem der mit deutschen Fördergeldern entwickelten Software OpenDesk, um nach rechtlichen Drohungen aus den USA wenigstens seine Kommunikation nicht mehr über Programme des US-Datenriesen Microsoft abwickeln zu müssen. Auf dem Digitalgipfel demonstrieren Politik und Wirtschaft nun die Bereitschaft, Kontrolle über Daten, Speicherung, Cloud, Anwendungen sowie über Künstliche Intelligenz (KI) zurückzugewinnen und selbst Fähigkeiten aufzubauen. „KI kann unser Comeback werden, das digitale Comeback für Europa“, sagt Bundesdigitalminister Karsten Wildberger (CDU).

Doch Schwärmerei vom Markt der 450 Millionen Europäer reicht nicht. Netzexperten sehen in dem Gipfel eher einen kleinen Wurf, weil Beispielprojekte den Umschwung kaum schaffen und große Investitionen bisher noch ausbleiben. Das größte Vorhaben ist ein neues, elf Milliarden Euro teures KI-Rechenzentrum der Schwarz-Gruppe (Lidl) in Lübbenau. Bis zu 100.000 KI-Spezialchips (GPUs) kommen künftig dort zum Einsatz. Neben den firmeneigenen Aufgaben soll das Zentrum auch anderen Konzernen dienen, Kapazitäten für staatliche Aufgaben stellen.

Die Strategie kopiert, was der US-Handelsriese Amazon in den 2000er Jahren vormachte. Dieses starke Engagement der einen deutschen Firma lenkt den Blick umso mehr auf ausbleibende Investitionen der anderen. Denn für viele europäische Wirtschaftsgrößen fängt digitale



Voller Elan: Christian Müller, Co-CEO von Schwarz Digits (3.v.l.) und Karsten Wildberger (CDU), Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (4.v.l.) beim Spatenstich für das neue Schwarz Digits Rechenzentrum

ZUKUNFTSMARKT

Wettlauf mit den USA um die digitale Vormacht in Europa

Erste Ansätze wie Lids Rechenzentrum reichen bei Weitem noch nicht aus

Kooperation erst an. Bei Infrastruktur wie Zukunftstechnologie droht die USA den Vorsprung eher auszubauen. Allein US-Konzern Meta will bis 2008 rund 600 Milliarden US-Dollar in KI und entsprechende Rechenzentren investieren.

Die US-Größen werden nach der Beilegung des Zollstreits mit den USA durch die EU nach wie vor nicht steuerlich angemessen zur Kasse gebeten, was ihre Profite in Europa angeht. Das Bundesfinanzministerium verschenkt sogar Einnahmen von US-Tech-Konzernen aus der Lizenzschränke. Sie soll die Verschiebung von Lizenzrechten in Steuerparadiese eindämmen und droht nun unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau“ abgeschafft zu werden. Die genauen Einnahmen aus der Regelung für den Fiskus schätzen Experten auf mehrere Milliarden Euro. Google kann so Gewinne aus Europa auf den Bermudas verbuchen, während deutsche Tech-Firmen regulär

besteuert werden. So mag es sein, dass die Schwarz-Gruppe derzeit mehr in Deutschland investiert als Google, doch die digitale Souveränität ist durch geringes Tempo und Ausmaß der Aufholjagd in Gefahr: „Ohne mutige Regulierung, Investitionen in europäische Infrastruktur und echte Alternativen verliert Europa womöglich den Wettbewerb“, so Digital-Experte Markus Beckedahl.

Kein geschlossenes Auftreten

Ein Bewusstseinswandel müsse her, kritisieren Experten, doch die deutsche Wirtschaft handhabt das Thema digitale Sicherheit im internationalen Vergleich eher lax. Von allem zu wenig: Auf dem Gipfel in Berlin wurden 18 neue strategische Partnerschaften und Kooperationen zum Ausbau von Anwendungen für KI präsentiert. Das Volumen beträgt laut der EU Champions Initiative für KI (EU AICI) rund eine Milliarde Euro – also kein gro-

ßer Wurf. Auch bei der Abstimmung mit Brüssel zeigen sich mehr Lücken als europäische Geschlossenheit. So haben Paris und Berlin vor einem neuem EU-„Digitalpaket“ eine Wunschliste nach Brüssel geschickt, die sie „weitestgehend“ abgestimmt haben. Frankreich will vor allem den Rechtsrahmen regulieren, Deutschland investieren. Bei der digitalen Brieftasche, dem European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) geht Deutschland einen eigenen Weg in Europa, auch wenn jetzt deutsch-französische Kooperation angekündigt wurde.

Die Gefahr, dass digitale Konkurrenten aus China oder den USA mit ihrem Vorsprung schneller und größer planen und gängige Lösungen bereits etabliert haben, wenn deutsche oder EU-Alternativen fertig sind, ist groß. So bliebe die digitale Wertschöpfungskette dann wieder weiter in fremder Hand und Kontrolle – und damit auch unser aller Daten.

ENERGIEWIRTSCHAFT

Grüngas wird Preistreiber mit unklarer Wirkung

Studienautoren sind sich sicher: Große Verlierer dürften ab 2027 die privaten Haushalte werden

Zum Ausbau der Wasserstoffwirtschaft plant die Bundesregierung eine sogenannte Grüngasquote. Unternehmen sollen über die „Grüngasquote“ verpflichtet werden, ab 2027 steigende Anteile an Biogas, Wasserstoff und synthetischem Gas in das deutsche Gasnetz einzuspeisen. Die Beimischung solcher Gase soll Anfang 2027 mit zwei Prozent beginnen und dann schrittweise steigen. Laut den Regierungsplänen ist im Jahr 2035 eine Beimischung von 30 Prozent vorgesehen, im Jahr 2040 dann 88 Prozent. Ab 2045 sollen die deutschen Gasnetze frei von CO₂ sein.

Die Hoffnung der Bundesregierung ist es, durch die vorgeschriebenen Beimischungsquoten Wasserstoff, Biomethan und synthetisches Methan schneller wettbewerbsfähig zu machen. Laut dem Koalitionsvertrag von Union und SPD soll so

die Dekarbonisierung des Gasmarktes vorangetrieben werden. Einen Vorschlag zu einem Quotenkonzept hatten bereits im Sommer 2023 die damaligen Bundestagsabgeordneten Andreas Rimkus und Bengt Berg (beide SPD) gemacht.

Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des Wuppertal Instituts (WI) bringt nun allerdings starke Zweifel am Erfolg des Projekts vor. Demnach ist das Instrument der Grüngasquote zu teuer und bürokratisch: „Die Grüngasquote ist kein Beitrag zur effizienten Transformation, sondern ein Kostentreiber mit unklarer Wirkung“, so Malte Küper, Energieexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Die Studienautoren gehen davon aus, dass die verfügbaren Mengen an Wasserstoff und Biomethan abschbar begrenzt

bleiben werden. Zudem sollen bestimmte Industriebranchen, etwa die Stahlherstellung, künftig auf Wasserstoff als Energieträger umstellen. Die Studienautoren gehen davon aus, dass als Folge des Quotendrucks der Import von Wasserstoff und auch von Biomethan ansteigen wird, während in Deutschland selbst keine nachhaltigen Investitionsanreize entstehen werden. Als große Verlierer einer Grüngasquote sieht die Studie die privaten Verbraucher: „Sie finanzieren über höhere Gaspreise eine Beimischung, die für sie kaum relevant ist, während zugleich Fehlansätze für den weiteren Einbau gasbasierter Heizungen entstehen können.“

Kosten könnten noch mehr steigen

Nach den Berechnungen der Studienautoren muss ein Zwei-Personen-Haushalt,

der 2030 eine Gasheizung für Raumwärme und Warmwasseraufbereitung nutzt, mit jährlichen Mehrkosten von 178 Euro rechnen. Bis 2035 prognostizieren IW und WI als Folge der Beimischungspflicht Mehrkosten von 350 Euro. Dabei sind noch nicht einmal die Zusatzkosten berücksichtigt, die durch die steigende CO₂-Bepreisung entstehen werden.

Laut Bericht des „Handelsblatts“ könnte die Industrie in Deutschland durch die Grüngasquote noch deutlich größere Probleme als die privaten Gasverbraucher bekommen. Denn nach den Berechnungen der Wirtschaftszeitung steht den energieintensiven Betrieben in der Grundstoffchemie durch die Beimischungspflicht selbst im „mittleren Szenario“ bis 2040 ein Gaspreisanstieg von 28 Prozent bevor. *Hagen Ritter*

MELDUNGEN

Anti-Bargeld wird gefördert

Berlin – Entgegen früheren Beteuerungen hat die Bundesregierung 300.000 Euro „für die Digitalisierung von Finanzdienstleistungen“ an die Better Than Cash Allianz überwiesen, die im internationalen Rahmen gegen die Verwendung von Bargeld vorgeht. Die Organisation wurde 2012 unter maßgeblicher Beteiligung der Kreditkartenkonzerne Mastercard und Visa sowie der Bill & Melinda Gates Stiftung gegründet. Die Bundesregierung unterstützte die Allianz seit 2016 mit eigenen finanziellen Beiträgen, was 2018 durch eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag ans Licht kam. Damals wurde jedoch versichert, es werde künftig keine weitere Förderung mehr geben. Ungeachtet dessen flossen auch in den Folgejahren Gelder an die Anti-Bargeld-Gruppe. Zudem ergab nun eine weitere Anfrage, dass Berlin die Mittel im nächsten Jahr auf sogar 500.000 Euro aufstocken will. *W.K.*

Briefzwang bei Rechnungskauf

Berlin – Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Vorschlag für die Umsetzung einer neuen EU-Verbraucherkreditrichtlinie eingebracht, der die Beliebtheit des Kaufs auf Rechnung gefährden könnte. Nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion soll bei solch einem Kauf künftig eine schriftliche Bestätigung des Verbrauchers verlangt werden. Laut dem Vorschlag sollen Verbraucher per Brief bestätigen, dass sie sich des finanziellen Risikos bewusst sind, bevor sie auf Rechnung bestellen. Die Fraktion begründet dies mit dem Ziel, eine Überschuldung von Verbrauchern durch Impulskäufe zu verhindern. Unternehmen wie Zalando und Otto äußerten sich bereits kritisch. Sie befürchten, dass das SPD-Vorhaben den Onlinehandel unnötig verkomplizieren und Verbraucher dazu bewegen könnte, auf andere Zahlungsmethoden zurückzugreifen – vornehmlich solche von US-amerikanischen Anbietern. *H.M.*

Goldfälschung liegt im Trend

Frankfurt am Main – Angesichts des stark gestiegenen Goldpreises versuchen nun auch viele Kriminelle, von dem Wertzuwachs zu profitieren, indem sie immer mehr Fälschungen von Goldbarren oder -münzen in Umlauf bringen. Diese besitzen oft einen Kern aus Wolfram, das eine ganz ähnliche Dichte wie Gold aufweist. Manchmal bestehen sie aber auch aus minderwertigen Legierungen, die deutlich weniger von dem Edelmetall enthalten als angegeben. Häufig erkennen die Anleger das nicht, weil die Barren oder Münzen sich in Blistern befinden, welche möglichst nicht geöffnet werden sollen, um eine Wertminderung zu vermeiden. Die größte Gefahr für Privatkunden besteht beim Einkauf im Internet oder bei nicht zertifizierten Händlern. Allerdings werden parallel auch immer häufiger Zertifikate gefälscht, sodass als sichere Bezugsquellen beim Golderwerb vorrangig solche Händler infrage kommen, die sich bereits in der Vergangenheit als seriös erwiesen haben. *W.K.*

KOMMENTARE

Die Panzerblase platzt

HAGEN RITTER

Noch vor zwei Jahren haben Politiker und Medien Panzer vom Typ Leopard 2 und Abrams als kriegsentscheidende Wunderwaffen im Ukrainekrieg gepriesen. Der Fronteinsatz hat diese Hoffnungsblase zerplatzen lassen. Klassische Panzer haben sich auf beiden Seiten der Front gegenüber Drohnen und moderner Panzerabwehr als sehr verwundbar herausgestellt. Viele der von westlichen Ländern an die Ukraine gelieferten Panzer werden von den ukrainischen Streitkräften längst nicht mehr in Frontnähe eingesetzt – sie stehen in Reparaturstützpunkten oder versteckten Depots tief im Hinterland. Auf dem Gefechtsfeld geben Panzer und gepanzerte Transporter regelmäßig oft nur noch die Zielscheiben für versierte Drohnenoperatoren ab. Um überhaupt noch mobil zu sein, greifen die Soldaten auf beiden Seiten eher auf Geländewagen, zivile SUVs und Motorräder zurück.

Vor diesem Hintergrund ist es berechtigt, wenn in Deutschland nun eine Diskussion um eine drohende „Panzer-

blase“ bei der Bundeswehraufrüstung in Gang kommt. Hersteller wie KNDS arbeiten mit Hochdruck an einem Nachfolgemodell des Leopard 2. Parallel stellt die Politik hohe Milliardenbeträge aus dem sogenannten Sondervermögen für die Anschaffung neuer Panzer bereit. Erhalten soll die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren insgesamt rund 1.000 Leopard-2-Panzer sowie 2.500 gepanzerte Transportfahrzeuge Boxer.

Agile Start-ups sind gefragt

Die Erfahrungen des Ukrainekrieges lassen befürchten, dass viel Geld in traditionelle Waffensysteme fließt, die angesichts der modernen Kriegsführung womöglich schon bei Auslieferung veraltet sein werden. Der Ukrainekrieg hält für die Bundeswehr und vor allem ihr Beschaffungswesen noch eine weitere wichtige Lehre bereit. Die Entwicklung einer neuen Drohngeneration dauert mitunter nur noch Wochen. Von den Verantwortlichen ist dabei eher eine Mentalität wie von agilen Start-up-Unternehmern gefragt, nicht aber die Denkweise verknöchelter Bürokraten.

Mut und Vernunft

HANS HECKEL

Wirtschaftsverbände achten auf ein gutes Verhältnis zur jeweils herrschenden Politik und gelten daher traditionell nicht gerade als sehr mutig. Umso mehr Respekt verdient der Vorstoß einer einflussreichen Organisation, die ihre Weichen in einem politisch hoch aufgeladenen Thema neu gestellt hat.

Der Verband der Familienunternehmer hat seine Strategie der Brandmauer gegen die AfD ganz offen für gescheitert erklärt. „Wir verabschieden uns von den Brandmauern“, erklärte Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen gegenüber „The Pioneer“. Direkte Folge dieser Richtungsänderung war die Einladung des Wirtschaftspolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, zu einer Veranstaltung des Verbandes. Auch der Geschäftsführer des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, Christoph Ahlhaus, hat mittlerweile eingeräumt, die hohen

Umfragewerte der AfD sprächen „nicht dafür, dass die Strategie der Brandmauer erfolgreich funktioniert hat“.

Laut von der Hagen will man sich künftig inhaltlich mit der AfD auseinandersetzen. Das Ziel eines Rentenniveaus von 70 Prozent des Nettolohns, das die AfD fordere, sei beispielsweise wirklichkeitsfremd. Auch dass Frauen „wieder an den Herd sollen“, sei weder für die Gesellschaft zu finanzieren noch wirtschaftlich tragbar für Unternehmen.

Mit ihrem Schwenk setzen die Familienunternehmer ein Zeichen, das von Mut und Vernunft getragen ist. In einer Demokratie wird miteinander gestritten, statt die stärkste Oppositionspartei rabiat auszugrenzen. Man sollte die AfD – wie alle Parteien – inhaltlich stellen. Daraus entsteht nicht nur eine Debatte. So werden auch Schwachstellen in der AfD-Programmatik aufgedeckt, die bislang hinter dem Getöse der Brandmauer-Verteidiger verborgen werden konnten.



Wolfgang Fenske, Leiter der Bibliothek des Konservatismus, präsentiert deren weltweit einzigartige Sammlung

ZWISCHENRUF

Bibliothek droht Lösschung

ROBERT MÜHLBAUER

Erinnern Sie sich noch an die „geistig-moralische Wende“, die vor mehr als vierzig Jahren ein CDU-Bundeskanzler versprach? Bekanntlich wurde daraus nicht viel. Nach 1968 waren Konservative kulturell jahrzehntelang in der Defensive. Linke und Linksliberale marschierten erfolgreich durch die Institutionen und haben sich an Universitäten, in öffentlich-rechtlichen Medien, in der evangelischen Kirche sowie in vielen NGOs eingenistet und festgesetzt. Die politische Rechte, die bürgerliche Mitte, wurde dort marginalisiert. Das bekamen auch die Vertriebenenverbände zu spüren, denen der linksgrüne Zeitgeist eisig ins Gesicht wehte.

Vor der Bundestagswahl im März sagte Friedrich Merz: „Links ist vorbei.“ Leider ist das eher ein schlechter Witz. Im Gegenteil. Die Linke hat ein riesiges Netz an kulturellen Institutionen, Stiftungen und NGOs etabliert. In den Unis steht gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften die erdrückende Mehrheit der Professoren und Studenten deutlich links der Mitte.

Opfer einer irren Ideologie

In Berlin existiert seit 2012 indes eine einzigartige kulturelle Institution, die „Bib-

liothek des Konservatismus“ (BdK) im Stadtteil Charlottenburg, in unmittelbarer Nähe von der Universität der Künste und dem Ludwig-Erhard-Haus. Die BdK wird getragen von einer Stiftung, die der Mäzen Caspar von Schrenck-Notzing gründete, zugleich der langjährige Herausgeber der konservativen Theoriezeitschrift „Criticón“.

Die BdK umfasst heute mehr als 35.000 katalogisierte Werke konservativer Richtung, von der Gegenrevolution nach 1789 über die „Konservative Revolution“ des 20. Jahrhunderts bis ins frühe 21. Jahrhundert, Autoren wie Ernst Jünger oder Carl Schmitt, Sammlungen zum Lebensschutz, zur deutschen Geschichte, zu Auslandsdeutschen und Militärkunde. Die Bibliothek und ihr Lesesaal stehen allen Forschern, Studenten und interessierten Bürgern offen, wo zudem Vorträge und Seminare abgehalten werden.

Nun aber droht diese Bibliothek der unseligen „Cancel Culture“ zum Opfer zu fallen. Sie könnte digital faktisch ausgelöscht werden. Denn die neue Direktorin des Gemeinsamen Bibliotheksverbands (GBV) der norddeutschen Bundesländer hat der BdK die Mitgliedschaft gekündigt. In Kürze könnte die Bibliothek des Konservatismus damit aus dem großen Online-Katalog der (Universitäts-)Bibliotheken herausfliegen. Der mühsam über Jah-

re erstellte digitale Katalog wäre ausradiert. Ihre Bücher wären für Studenten nicht mehr auffindbar.

Ein politischer Lackmestest

Zu Recht vermutet der BdK-Leiter Wolfgang Fenske politische Gründe. Ständig haben Grünen- und Linken-Politiker in Berlin wiederholt die Einbindung der BdK in Bibliotheksverbände kritisiert. Den Linken ist ein Dorn im Auge, dass dort konservative Autoren und neben CDU- auch AfD-Vertreter Vorträge halten dürfen. Es gab Antifa-Proteste, Hauswände wurden beschmiert, Fenster demoliert.

Der aktuelle Angriff ist nun aber der schwerste. „Das ist eine existentielle Bedrohung“, sagt BdK-Leiter Fenske. Die liberale „Neue Zürcher Zeitung“ kommentierte, der versuchte Ausschluss der konservativen Forschungsbibliothek sei „ein Armutszeugnis“ für Deutschland. Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, ein Zusammenschluss von Hunderten Professoren, warnte vor einem Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit, falls eine Forschungsbibliothek ohne Angabe von guten Gründen einfach so ausgestoßen werde. Eigentlich müssten alle, denen die Freiheit des Geistes am Herzen liegt, die Bibliothek verteidigen. Der Fall dürfte ein Lackmestest für die geistige und politische Freiheit in Deutschland werden.

PORTRÄT

Frohe Botschaft aus Brüssel

Es klingt wie ein Wahlversprechen, das am Ende doch niemand einlösen wird: Deutschland müsse im kommenden Jahr keine Migranten mehr aufnehmen. Kurz vor Weihnachten kommt diese frohe Botschaft ausgerechnet aus Brüssel, das bislang verlässlich darauf gesetzt hat, dass Deutschland der Hauptabnehmer der in die EU flutenden Asylsucher ist.

Dieses Geschenk will uns jedenfalls ein Österreicher machen. **Magnus Brunner**, der seit genau einem Jahr EU-Kommissar für Inneres und Migration ist, hat eine Analyse zum sogenannten Solidaritätspool in Auftrag gegeben, der Staaten mit hohem Migrationsdruck im Zuge der EU-Asylreform entlasten soll. Staaten wie Österreich, Polen, Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien oder eben auch Deutschland, die bereits unter einem „hohen Migrationsdruck“ stehen, könnten demnach von Solidaritätspflichten ganz

oder teilweise befreit werden. Für Brunner sei es offensichtlich, dass Deutschland schon vor dem Inkrafttreten des neuen Asylpakts einen großen Teil dieser Solidarität getragen habe.

Das sind ganze andere Töne, als die die Berliner Politiker sonst aus Brüssel gewohnt sind. Mit dem 53-jährigen EU-Kommissar aus dem Voralberg sitzt aber

nun einmal ein konservativer ÖVP-Politiker am Hebel der EU-Migrationspolitik, der die Dublin-Asylregeln konsequenter durchsetzen will und sich für schnellere Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchern in ihre Heimatländer stark macht.

Der an der Universität Innsbruck ausgebildete Doktor der Rechte, der auch Präsident des Österreichischen Tennisverbandes war, scheint erst jetzt in seiner Rolle als EU-Kommissar so richtig aufzublühen. Zuvor hatte er von 2021 bis zu seinem Ruf nach Brüssel als österreichischer Finanzminister unter Bundeskanzler Karl Nehammer keine großartigen Akzente setzen können. Ende kommenden Jahres können wir Deutsche ihn an sein Solidaritätsversprechen erinnern: Es steht zu befürchten, dass andere EU-Politiker ihm einen Strich durch die Rechnung machen und weiterhin ungehindert Asylsucher ins Land lassen. **H. Tewes**



EU-Kommissar für Inneres und Migration: Magnus Brunner

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tewes; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konto:**

Commerzbank AG, Kontoinhaber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon

Telefon Redaktion	(040) 4140 08-0
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de**E-Mail:**redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**www.ostpreussen.de
Bundeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Das dichtende Zentralgestirn

Zum 150. Geburtstag Rainer Maria Rilkes widmen sich zwei Ausstellungen Leben und Werk des Lyrikers

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 4. Dezember 1875 kam in Prag René Rilke zur Welt. Sein Vater Josef war Bahnbeamter und sah für den Sohn eine militärische Laufbahn vor. Seine Mutter Sophia aber steckte den kleinen René in Mädchenkleider und vermittelte ihm die Überzeugung, ein ganz besonderer Mensch zu sein.

Rilke mauserte sich zum bedeutendsten Lyriker des 20. Jahrhunderts. Anlässlich des 150. Jahrestags seiner Geburt sind gleich zwei neue Biographien über ihn erschienen (siehe unten), darunter eine von Sandra Richter, der Leiterin des Deutschen Literaturarchivs Marbach und Mitkuratorin der Rilke im dortigen Literaturmuseum der Moderne ab 4. Dezember gewidmeten Sonderschau. Bereits eröffnet ist eine Ausstellung im Bremer Paula-Modersohn-Becker-Museum: „Rilke und die bildende Kunst um 1900“.

Wie aber wurde aus dem Jüngling René der gestandene Reimer Rainer? Den neuen Vornamen gab ihm die 15 Jahre ältere Lou Andreas-Salomé. Die verheiratete Schriftstellerin und Psychoanalytikerin, die einst Friedrich Nietzsche einen Korb gegeben hatte, war 1898 bis 1901 Rilkes mütterliche Muse und Geliebte. Nach dem von ihr herbeigeführten Ende der Liebesbeziehung blieb sie bis zu Rilkes Tod seine enge Vertraute. Ihr widmete er den 1899 bis 1903 in drei Teilen entstandenen Gedichtzyklus, der mit dem Titel „Das Stunden-Buch“ 1905 als erstes seiner Werke im Insel Verlag erschien. Mit seinem erfolgreichsten Werk – der „Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke“ – begann 1912 die erfolgreiche Reihe der Insel-Bücherei.

In der bei Bremen gelegenen Künstlerkolonie Worpsswede lernte der Dichter neben den erfolgreichen Landschaftsmalern die angehenden Künstlerinnen Paula Becker und Clara Westhoff kennen. Nachdem Clara von ihm schwanger geworden war, heiratete er sie 1901. Doch schon im folgenden Jahr verließ er die Gattin und Tochter Ruth, um in Paris und Meudon über den Bildhauer Auguste Rodin zu recherchieren, dessen Privatsekretär er später für einige Monate war.

Geisterbeschwörung in Duino

Ein Exemplar der 1903 erschienenen Rodin-Monographie ist in der Bremer Schau „Rilke und die Kunst“ zu sehen. Aufgeboten sind Briefe, handschriftliche Gedichte und Widmungen, die Rilke in von ihm verschienkte Bücher gesetzt hat, sowie Werke von Künstlern, mit denen er sich beschäftigt hat. Ausgestellt sind auch drei Figurenstudien zu Rodins theatralisch gestikulierenden „Bürgern von Calais“ (1895–1899), drei „hingehauchte“ Landschaftsaquarelle (um 1888) Paul Cézannes und Pablo Picassos Radierung zweier Gaukler (1905). Clara Rilke-Westhoff ist mit Porträtbüsten vertreten. Das faustgroße Bronzeporträt, das sie 1905 von ihrem Mann angefertigt hat, zeigt Rilke mit nach vorn geneigtem Haupt. Lässt er traurig den Kopf hängen – oder lauscht er inneren Stimmen?

Von der mit dem Maler Otto Modersohn verheiratet gewesenen Paula Modersohn-Becker sind Stillleben, Landschaften und Figurenbilder ausgestellt. Zentrales Werk ist ihr „Selbstbildnis am 6. Hochzeitstag, 25. Mai 1906“. Die bis unter den Bauchnabel nackte Paula imaginiert auf diesem Gemälde ihre noch nicht eingetretene Schwangerschaft. Im Jahr darauf war



Zu sehen in der Bremer Ausstellung „Rilke und die Kunst“: Clara Rilke-Westhoffs Bronze-Bildnis Rainer Maria Rilkes von 1905

es soweit. Aber 18 Tage nach der Geburt ihrer Tochter starb sie an einer Embolie.

Der erschütterte Rilke widmete ihr das „Requiem für eine Freundin“ (1908). In diesem langen Monolog mit der platonischen Freundin Modersohn-Becker geht Rilke auf das Selbstbildnis ein und bringt zentrale Motive seiner Dichtkunst zur Sprache. Da heißt es „du gehst um“. Rilke glaubte an die Fortexistenz der Verstorbenen. Auf Schloss Duino bei Triest, wo er 1912 die ersten seiner 1922 abgeschlossenen „Duineser Elegien“ schrieb, nahm er sogar an Geisterbeschwörungen teil. Weiter heißt es im Requiem: „Lieben heißt allein sein.“

Der von Sandra Richter als „Mädchenfänger“ bezeichnete Dichter hatte keine Bedenken, seine Geliebten zu verlassen, um ungestört an seinen Werken zu arbeiten. Er wusste: „Denn irgendwo ist eine Feindschaft zwischen dem Leben und der großen Arbeit.“ Letztere ging für ihn ohne Rücksicht auf menschliche Verluste vor. Für seine anspruchsvolle Schriftstellerei

„war er, und das forderte Rilke von seinem Umfeld energisch ein, von allen Verpflichtungen freizustellen und zu alimentieren“, wie Richter ausführt.

Sigmund Freuds Analyse

Die Biographin schreibt: „Rilke genoss den Luxus, den seine Mäzene ihm boten, ließ sich aushalten, verachtete den schnöden Mammon und die guten Dinge nicht, scheute nicht davor zurück, andere mit seinen Begierden zu nerven, sich als unterhaltsam schnorrender Lebenskünstler zu nehmen, was er brauchte.“ Und das nicht nur für sich: Seinen Verleger Kippenberg sowie seine Mäzene brachte er dazu, auch für seine Gattin, seine Tochter und bedürftigen Geliebten zu sorgen.

Der Wiener Psychoanalytiker Sigmund Freud beurteilte ihn als „großen, im Leben ziemlich hilflosen Dichter“. Da ist Richter ganz anderer Meinung: „Tatsächlich war Rilke robust, durchsetzungsfähig, alert, mitunter heiter und selbstironisch, ein Zentralgestirn der zeitgenössi-

schen Gesellschaft, umtriebiger und mit vielen verbunden.“ Ihre Biographie und die Sonderschau in Marbach stützen sich auf neue Einsichten, die aus der Erforschung des „Rilke-Archivs Gernsbach“ hervorgegangen sind.

Das 2022 aus dem Besitz von Rilkes Nachkommen für Marbach erworbene Archiv umfasst Manuskripte, Lebensdokumente, Tausende von Briefen an und von Rilke, Notizhefte, 400 Fotografien und seine Bibliothek. Vieles davon war kaum bekannt oder sogar gänzlich unbekannt. Die Sonderschau stellt anhand von 200 Exponaten Rilkes soziale, intellektuelle und künstlerische Welten sowie seine familiären, freundschaftlichen und amorösen Beziehungen vor. Ebenso werden einige Werkgeschichten des Autors der „Aufzeichnungen des Malte Laurits Brigge“ (1910) und der „Sonette an Orpheus“ (1922) vorgestellt.

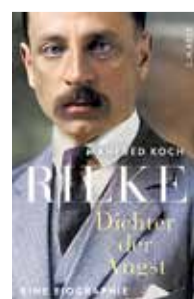
Rilke, dessen Werke oft vom Tod handeln, starb am 29. Dezember 1926 an zu spät diagnostizierter Leukämie.

Buchneuerscheinungen zum Rilke-Jubiläum:

In ihrer Rilke-Biographie räumt die Literaturwissenschaftlerin **Sandra Richter** einige Legenden beiseite, die der Dichter selbst errichtet hatte. Ein weltabgewandter Einsiedler sei er mitnichten gewesen. Sie zeichnet ihn als Ästheten, der das schöne Leben nicht verachtete.



Sandra Richter: **Rainer Maria Rilke oder Das offene Leben**, Insel Verlag, Berlin 2025, gebunden, 478 Seiten, 28 Euro



Manfred Koch: **Rilke – Dichter der Angst**, Verlag C. H. Beck, München 2025, gebunden, 560 Seiten, 34 Euro



Rainer Maria Rilke: **Alles ist mir lieb**, Manesse Verlag, München 2025, 224 Seiten, 24 Euro

HANNAH ARENDT

Die Banalität des Bösen

Ihr Begriff von der „Banalität des Bösen“ klebt Hannah Arendt wie ein unlösbares Markenzeichen an. Die am 4. Dezember vor 50 Jahren in New York gestorbene Publizistin prägte den Ausdruck im Kontext mit ihrer Berichterstattung über den Eichmann-Prozess in Jerusalem im Jahr 1961. Kritiker sahen darin eine Verharmlosung des Verbrechens Adolf Eichmanns, der den millionenfachen Mord von Juden in den Konzentrationslagern organisiert hatte und der später vom israelischen Geheimdienst in Argentinien aufgespürt wurde.

Dabei traf die 1906 in Hannover geborene, aber in Königsberg aufgewachsene Arendt mit ihrem analytischen Gespür für die Totalitarismen ihrer Zeit den Nagel auf den Kopf. Es waren oft nur banale Schreibtischtäter, welche die Welt in den Abgrund stürzten. Sich diese Wirklichkeit einzugestehen, fällt einem angesichts des politischen Blendwerks, von dem man umgeben ist, auch heute schwer. Die Gefahr von „Fake-News“ sah Arendt voraus, lange bevor es den Begriff überhaupt gab. „Lügen erscheinen dem Verstand häufig viel einleuchtender und anziehender als die Wahrheit, weil der Lügner den großen Vorteil hat, im Voraus zu wissen, was das Publikum zu hören wünscht“, schrieb die (Liebes-)Gefährtin des Philosophen Martin Heidegger schon 1972 in „Wahrheit und Lüge in der Politik“.

Auch weil sie den Verlust an Wirklichkeit als größere Gefahr wie totalitäre Ideologien ansah, wurde Arendt von vielen Seiten angefeindet. Doch sie blieb standhaft in ihren Ansichten und manifestierte diese gegen jeden Widerstand in ihrem dreibändigen Hauptwerk „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, das die 1933 emigrierte Jüdin 1951 zuerst auf Englisch verfasste und 1955 auf Deutsch nachlegte. Darin zeichnete sie nach, wie die Massen durch eine braun angestrichene Täuschung den Bezug zur Realität verloren und in eine aussichtslose Falle gerieten. Arendts Konzept lässt sich – abgeschwächt – auf die Gegenwart übertragen, wobei heute der mächtigste Bluff rot-grün angemalt ist. *H. Tewes*

● MELDUNG

Kürfürstinnen auf der Treppe

Berlin – Im Rahmen des Jahresprogramms „Beziehungsweise Familie“ präsentiert das Humboldtforum vom 28. November an die drei neuen Ausstellungen „An das wir uns festhalten“, „Sich verwandt machen“ und „Alles unter dem Himmel“ mit Kunst zeitgenössischer Künstler. Außerdem ziehen auf der dritten Etage des Humboldtforums vier Hohenzollerinnen als lebensgroße Bildnisse ein: Anna (1487–1514), die Herzogin von Schleswig und Holstein wurde, Sophia (1568–1622), eine Kurfürstin von Sachsen, Sophie (1630–1714), die hochvernetzte Schwiegermutter des ersten preußischen Königs, und Marie Auguste (1898–1983), die letzte dynastische Ehefrau der Hohenzollern. *tws*

DEUTSCHE FRAGE

Vier kleindeutsche Lösungsversuche im Vergleich und die Lehre daraus

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. verzichtete vor 175 Jahren mit der Olmützer Punktation darauf, seine Pläne für eine Deutsche (Erfurter) Union weiterzuverfolgen

VON MANUEL RUOFF

Die 48er-Revolutionäre scheiterten mit dem Versuch einer kleindeutschen Lösung der deutschen Frage von unten. Das lag allein schon daran, dass der als Kaiser ausersehene preußische König Friedrich Wilhelm IV. die Annahme der ihm vom Paulskirchenparlament angebotenen Kaiserkrone mit der Begründung ablehnte, dass ihr der „Ludgeruch der Revolution“ anhafte. Wenige Jahre später gelang Friedrich Wilhelms jüngerem Bruder und Nachfolger, Wilhelm I., mit der Reichsgründung von 1871 der Versuch einer kleindeutschen Lösung von oben. Das ist soweit Lehrstoff deutschen Geschichtsunterrichts.

Schon weniger bekannt dürfte sein, dass vor Wilhelm I. bereits Friedrich Wilhelm IV. nach der 48er Revolution einen Versuch unternahm, eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage von oben zu realisieren. Dieser Versuch scheiterte indes kläglich.

Vor 175 Jahren musste er sich auf die Olmützer Punktation einlassen. Sie war das Ergebnis einer Konferenz der drei Ostmächte Preußen, Österreich und Russland vom 28. bis zum 30. November 1850 in der besagten nordmährischen Stadt Olmütz. Preußen verzichtete auf eine Fortführung seiner Pläne für einen kleindeutschen Bundesstaat unter seiner Führung, die sogenannte Erfurter oder Deutsche Union, und erklärte sich stattdessen bereit, mit den anderen Mächten an einer Restauration des österreichisch dominierten großdeutschen Deutschen Bundes von 1815, der von der 48er Revolution in Frage gestellt worden war, mitzuwirken. In Preußen sprach man traumatisiert von der „Schande von Olmütz“, und „ein zweites Olmütz“ wollte man dort nie erleben.

Es liegt die Frage nahe, warum Wilhelms Versuch klappte und Friedrich Wilhelms nicht. Damit hängt die weitere Frage zusammen, worin sich die entscheidenden Faktoren unterschieden.

Gescheiterte Versuch 1849 und 1850

Sicherlich war Wilhelms Ministerpräsident Otto von Bismarck ein größerer Außenpolitiker und Diplomat als Friedrich Wilhelm und dessen Minister. Auch mag die preußische Armee nach der von Wilhelm mit Bismarcks Hilfe durchgesetzten Heeresreform von 1859 bis 1866 schlagkräftiger gewesen sein als in der Herbstkrise von 1850. Allerdings sollte der Seitenwechsel Russlands von der österreichischen zur preußischen Seite nicht unterschätzt werden.

Zweifelloso empfand Alexander II., der 1855 seinem Vater Nikolaus I. auf dem Zarenthron folgte, große Sympathie für seinen Onkel Wilhelm auf dem preußischen Thron. Aber es gab auch politische Gründe für den Kurswechsel.

Vor dem Krimkrieg war Russland österreichfreundlich. Es stand nicht nur in der durch die Olmützer Punktation bedeten Herbstkrise auf der Seite des Kaisertums, sondern unterstützte es auch gegen die separatistischen Ungarn während der 48er Revolution. Umso enttäuschter war Petersburg ob der Wiener Parteinahme für die Westmächte im Krimkrieg. Zwar war die Donaumonarchie im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien keine offene Kriegspartei, aber sie war als formal Neutraler ein derart unsicherer Kantonist, dass Russland sich gezwungen sah, sicherheitshalber an der russisch-österreich-

schen Grenze Truppen zusammenzuziehen, die im Kampf gegen Briten und Franzosen fehlten. Das neutrale Preußen war von allen Großmächten im Krimkrieg am russlandfreundlichsten.

Das zahlte sich für Preußen bei der Reichseinigung aus. Beim entscheidenden dritten und letzten der deutschen Einigungskriege verhielt sich keine der Großmächte preußenfreundlicher als Russland. Zwar ergriff es im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 nicht offen für Preußen Partei, doch hatte der Zar seine Bereitschaft bekundet, die Neutralität des österreichischen Nachbarn bei einem preußisch-französischen Konflikt notfalls mit Waffengewalt zu erzwingen. Russland hielt Preußen im Osten den Rücken frei.

Vereinigung 1871 und 1990

Das war bei den Westmächten etwas anders. In Frankreich liebt man bekanntlich Deutschland so sehr, dass man froh ist, wenn es gleich mehrere davon gibt. Und Großbritannien steht allein schon aufgrund seiner Gleichgewichtspolitik jedem Einigungsversuch des – abgesehen vom russische – größten Volkes Kontinentaleuropas grundsätzlich skeptisch gegenüber. Dass es aber trotzdem Frankreich nicht beispang, als dieses 1870/71 versuchte die deutsche Einigung zu verhindern, lag nicht zuletzt auch an Bismarcks großem Geschick.

Großbritannien vertrat schon damals den Anspruch, eine regelbasierte wertorientierte Außenpolitik zu betreiben. Damit hätte es sich schwer vereinbaren lassen, sich im französischen Angriffskrieg gegen Preußen offen auf die Seite des Aggressors zu stellen. Zudem hatte Bismarck Frankreichs Geheimpläne für einen Griff der seefahrenden Großmacht nach Belgien offengelegt, aber Belgien, die kontinentale Gegenküste zur Themsemündung in den Händen einer seefahrenden Großmacht war für Großbritannien ein aus Gründen der Staatsräson unbedingt zu verhandelndes Schreckensszenario. Und trotzdem fürchtete Bismarck eine Intervention Großbritanniens zugunsten Frankreichs.

Bei der deutschen Vereinigung von 1990 war es analog. Aus dem Westen Europas kam abermals wie 120 Jahre zuvor Widerstand. Die britische Premierministerin äußerte offen ihr Missfallen, und der französische Präsident forderte als Preis für seine Einwilligung den Verzicht der Deutschen auf ihre D-Mark und ihre Mitgliedschaft in einer Währungsunion mit Weichwährungsändern wie der seinigen. Hingegen hätte ohne die Bereitschaft Russlands, die DDR zu verkaufen beziehungsweise aus dem Warschauer Vertrag zu entlassen, die deutsche Vereinigung 1990 nicht zustande kommen können. Die Vereinigung klappte also wegen der Deutschlandpolitik des Systemrivalen im

Osten und trotz der Deutschlandpolitik der europäischen Freunde und Partner in EU und NATO.

Die USA auf der anderen Seite vom Teich reagierten mit der Souveränität einer Supermacht. Sie waren und sind im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich auch einem vereinigten Deutschland an Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential weit überlegen. Gerne wird dem damaligen US-Präsident George Bush senior in der Bundesrepublik für seine Deutschfreundlichkeit, die in seiner damaligen Deutschlandpolitik zum Ausdruck gekommen sei, gedankt. Dabei handelte er nur im offenkundigen Interesse der USA, denn seit klar war, dass der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl als erklärter politischer Enkel Konrad Adenauers einen Fortbestand der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik als *conditio sine qua non* forderte, war klar, dass die Führungsmacht im Bündnis bei einer Vereinigung nicht auf ihren Teil Deutschlands verzichten brauchte, sondern vielmehr auch noch Mitteldeutschland erhielt.

Final lässt sich aus Autorensicht konstatieren, dass der Versuch einer deutschen Einigung mit einem widerspenstigen Russland 1850 scheiterte, 1871 sowie 1990 mit einem wohlwollenden Russland gegen ein zumindest teilweise ablehnendes Westeuropa jedoch gelang.



In seinem Arbeitszimmer im Jahr 1846: Friedrich Wilhelm IV.

Bild: Deutsches Historisches Museum/Wikimedia

AKTUELLES IN KÜRZE

Das Programm für 2027 steht

Die Themen für die 52 Briefmarken des Jahres 2027 sind entschieden. Der Programmbeirat beim Bundesfinanzministerium wählte aus den vielen Vorschlägen, die Bürger sowie Institutionen eingereicht hatten, eine Mischung von Themen aus.

Im Jahr 2027 wird in der Serie „Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ an Anna Beyer (1909–1991) gedacht werden. Mit der Ausgabe einer Marke für Regina Jonas zu ihrem 125. Geburtstag wird an die Frau erinnert, die als erste weltweit zur Rabbinerin ordiniert wurde.

Deutschland war vor 100 Jahren in einer Vorreiterposition bei der sozialen Absicherung. Aus diesem Anlass wird an die Einführung der Arbeitslosenversicherung und an den gesetzlichen Mutterschutz erinnert.

Im Jahr 2027 stehen außerdem einige runde Jubiläen und Geburtstage an, die besondere gesellschaftliche Bedeutung für Deutschland haben. Das betrifft etwa den 250. Geburtstag von Carl-Friedrich Gauß, den 150. Geburtstag von Hermann Hesse, den 100. Geburtstag von Günter Grass und Hans-Dietrich Genscher sowie den 75. Geburtstag von Tamara Danz.

Die Euro-Bargeldeinführung, die sich 2027 zum 25. Mal jährt, wird ebenfalls mit einer Briefmarke gewürdigt werden.

Auch 2027 wird es mehrere Plusmarken geben. Das Besondere dabei ist, dass mit den zusätzlichen Centbeträgen verschiedene gemeinnützige Projekte unterstützt werden. *BMF*

Vergleich der Emotionen

Welche Emotionen werden Königen und Königinnen in der Zeit von Alexander dem Großen bis zu Kleopatra von antiken Geschichtsschreibern zugeschrieben? Mit dieser Frage befasst sich ab Januar 2026 das Projekt „Emotionen von Herrschenden im Hellenismus“ an der Uni Osnabrück. Finanziert wird es mit rund 228.000 Euro vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der Volkswagenstiftung im Rahmen des Förderprogramms zukunfts.niedersachsen.

„Anders als bislang angenommen, werden nach ersten Sondierungen Herrscherinnen keineswegs als die Emotionaleren porträtiert“, erklärt die Historikerin und Projektleiterin Christiane Kunst. Damit aber stehe die emotionale Konstruktion von Geschlecht für die Antike grundlegend auf dem Prüfstand“, so die Wissenschaftlerin der Universität Osnabrück.

In einer Langzeitstudie, zu der die Emotionen im Hellenismus den Auftakt bilden, wird mithilfe eines diskursanalytischen Ansatzes und traditioneller geschichtswissenschaftlicher Methoden unter anderem eine Datenbank emotional kodierter Zuschreibungen der Geschlechter entstehen.

Konkret versuchen die Forscher in den folgenden drei Jahren Herrscherinnen wie die vielen Kleopatras und Herrscher wie Antiochos II. oder Ptolemaios Physkon näher zu betrachten. „Dabei ist es uns vor allem wichtig, dass wir herausfinden, inwieweit es männliche und weibliche Emotionen gibt“, erklärt Nicole Diersen, die zweite Projektverantwortliche.

Universität Osnabrück

Ein Sitz für die Freiheit

Vor 70 Jahren fasste Rosa Parks sich ein Herz, nahm in einem für sie eigentlich verbotenen Bus für Weiße Platz und blieb standhaft. Ihre legendärere Busfahrt in Montgomery im US-Bundesstaat Alabama sollte alles ändern – und zwar für immer

VON JENS EICHLER

Es war ein kühler Winterabend vor 70 Jahren, als nur eine Geste zur explosiven Initialzündung einer Bewegung wurde, welche die Welt verändern sollte. Rosa Parks, eine unscheinbare Frau mit ruhiger Stimme, stieg am 1. Dezember 1955 in einen Linienbus der „Montgomery City Lines“. Sie setzte sich auf einen Platz, der eigentlich für Fahrgäste mit weißer Hautfarbe vorgesehen war – weit hinter der unsichtbaren, doch allgegenwärtigen Trennlinie zwischen „weiß“ und „schwarz“.

Als der Busfahrer sie aufforderte, aufzustehen, damit weiße Passagiere Platz finden könnten, blieb sie stur und reungslos sitzen. Diese vollkommen unaufgeregte Weigerung, obwohl ihr just in diesem Moment das Herz bestimmt bis an den Hals geklopft haben muss, war so schlicht und zugleich so still, aber dafür umso lauter in der Wirkung. Diese Tat, dieser Mut, diese Menschlichkeit entfachte ein unglaublich lodernes Feuer, das die Mauern der Rassentrennung in den USA schließlich final zum Einsturz bringen sollte.

Doch um Rosa Parks' Mut zu verstehen, muss man die Zeit kennen, in der sie lebte. Man muss die Umstände begreifen, die damals herrschten – Umstände, die man sich heute kaum vergegenwärtigen kann. Mitte der 1950er Jahre war die Rassentrennung im Süden der USA gesetzlich festgeschrieben und gesellschaftlich tief verankert. Schwarze Bürger durften nicht dieselben Schulen besuchen wie Weiße, mussten in Restaurants getrennte Eingänge benutzen, tranken aus anderen Brunnen und saßen in Bussen nur im hinteren Teil. Schwarze durften nicht einmal dieselben öffentlichen Toiletten benutzen wie ihre weißen Mitbürger. Wer sich widersetzte, riskierte Gefängnis, Schläge, ja sogar sein Leben. Es war aber nicht nur die pure Trennung, die allen voran den Schwarzen zur damaligen Zeit das Leben schwerer als schwer machte. Es war die offensichtliche Haltung vieler Weißer, die ihre dunkelhäutigen Mitmenschen nicht einmal biologisch auf einer Stufe mit sich sahen. Schwarze waren für sie keine Menschen, sondern maximal menschenähnliche Kreaturen. Sie waren einst Sklaven, wurden gehalten wie Tiere – und manchmal sogar noch schlechter – und genau so betrachtete man und behandelte man sie halt auch von weißer Seite her. Eine dekadente Überlegenheit, eine abstoßende Geisteshaltung, die vorherrschte, weil sie Teil der üblichen Erziehung damals im Süden der USA bei weißen Kindern war. Du bist weiß, du bist ein Mensch, du bist etwas Gutes. Alles Attribute, die auf Schwarze in keinem Fall zu übertragen waren. Das war die ebenso normale wie brutale Realität und Denkweise in US-Bundestaaten wie Alabama, Mississippi, Louisiana, Georgia, Florida oder South Carolina.

Ein Leben voller Demütigungen
Und auch für Rosa Parks war diese leider alltägliche Demütigung nichts Neues. Geboren wurde sie 1913 in Tuskegee, Alabama, aufgewachsen in absoluter Armut, aber mit einem unerschütterlichen Sinn für Gerechtigkeit. Damals eine gefährliche Tugend – vor allem für eine schwarze Frau. Ihre Großeltern, beide ehemalige Sklaven, erzogen sie im Bewusstsein, dass Freiheit und Würde keine Selbstverständlichkeit waren, sondern erkämpft werden mussten. „Ich habe oft meine Großmutter sagen hören, dass niemand besser ist als ein anderer Mensch“, erinnerte sich Parks später einmal. Doch was nützt diese Weis-



Rosa Parks in einer nachgestellten Szene von 1956, nachdem der Supreme Court die Rassentrennung in Bussen aufgehoben hatte

heit, wenn man als Mensch tagtäglich das exakte Gegenteil davon erleben muss?

Als sie älter wurde, musste sie erfahren, wie wenig dieser ehrenwerte Grundsatz ihrer Großmutter in ihrer Heimat galt. Schwarze Kinder bekamen alte, abgenutzte Schulbücher von den weißen Schulen, ihre Klassenzimmer waren baufällig, die Lehrer schlecht bis gar nicht bezahlt. Parks musste daher dann auch die Highschool aus finanziellen Gründen abbrechen – es ging halt nicht mehr. Doch sie gab nicht auf: Jahre später kehrte sie zurück, holte ihren Abschluss nach – ein stiller Beweis ihres ebenso eisernen wie vorbildlichen Durchhaltewillens.

Die Legende ihrer späteren Busfahrt neigt dazu, Rosa Parks als „zufällige Heldin“ darzustellen. Doch wer ihr Leben genauer betrachtet, erkennt: Ihr Protest war kein spontaner Akt, sondern Ausdruck jahrelanger Vorbereitung und innerer Überzeugung.

Parks war bereits seit den 1940er Jahren Mitglied in der NAACP (National Association for the Advancement of Colored People), der wichtigsten Bürgerrechtsorganisation jener Zeit. Sie arbeitete als Sekretärin des Montgomery-Chapters und protokollierte dort unzählige Fälle von Ungerechtigkeit: Lynchmorde, Vergewaltigungen von schwarzen Frauen, hemmungslose Polizeigewalt. Eine ihrer prägenden Erfahrungen war die Unterstützung von Recy Taylor, einer Frau, die 1944 von weißen Männern bru-

tal misshandelt worden war. Parks half, eine Kampagne für Gerechtigkeit zu organisieren – erfolglos zwar, doch der Kampfegeist war geweckt.

Auch persönlich kannte Parks die Härte des Systems. Sie hatte schon früher Konflikte mit Busfahrern, die Schwarze grob behandelten, verbal ausgefochten. Manche Fahrer ließen Schwarze bezahlen, zwangen sie aber dann, wieder auszusteigen und hinten einzusteigen – und fuhren dann oft einfach gehässigerweise los, bevor sie einsteigen konnten. Auch Parks erlebte das und schwor sich, diese Demütigung nie wieder hinzunehmen.

Boycott – eine Stadt steht still

Am 1. Dezember 1955, an einem Donnerstag, arbeitete Parks wie gewohnt in einem Kaufhaus. Müde und gestresst vom Arbeitstag stieg sie in den Bus und nahm Platz. Als die weißen Sitzplätze gefüllt waren, aber weitere weiße Fahrgäste einsteigen, verlangte der Fahrer – James F. Blake, ein Mann, der Parks schon früher öfter abfällig und respektlos behandelt hatte –, dass sie und drei andere Schwarze ihre Plätze räumen sollten, um den Weißen ohne Sitzplatz ihren freizumachen. Die anderen standen auf. Parks nicht.

„Ich war damals gar nicht körperlich müde“, berichtete sie später von der Situation. „Ich war nur müde davon, schon wieder nachgeben zu müssen.“ Und es kam, wie es kommen musste. Der rabiate, unmenschliche Busfahrer schritt hämisch

grinsend zur Tat. Die Polizei wurde gerufen, und Parks wurde umgehend verhaftet. Ihr Prozess begann nur wenige Tage später – eigentlich eher ein kleiner Vorfall in den Augen der Behörden, wie so oft im US-Süden. Doch diesmal blieb es nicht bei einem unbedeutenden Einzelfall.

Die Nachricht von Parks' Verhaftung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Bürgerrechtler wie E.D. Nixon und Jo Ann Robinson erkannten sofort die explosive Symbolkraft des Vorfalls. Über Nacht verteilten sie Flugblätter: Schwarze Bürger sollten die Busse Montgomerys boykottieren. Am 5. Dezember 1955 blieben die Sitze dann auch tatsächlich leer – über 40.000 Menschen gingen an diesem Tag zu Fuß, fuhren in Fahrgemeinschaften, oder blieben einfach zu Hause.

Aus dem eintägigen Protest wurde eine ganze Bewegung, die sage und schreibe 381 Tage dauern sollte. Der Montgomery Bus Boycott war geboren – und mit ihm stieg ein damals bis dato kaum bekannter junger Pastor ebenso ins grelle Rampenlicht: Martin Luther King Jr.

Die Streikfolgen waren dramatisch: Die Stadt erlitt erhebliche finanzielle Verluste, die Busgesellschaft stand regelrecht vor dem Ruin, und der damit entstehende Druck auf die Politik wuchs enorm. Schon damals war die Macht des Geldes allgegenwärtig und ebenso gesellschaftlich zu spüren. Im Jahr 1956 entschied schließlich der Supreme Court der USA: Die Rassentrennung in Bussen war und ist ab sofort

verfassungswidrig. Es war ein Meilenstein der Bürgerrechtsbewegung – lediglich ausgelöst durch Parks' Weigerung, ihren Platz für Weiße zu räumen.

Leben nach dem „Ja zum Nein“

Für Parks bedeutete der frisch erlangte, aber zugleich fragwürdige Ruhm, kein einfaches Leben. Sie verlor prompt ihren Arbeitsplatz, ihr Ehemann ebenso. „Auf-rührerische Neger“ – so lautete die Bezeichnung damals – wollte kein Arbeitgeber in seiner Belegschaft haben. Auch aus Angst vor weiteren Unruhen. Beide Parks erhielten sogar Morddrohungen. Schließlich zog das Paar 1957 in den Norden nach Detroit, wo sie jahrzehntelang ein zurückgezogenes, aber engagiertes Leben führten. Rosa arbeitete als Sekretärin bei dem Abgeordneten John Conyers und setzte sich auch weiter für soziale Gerechtigkeit ein – gegen Armut, aber für mehr Bildung und ebenso für Frauenrechte.

Schließlich sprangen die USA über ihren eigenen Schatten und ehrten die mutige Frau als das, was sie war – als ein Vorbild. Parks erhielt die Presidential Medal of Freedom, die höchste zivile Auszeichnung der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach ihrem Tod 2005 wurde ihr Sarg als erster Frau überhaupt im Kapitol der Vereinigten Staaten aufgebahrt.

Was Rosa Parks so einzigartig macht, ist nicht die Lautstärke ihres Protests, sondern die Ruhe. Sie war keine Rednerin, keine charismatische Anführerin, sondern eine Frau, die den Mut hatte, in einem entscheidenden Moment „Nein“ zu sagen. Dieses „Nein“ hallte weiter in vielen Reden, weil es die Ungerechtigkeit in ihrer ganzen Banalität bloßlegte. Ihr Mut inspirierte Generationen von Menschen weltweit – von Nelson Mandela bis zur Frauenbewegung im Iran von heute. Parks wurde zum Sinnbild dafür, dass Veränderung mit einer einzigen entschlossenen Handlung beginnen kann.

Sieben Jahrzehnte nach jenem Abend ist die Rassentrennung in den USA offiziell Geschichte. Afroamerikaner besuchen dieselben Schulen wie Weiße, sie wählen, sie regieren, sie stellen Präsidenten. Und doch, so zeigt die Gegenwart, ist Parks' Erbe aktueller denn je. Denn noch immer scheint die Trennung nur wegen der Hautfarbe nicht wirklich überwunden. Immer wieder erinnert die Busfahrt von Montgomery deshalb daran, dass sie kein abgeschlossener Sieg war, sondern der Auftakt eines langen Weges.

Eine Fahrt, die niemals endet

Am Ende bleibt die Szene im Bus von Montgomery ein Sinnbild: eine Frau, die nicht aufsteht, weil sie es nicht mehr erträgt, ein System, das in sich zusammenfällt, weil es von der Entschlossenheit eines einzelnen Menschen herausgefordert wird. Parks' Entscheidung zeigt, dass Geschichte nicht nur von Präsidenten oder Generälen geschrieben wird, sondern von ganz normalen Menschen, die in einem entscheidenden Moment das Richtige tun. Heute, 70 Jahre später, sitzen Millionen Menschen in Bussen rund um die Welt – oft achtlos, ohne über diesen Akt nachzudenken. Doch irgendwo in diesem unscheinbaren Alltag hallt immer noch das Echo jenes Abends: das leise, unbeirrbar „Nein“ einer Frau, das zu einem lauten „Ja“ für Freiheit und Gleichheit wurde.

● **Weitere Infos: Rosa Parks Museum**, 252 Montgomery St., Montgomery, Alabama 36104. www.troy.edu/student-life-resources/arts-culture/rosa-parks-museum/visit.html

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während der Corona-Pandemie war es üblich, selbst unsinnige Maßnahme auch und gerade mit dem „Schutz der vulnerablen älteren Bevölkerung“ zu begründen. Heute hingegen scheint das Wohl der Älteren kaum noch ein Thema zu sein. Stattdessen überbieten sich vermeintliche Experten mit Vorschlägen, wie man den infolge der verfehlten Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte an den Rand des Kollapses geratenen Sozialstaat auf dem Rücken der Betagten sanieren könne.

Noch relativ harmlos kam die Idee einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe daher, den 861.000 Menschen mit dem Pflegegrad 1 die monatlichen Zuschüsse in Höhe von 131 Euro zu streichen, mit welchen deren Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit kompensiert werden sollen. Kritiker sahen darin eine Schnapsidee. Sie entgegneten, dass es in der Pflegeversicherung echte Reformen statt Kürzungen bei den Schwächsten brauche.

Dann machte der Vorwurf die Runde, Senioren „blockierten“ zu viel Wohnraum, den junge Familien dringend benötigten. Daraus zog Matthias Günther, Vorstand des Pestel-Instituts in Hannover, den Schluss: „Wer auf besonders vielen Quadratmetern wohnt, sollte auch mehr Steuern zahlen müssen.“ Weiter hieß es, ältere Menschen sollten Wohngemeinschaften mit Jüngeren bilden oder ihre Wohnungen oder Häuser ganz aufgeben, um sich räumlich zu verkleinern.

Noch rigider war der Aufruf des CDU-Kommunalpolitikers und Leiters des Seniorenzentrums Bethel in Bad Oeynhausen, Joachim Knollmann, die Zahl der Einzelzimmer in den Einrichtungen für Alte drastisch zu reduzieren: Es sei falsch, „aus funktionalen Pflegeheimen First-Class-Hotels machen zu wollen ... Wir müssen abspecken.“ Denn das bisherige System verursache zu hohe Kosten.

Entzug teurer Arzneien

Als finanziell unnötig aufwendig und damit verschwenderisch wird zudem die medizinische Versorgung der Rentner kritisiert. So fragte der Vorstandsvorsitzende der Sana Kliniken AG, Thomas Lemke, im September, „ob wir in jeder Lebensphase, wo die Menschen sind, und da rede ich jetzt auch 80 aufwärts sozusagen, diesen Menschen am Ende des Tages die vollumfängliche Medizin zukommen lassen“ müssten.

Konkret verwies Lemke dabei auf Implantate wie Hüft- und Kniegelenke. Trotz heftigen Widerspruchs, der unter anderem von der Deutschen Stiftung Patientenschutz kam, schlug jetzt kein Geringerer als der CDU-Gesundheitspolitiker und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Hendrik Streeck, in der Fernseh-



Ziel mannigfacher Begehrlichkeiten: Deutschlands heutige und künftige Rentner

Bild: picture alliance/ZB/Patrick Pleul

„GENERATIONENGERECHTIGKEIT“

„Experten“ und andere Lautsprecher blasen zum Krieg gegen die Alten

Dienstverpflichtung, Social-Media-Verbot oder gar Wahlrechtsentzug: Diskutanten überbieten sich in Vorschlägen, wie man die ältere Generation in die Mangel nehmen könnte

„Meinungsfreiheit“ bei Welt TV in dieselbe Kerbe: „Es gibt einfach Phasen im Leben, wo man bestimmte Medikamente auch nicht mehr einfach so benutzen sollte.“ Dabei stieß Streeck sich vor allem am Einsatz teurer Arzneien.

Und auch sonst bietet das Fernsehen nun verstärkt Personen eine Bühne, deren Phantasien über den „angemessenen“ Umgang mit Älteren ziemlich robust daherkommen. Beispielsweise durfte der erst 25 Jahre alte „Content Creator“ Levi Penell in der ARD-Sendung „Hart aber Fair“ verbreiten: „Ich habe das Gefühl, dass Jugendliche häufiger in der Lage sind, zum Beispiel KI-generierte Inhalte von echten zu unterscheiden, als ältere Personen. In der Konsequenz, wenn wir der Argumentation folgen, würde ich sagen, müssen wir vielleicht auch mal über ein Social-Media-Verbot ab 60 diskutieren, oder für ältere Menschen.“ Den Vogel im Hinblick auf altenfeindliche Vorschlä-

ge schoss im Laufe dieses Jahres allerdings der Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, ab. Dabei rührt die Radikalität von dessen Wortmeldungen wohl auch daher, dass der frühere Berater des Bundeswirtschaftsministeriums anlässlich der Veröffentlichung seines neuesten Buches „Nach uns die Zukunft: Ein neuer Generationenvertrag für Freiheit, Sicherheit und Chancen“ mit aller Macht um Aufmerksamkeit buhlt.

Fratzscher fordert „Sonderabgabe“

So meinte Fratzscher im Podcast „Absolute Mehrheit“ des öffentlich-rechtlichen „Funk“-Netzwerks: „Wenn die Menschen in den ersten 18 Jahren nicht wählen dürfen, dann sollten sie in den letzten 18 Jahren ihres Lebens auch nicht wählen dürfen, sodass wir ein besseres Gleichgewicht

zwischen Jung und Alt bekommen.“ Darüber hinaus machte der Präsident des mehrheitlich durch Bund und Länder finanzierten DIW die „Baby-Boomer“, also die zwischen 1955 und 1969 Geborenen, als Wurzel etlicher Übel aus. In seiner Kolumne in der „Zeit“ regte Fratzscher an, dass die Angehörigen dieser Generation „eine Sonderabgabe auf sämtliche Alterseinkommen“ in Höhe von zehn Prozent zahlen sollten, um zur „Finanzierung des demographischen Wandels“ beizutragen, den sie durch ihre geringe Kinderzahl selbst zu verantworten hätten.

Zusätzlich zum „Boomer-Soli“ verlangte Fratzscher im Interview mit dem „Spiegel“ außerdem noch „ein verpflichtendes soziales Jahr für alle Rentnerinnen und Rentner“, denn die ältere Generation müsse sich gesellschaftlich „stärker einbringen, beispielsweise im Sozialbereich, aber auch bei der Verteidigung“. All diese Vorschläge vergiften das ohnehin schon

miserable gesellschaftliche Klima hierzulande, auch wenn sie – noch – keine Chance auf Realisierung haben. Denn sie schüren Ressentiments bei den Jüngeren und Ängste bei den Älteren. Außerdem wird die immer deutlicher zutage tretende Undankbarkeit gegenüber Senioren sicher gravierende Langzeitfolgen haben. Denn der klügere und damit meist auch tatkräftigere Teil der jüngeren Bevölkerung erkennt natürlich, dass ihm später die gleiche Verachtung droht – ganz abgesehen von der seitens der „Wirtschaftsweisen“ geforderten Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 73.

Eine Folge solcher Kampagnen könnte auch die weitere Abwanderung von Leistungsträgern sein. Ebenso droht die Verwilderung der Moral, welche sich in der zunehmenden Kaltherzigkeit gegenüber älteren Menschen äußert, den Zusammenhalt im deutschen Gemeinwesen noch weiter zu erschüttern.

MEDIZIN

Szenen wie aus einem Horrorfilm

Bei lebendigem Leib ausgenommen: „New York Times“ deckt haarsträubende Skandale bei Organspenden in den USA auf

Die „New York Times“ („NYT“) veröffentlichte unlängst die Ergebnisse einer Recherche zum Thema „Organspende“, wie sie verstörender kaum sein könnten. Als Chirurgen in Alabama im Juli 2024 den Brustkorb einer 42-Jährigen „Toten“ öffneten, um deren Organe zu entnehmen, setzten plötzlich Herzschlag und Atmung ein. Die Frau war nach dem Eingriff allerdings nicht mehr zu retten und starb wenig später.

In einer Klinik in Miami wiederum flossen dem Bericht zufolge aus den Augen eines komaösen Mannes Tränen, als er auf die „Spende“ vorbereitet wurde. Dennoch stellten die Ärzte alle lebenser-

haltenden Systeme ab. Und in Kentucky schüttelte ein „Hirntoter“ den Kopf und zog die Beine an die Brust, als man ihn zur Organentnahme in den Operationssaal schob. Er überlebte, weil die Chirurgen die weitere Mitwirkung verweigerten, obwohl die Transplantationskoordinatorin auf die Fortsetzung drängte.

In Albuquerque blinzelte 2022 eine für tot erklärte 38-Jährige laut „NYT“ kurz vor dem Aufschneiden mit den Augen, woraufhin auch hier die Chirurgen streikten, während der Transplantationsbeauftragte forderte, die Frau mit Morphium zu betäuben. Sie erholte sich später vollständig und verklagte die Klinik 2024. In New

Mexico kam eine angeblich hirntote Patientin, die als Organspenderin galt, ebenfalls wieder spontan zu sich. Pflegekräfte sagten gegenüber der „NYT“ zum Verhalten der anwesenden Transplantationskoordinatoren: „Sie waren so aggressiv. Es war widerlich.“

Weniger Glück hatte ein 50-Jähriger in Kentucky, bei dem man die lebenserhaltenden Systeme im Vorfeld der Organentnahme abgestellt hatte. Er öffnete 60 Minuten später die Augen und blickte im Operationssaal umher. Daraufhin verlegte man ihn auf die Intensivstation, wo er noch mit seiner Familie sprechen konnte, bevor er drei Tage später verstarb.

Insgesamt schilderten 55 Mitarbeiter des Gesundheitswesens in 19 US-Bundesstaaten dem Rechercheteam der „NYT“ haarsträubende Unregelmäßigkeiten bei Organspenden. Einige Whistleblower aus den fast 60 Organisationen, denen die Organbeschaffung in den USA obliegt, erklärten die Verstöße gegenüber dem Blatt mit finanziellem Druck seitens der US-Regierung: Seit 2020 drohe die Auflösung der Förderverträge, wenn die Zahl der vermittelten Organspenden unter dem landesweiten Durchschnitt liege. Deshalb würde der Prozess der Organentnahme immer weiter beschleunigt, was zur Nichtbeachtung von Sicherheitsauflagen führe.

Kurz nach dem Erscheinen des „NYT“-Artikels bestätigte das Gesundheitsministerium in Washington die Vorwürfe der Zeitung und machte für die Vorfälle vor allem die Organisation Kentucky Organ Donor Affiliates (KODA) verantwortlich. Eine Überprüfung von 351 von KODA vermittelten Organspenden in den vergangenen vier Jahren habe ergeben, dass mindestens 28 der Spender im Moment der Organentnahme nicht wirklich tot gewesen seien. Ähnlich skandalös ging es auch bei der in Florida ansässigen Life Alliance Organ Recovery Agency zu, der mittlerweile die Lizenz entzogen wurde. W.K.

SZIELEITSCHEN

Wo das Herz von Barclay de Tolly liegt

Ein außergewöhnliches Denkmal zeugt von einem bedeutenden Kapitel deutsch-russischer Beziehungen

VON CARSTEN KALLWEIT

Im nördlichen Ostpreußen findet man oft bedeutende und einzigartige Sehenswürdigkeiten, die mehr oder weniger in Vergessenheit geraten sind. Dazu gehören beispielsweise Denkmäler aus der Vergangenheit, welche die Kriege und die Nachkriegszeit in der ostpreußischen Geschichte auf wunderbare Weise überstanden haben.

Fährt man von Insterburg nach Norden entlang des Flusses Inster Richtung Kraupischken, sieht man ein majestätisches gusseisernes Denkmal mit Adlern und Flachreliefs. Dieses Denkmal, das 1821 in Szieleitschen [Nagornoje] errichtet wurde, erinnert an den russischen Heerführer, Feldmarschall und Kriegsminister Fürst Michael Andreas Barclay de Tolly. Er verstarb im Mai 1818 in diesem kleinen Ort an einer schweren Krankheit, während seiner Reise nach Karlsbad zu einer Behandlung.

Barclay de Tolly entstammte einer deutschbaltischen Familie mit schottischen Wurzeln, die seit dem 17. Jahrhundert in Livland beheimatet war. Michael Andreas trat bereits mit 15 Jahren in die russische Armee ein und nahm an den Kämpfen gegen die Türken, Schweden und Polen teil. 1809 wurde er zum Generalgouverneur des neugebildeten Großfürstentums Finnland innerhalb des Russischen Reiches ernannt. 1810 wurde er Kriegsminister und trug während seiner Amtszeit wesentlich zur Stärkung der russischen Armee bei.

Während der Kriege gegen Napoleon spielte Barclay de Tolly in vielen Fällen eine entscheidende Rolle und wurde mehrmals verwundet. 1813 nahm er in den Befreiungskriegen an zahlreichen Schlachten teil. Barclay de Tolly war 1814 auch Oberbefehlshaber der russischen Armee bei ihrem Vormarsch nach Frankreich und der Einnahme von Paris.

Nach dem Tod des russischen Feldherrn entsandte der preußische König



Auf dem Wege von Insterburg Richtung Kraupischken: In dem zu Ehren des deutschbaltischen Fürsten Michael Andreas Barclay de Tolly errichteten Denkmal, der im Dienste Russlands Siege feierte, wurde dessen Herz begraben, während seine sterblichen Überreste auf seinem livländischen Gut Beckhof beigesetzt wurden.

Foto: Carsten Kallweit

Friedrich Wilhelm III. eine Ehrenwache nach Gut Szieleitschen, die den Trauerzug mit dem einbalsamierten Leichnam des Feldmarschalls bis zur russischen Grenze eskortierte. Die Trauerfeier fand in Riga statt. Der Fürst wurde auf seinem livländischen Gut Beckhof (Jögeveste, Estland) beigesetzt.

Schinkel entwarf das Kunstwerk

Das Herz des russischen Fürsten wurde an genau der Stelle bestattet, an der heute das Denkmal steht. Es wurde auf Befehl und mit Mitteln des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. errichtet. Das Denkmal ist ein Kunstwerk des königlich preußischen Architekten Karl Friedrich

Schinkel, dessen Bauwerke als Höhepunkt des europäischen Klassizismus gelten.

Der sich nach unten verbreiternde gusseiserne Obelisk ist mit zwölf Lorbeerkränzen geschmückt, welche die zwölf erfolgreichen Schlachten des großen Feldherrn symbolisieren. Der Obelisk trägt zwei Inschriften, eine auf Russisch und eine auf Deutsch: „Dem edlen Feldherrn, der den Weg der Ehre durch Muth und Tapferkeit in vielen Schlachten sich bahnte und der im Kriege zur Befreiung der Völker in den Jahren 1813, 1814 und 1815 als Anführer verbündeter Heere in glorreichen Kämpfen siegte, errichtete dieses Denkmal König Friedrich Wilhelm III.“

Um das vier Meter hohe Denkmal wurden 24 Linden gepflanzt. Sie wachsen noch heute an diesem historischen und andachtsvollen Ort. Für die Besucher der Ruhestätte des Feldherrn wurde ein Parkplatz angelegt. Unweit der Straße, etwa dreihundert Meter vom beeindruckenden Denkmal entfernt, befindet sich das leerstehende Gebäude eines prächtigen Anwesens mit Halbsäulen und einem imposanten Haupteingang. Das historische Bauwerk war Teil des Gutshofs Szieleitschen.

Ein Besuch dieses geschichtsträchtigen wie malerischen Ortes lohnt sich schon deshalb, um ein bedeutendes Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen zu erleben.

MELDUNGEN

Märchenfigur gestohlen

Allenstein – Die Skulpturen des Künstlers Dawid Gołębowski, die in der Allensteiner Altstadt und ihrer näheren Umgebung gefunden werden können, sind sehr beliebt. Die Figuren aus Märchen und Legenden wie Kłobuk oder Topnik, aber auch Alna, die der Alle ihren Namen gegeben hat, machen auf regionale Erzählungen wie die „Wirtin aus Eichmedien“ aufmerksam. Genau deren Figur im Wert von umgerechnet mehr als 3500 Euro verschwand von ihrem Standort direkt an der Alle nahe der Nepomukbrücke. Da das Projekt aus dem sogenannten Allensteiner Bürgerbudget finanziert wurde, für das die Einwohner der Stadt Ideen vorschlagen und darüber abstimmen können, ist die Empörung groß. So groß, dass die Stadt einen Antrag stellen wird, das Gesicht des Täters zu veröffentlichen, damit die Allensteiner sehen können, wer sie zu bestohlen hat. U.H.

Drucken mit Geschichte

Lyck – Für eine Werkstatt hatte sich das Historische Museum in Lyck zwei Pioniere des Druckens ausgesucht: Jan und Hieronim Malecki, Vater und Sohn, die religiöse Schriften in polnischer Sprache druckten. Ganz im Sinne der Reformation, die sich vor 500 Jahren in Preußen durchsetzte, brachten sie dem Polnisch sprechenden Teil der Bevölkerung die Religion in ihrer Muttersprache näher. Wie Magdalena Szumska vom Lycker Museum erklärte, übersetzte Hieronim Malecki Martin Luthers Hauspostille, die die Menschen durch die religiöse Welt führen wollte, aus dem Deutschen ins Polnische. Die Teilnehmer erfuhren nicht nur viel über die Maleckis, sie durften auf einer Druckerpresse auch die erste Seite der Hauspostille drucken. U.H.

ALLENSTEIN

Polen bereiten sich auf den Ernstfall vor

Das Programm „In Bereitschaft“ bietet Bürgern Schulungen in Erster Hilfe, Selbstverteidigung und Cyber-Sicherheit an

In der Republik Polen beginnt in diesen Wochen ein außergewöhnliches Programm, das die Gesellschaft auf neue Weise in die Verantwortung für Sicherheit und Krisenfestigkeit einbinden soll. Unter dem Titel „W gotowości“, was so viel bedeutet wie „In Bereitschaft“ rief das Verteidigungsministerium gemeinsam mit dem Generalstab der polnischen Streitkräfte eine Initiative ins Leben, die auf freiwilliger Basis Zivilisten und Reservisten auf mögliche Krisensituationen vorbereitet.

Das Ziel ist klar: die Widerstandsfähigkeit des Landes zu stärken und den Bürgern praktische Fähigkeiten zu vermitteln, die sowohl im Alltag als auch in außergewöhnlichen Situationen von Bedeutung sind. Das Programm entstand als Antwort auf die wachsenden Herausforderungen in Europa und die Unsicherheiten, die sich aus der geopolitischen Lage ergeben.

Der Verteidigungsminister betonte, dass Polen heute in den gefährlichsten Zeiten seit dem Zweiten Weltkrieg lebe und dass Sicherheit nicht allein durch das Mili-

tär gewährleistet werden könne. Sie müsse vielmehr auf einem breiten Fundament aus Wissen, Selbstvertrauen und Gemeinschaftssinn ruhen. „In Bereitschaft“ verfolgt deshalb einen ganzheitlichen Ansatz: Es soll nicht nur militärische Fertigkeiten vermitteln, sondern Kompetenzen, die jeder Mensch in Krisensituationen braucht: vom richtigen Verhalten bei Alarmen über Erste Hilfe bis hin zu Cyber-Sicherheit und Überlebensstrategien.

Die Teilnahme an den Schulungen ist freiwillig und steht allen erwachsenen Bürgern offen, unabhängig davon, ob sie militärische Erfahrung haben oder nicht.

Noch ist nicht bekannt, an welchen Standorten die ersten Schulungen stattfinden werden, doch Medienberichten zufolge sollen sie in verschiedenen Militärstützpunkten landesweit organisiert werden. Interessierte können sich online über eine App anmelden und aus mehreren Schulungspfaden wählen.

Das Programm teilt sich in zwei Hauptbereiche: Der erste mit dem Titel „Wider-

standsfähigkeit“ richtet sich an Zivilpersonen ohne militärischen Hintergrund und legt den Schwerpunkt auf praktische Selbstschutz- und Krisenkompetenzen. Der zweite Pfad „Reserven“ ist für Reser-

visten gedacht, die ihre Fähigkeiten vertiefen oder auffrischen möchten. Beide Ansätze ergänzen sich. Die Trainingsmodule sind praxisnah aufgebaut. Es geht nicht um Drill, sondern um Wissen und Handlungs-

sicherheit. In späteren Phasen des Programms sind auch Schulungen für Mitarbeiter bestimmter Unternehmen geplant, sodass nicht nur Einzelpersonen, sondern die Gemeinschaften von der Initiative profitieren können.

„In Bereitschaft“ ist mehr als nur ein Bildungsprojekt. Es ist ein Zeichen gesellschaftlicher Reife und Solidarität. Schon jetzt jedoch zeigt das Interesse vieler Bürger, dass „In Bereitschaft“ den Nerv der Zeit trifft. Der stellvertretende Verteidigungsminister Polens teilte mit, dass bereits nach dem ersten Tag, an dem man das Anmeldesystem online zur Verfügung gestellt hatte, beinahe 6000 Anmeldungen eingingen. Im Gegensatz zu den bisherigen individuellen Einzelinitiativen, von denen Schießtrainings an den Schießständen hervorzuheben sind, da sie gerne besucht werden, stellt das vom Ministerium entwickelte Programm ein interessantes Angebot dar, das als eine Art Systemlösung zu begreifen ist.



Erfreut sich jetzt schon großer Beliebtheit: Schießübungen

Foto: D.K.

Dawid Kazański

Wir gratulieren...



ZUM 106. GEBURTSTAG

Patz, Herbert, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klemz, Gerda, geb. **Findeisen**, aus Treuburg, Egerländer Straße 3, am 3. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November

Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Roggon, Erika, geb. **Ruchatz**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bohlmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November
Fischer, Ilse, geb. **Schapat**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 2. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bär, Edith, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Dürre, Waltraut, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Gustke, Christel, geb. **Dikomey**, aus Treuburg, am 3. Dezember
Klönner, Hermann, aus Wehlau, am 3. Dezember

Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger Straße 6, am 3. Dezember

Kudling, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Elsner, Charlotte Luise, geb. **Kirsch**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 30. November

Küchler, Dr. Christel, geb. **Praceus**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 1. Dezember

Nowosadtko, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. Dezember

Raspunt, Gisela, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau-Försterei, Kreis Ortelsburg, am 28. November

Rieck, Ursula, geb. **Pliquett**, aus Ebenrode, am 4. Dezember

Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, am 2. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Heese, Lilly, geb. **Nolda**, aus Wehlau, am 30. November

Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 2. Dezember

Malliaris, Margot, geb. **Koprek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Marhenke, Helene, geb. **Drott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November

Rode, Edelgard, geb. **Schemeit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November

Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baden, Ida, geb. **Bendzko**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 2. Dezember

Ellmer, Gerhard, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Germer, Ursel, geb. **Czychon**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 28. November

Hauptmann, Marta, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. November

Johansson, Erika, geb. **Hahn**, aus Lyck, am 28. November

Kruppa, Benno, aus Borken, Kreis Treuburg, am 28. November
Liebschner, Edith, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 29. November

Milewski, Else, geb. **Skorzinski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Niklaus, Edeltraud, geb. **Schreiber**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Schmidt, Renate, geb. **Füllhaas**, aus Treuburg, am 28. November

Wassermann, Ingrid, geb. **Mucha**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Wietz, Charlotte, geb. **Budweg**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Wilkehl, Kurt, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG
Altrock, Irmgard, geb. **Klett**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Lankeit, Peter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 30. November

Marholz, Traute, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Dezember

Masuch, Erna, geb. **Wysk**, aus Neuffieß, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember

Olschewski, Elfriede, geb. **Mozarski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. November

Schuster, Annemarie, geb. **Malluga**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

Steiner, Ursula, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arnholz, Elfriede, geb. **Fornacon**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 30. November

Buchholz, Helga, geb. **Noch**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 28. November

Haaszio, Bernhard, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Hauser, Dr. Sigrid, geb. **Zinnow**, aus Ebenrode, am 3. Dezember

Kirschner, Otto, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Klann, Ernst, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember

Petruck, Hedwig, geb. **Czapiewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. November
Ruschenat, Rudi, aus Alt Katzkeim, Kreis Fischhausen, am 30. November

Schinski, Annelore, geb. **Olias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 28. November

Selmer, Helga, geb. **Boczkowski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember

Steinbacher, Fritz, aus Waldorf, Kreis Schloßberg, am 28. November

Trinker, Wilfried, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 1. Dezember

Unterschütz, Herta, geb. **Friedriszik**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

Zacharias, Willi, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 30. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kaminski, Günter, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 28. November

Lange, Regina, geb. **Artschwager**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Dezember

Leßmann, Ingrid, geb. **Lasarzewski**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 29. November

Neitzel, Gerd, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. Dezember

Pyko, Karlheinz, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 28. November

Rogowski, Ruth, geb. **Deggner**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. Dezember

Wendel, Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barkus, Hiltrud, geb. **Arndt**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. Dezember

Domnick, Konrad, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. November

Gärtner, Heinz, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

Janzick, Georg, aus Lyck, am 1. Dezember

Jebens, Heino, aus Rosenau, Kreis Mohrungen, am 29. November

Kerstan, Emmi, geb. **Zientarra**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 1. Dezember

Klever, Elisabeth, geb. **Siebler**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Dezember

Koschorrek, Ilse, geb. **Mittscher**, Vorfahren aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember

Piaszinski, Erwin, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

IBAN-Abgleich bei Geldüberweisungen

Bitte beachten Sie, dass ab sofort **bei sämtlichen Zahlungen an die Preußische Allgemeine Zeitung** als Empfängername die **Landsmannschaft Ostpreußen e.V.** anzugeben ist.



ZUM 75. GEBURTSTAG

Denneberg, Werner, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 28. November

Krischik, Gerda, Vorfahren aus Neuffieß, Kreis Ortelsburg, am 1. Dezember

Handarbeiten

Ein Webrahmen mit einem richtigen Webkamm mit Schlitz und Loch sind die Grundausstattung für viele ostpreußische Handarbeiten. Fleißig gewebt wird jede Woche im Haus Kopernikus in Allenstein. Leider sind die Webrahmen rar. Sollte jemand einen Webrahmen ungenutzt zu Hause haben, freut sich die Handarbeitsgruppe in Allenstein sehr über die Zusendung des Rahmens. Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, ul. Partyzantów 3, 10-522 Olsztyn.

Die Landsmannschaft Ostpreußen freut sich auch weiterhin über die Zusendung nicht mehr getragener **Ostpreußenkleider**, die während der Werkwoche wieder ein neues Leben und eine neue Trägerin erhalten. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Zusendungen für die Ausgabe 50/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 50/2025 (Erstverkaufstag 12. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 2. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2026“ präsentiert die Schicksale hinter den Kunstwerken. Der Kalender mit Bildern wie diesem Aquarell von Karl Kunz: Der Elch, entstanden 1955, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



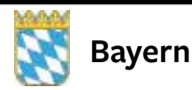
Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Freitag, 28. November, 18 Uhr, Hotel Stadt Pforzheim Bären, Hauptstraße 70: 154. Preußische Tafelrunde mit Karl-Heinz Gast, der als Zeitzeuge von seiner Kindheit in Ostpreußen, Flucht, Vertreibung und dem Leben nach dem Krieg berichten wird. Serviert werden Preußische Kartoffelsuppe, Masurische Bratwurst mit Sauerkraut, und Rote Grütze als Nachspeise. Bitte melden Sie sich bis zum 26. November verbindlich an per E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de oder per Brief: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim oder unter Telefon (0178) 1744376. Gerne können Sie mit mehreren Personen kommen. Die Reservierung der Plätze wird erst gültig, wenn der Preis für das Essen (25,- Euro) auf das Konto der Landesgruppe überwiesen wurde: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg, IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, Kreissparkasse Waiblingen. *Georg Müller*



Eiskrengeln in Alt Rosenthal, Kreis Rastenburg: Kinderspaß aus der Sicht von Harald Himer. Die Kindheitserinnerungen von Karl-Heinz Gast schildert der Zeitzeuge selbst bei der Preußischen Tafelrunde am 28. November in Pforzheim



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Adventsnachmittag

Hof – Sonnabend, 13. Dezember, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Adventsnachmittag.

Adventsfeier

Nürnberg – Dienstag, 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser: Adventstreffen. Wir lassen das Jahr Revue passieren und machen uns einen gemütlichen Nachmittag bei Weihnachtsgeschichten und Plätzchen.



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Adventsfeier

Bremen – Montag, 15. Dezember, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland (BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“): Adventsfeier. Für das Kaffeedeck werden vom „Grollander Krug“ 16,- Euro berechnet.

Wir freuen uns auf die Advents-ansprache von Pastor Andreas Hamburg von der Bremer Markus-Gemeinde und möchten auch in diesem Jahr harmonisch und besinnlich zusammen sein, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatlichen Geschichten erfreuen. Schwester Ingeborg Rebischke wird das Singen wieder mit ihrer Gitarre begleiten. Das Haus erbittet eine Bestellung der erforderlichen Kaffeedecke.

Daher benötigen wir Ihre Anmeldung, die Sie telefonisch bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765 oder per E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de vornehmen können.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Adventsfeier

HH-Niendorf – Donnerstag, 4. Dezember, 13.30 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, fünf Gehminuten von der U2 Haltestelle Niendorf Markt: Adventsfeier der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung. Mit Jabbern und gemeinsamem Singen wollen wir den Herbst verabschieden. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.



Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Monatstreffen

Aßlar – Sonntag, 7. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstraße 1: gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften. *Kuno Kutz*

Treffen

Darmstadt/Dieburg – Das Treffen der Heimatfreunde der LOW Hes-

sen der Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt am 18. Oktober stand unter dem Motto des Erntedankes. Die Teilnahme an der Veranstaltung mit 16 Teilnehmern war klein, aber sehr unterhaltsam.

Kurze Grußworte sprachen Jürgen Pantel, Gerhard Schröder und Christian Keller. Etliche waren krankheitsbedingt verhindert, so auch die Vorsitzenden der Insterburger Renate und Reiner Buslaps. Aus den Tischgesprächen entwickelte sich eine große Gesprächsrunde zu den Fragen „Wo kamen wir her? Wo kamen wir hin? Und wie wurden wir aufgenommen?“ Mit Hinweisen aller Teilnehmer ergaben sich vielseitige Informationen und daraus eine umfangreiche Diskussion.

Die meisten Schilderungen waren Kindheitserfahrungen, die teils positiv und teils negativ waren, wobei deren Eltern sehr oft große Probleme hatten, um in die meist dörfliche Gemeinschaft aufgenommen zu werden.

Mit gespendetem Kaffee und Kuchen und der liebevollen Gestaltung durch Gisela Keller näherte sich langsam das Ende der gelungenen Veranstaltung.

Das Adventstreffen findet statt am 6. Dezember. *C. K.*

Adventsfeier

Kassel – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: Advents- und Vorweihnachtsfeier der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel, unter der Leitung von Dorothea Deyss.

Heimatsnachmittag

Kassel – Das Novembertreffen der LOW-Gruppe Kassel begann mit einer Überraschung: Zwei ehemalige Vorstandsmitglieder des Landesverbands, nämlich Gerhard Schröder und Hannelore Neumann, scheuten eine bis zu 230 Ki-



Im skandinavischen Stil erbaut: Kaiserliches Jagdschloss von Wilhelm II. in der Rominter Heide *Bild: Bildarchiv Ostpreußen*

lometer lange Bahnfahrt nicht, um die nördlichste hessische Kreisgruppe zu besuchen. Beide wurden herzlich begrüßt und beteiligten sich aktiv an den Lesungen.

Historische Themen mit Heimatbezug prägen uns naheliegenden Gründen das Vortragsprogramm der meisten landsmannschaftlichen Vereine. Eine besonders interessante Epoche der deutschen Geschichte, nämlich das zweite Deutsche Kaiserreich von 1871-1918, stellte der Vorsitzende der Kreisgruppe vor.

Zu Beginn des Vortrags wurden wichtige Ereignisse in der Zeit nach den Befreiungskriegen bis zur Reichseinigung (1871) in Erinnerung gerufen (wie den Wiener Kongress, die „Großdeutsche Lösung“ mit Österreich, den Deutschen Bruderkrieg 1866, den Krieg gegen Frankreich 1870/71, die Kaiserkrönung in Versailles. Während die Regierungszeiten Kaiser Wilhelm I. (1871-1888) und jene des „100-Tage-Kaisers“ Friedrich III. nur kurz gestreift wurden, erhielt der dritte und letzte deutsche Kaiser, Wilhelm II. (1888-1918) mehr Aufmerksamkeit. Über dessen Schulzeit in der Residenzstadt Kassel las Gertraud Nitschky aus einem alten Lesebuch vor. Man erfährt, welche Pflichten und Umgangsformen ein zu höheren Auf-

gaben berufener Prinz seinerzeit zu erfüllen hatte.

Im Folgebeitrag wurde geschildert, wie der Kaiser die Rominter Heide in Ostpreußen entdeckte. Dort ließ er unter anderem ein Jagdschloss im norwegischen Stil erbauen. Die zweite persönliche Betrachtung galt seiner Gemahlin Auguste Viktoria aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Sie glättete das damals gespannte Verhältnis zwischen Dänemark und Preußen und übte auch sonst trotz ihrer Zurückhaltung einen vorteilhaften Einfluss auf Politik, die Gesellschaft und auch auf ihren mitunter schwierigen Gatten aus.

Weiter ging es mit dem Sturz der Monarchie nach Ende des Ersten Weltkriegs. Entscheidend für den tragischen Ausgang ist zweifellos das Eindringen der USA als raumfremder Macht in die europäischen Auseinandersetzungen. Gemeinsam mit anderen Siegermächten setzte sie teils folgenreiche Ordnungen durch, unter denen vor allem Deutschland zu leiden hatte. Die Überschrift des letzten Beitrags lautete: „Die Kaiserzeit – Würdigung und Kritik“. Geht es nach der öffentlichen Mei-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
 Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

nung, die seit Jahrzehnten das Geschichtsbild in Deutschland prägt, so ist von einer Würdigung des Wilhelmismus kaum etwas, von derber Kritik sehr wohl viel zu vernehmen. Wilhelm II. gilt dabei als Hauptschuldiger in der Kriegsschuldfrage. Manche Historiker sehen im Kaiser sogar einen Vorboden Hitlers.

Neuerdings erheben allerdings mehr und mehr unbefangene Wissenschaftler, gerade auch aus dem Ausland, Einsprüche gegen die einseitigen Anklagen. Nach dem Australier Christopher Clark sind die großen europäischen Mächte gewissermaßen wie Schlafwandler in den Weltkrieg hineingeschlittert; Deutschland sei keineswegs als Alleinschuldiger anzusehen.

Abschließend kam noch eine Leistungsbilanz der wilhelminischen Zeit zur Sprache, die sich sehen lassen kann. Der Historiker Eberhard Straub bezeichnet die Epoche sogar als die großartigste Deutschlands nach der Reformationszeit und belegt diese Aussage mit Spitzenleistungen auf zahlreichen Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Beispielsweise fielen in nur 17 Jahren 21 Nobelpreise an das Land der Dichter und Denker. Unzählige Erfindungen gehen auf deutsches Konto. Und was die Alphabetisierung anbelangt, so sprechen die Zahlen Bände: Im Deutschen Reich vor dem I. Weltkrieg gab es 0,9 Prozent Analphabeten, während Großbritannien und Frankreich 9,6 beziehungsweise 10 Prozent Schreib- und Leseunkundige ver-

zeichnete. Angesichts all dieser Fakten wählte der Vortragende als Schlusssatz ein Zitat des bekennenden Preußen J. W. Schmidt mit folgendem Wortlaut: „Wir sollten nicht so hochmütig und abschätzig auf unsere Geschichte zurückblicken, sondern aus den durchaus vorhandenen positiven Seiten des Deutschen Kaiserreichs entsprechende Schlussfolgerungen für unser Handeln ziehen“.

Gerhard Landau

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Adventsfeier

Anklam – Sonnabend, 6. Dezember, 10 bis 16 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Adventsfeier für alle Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Sudetendeutschen, Neumärker, Schlesier und alle Freunde der Heimat.

Erstmals gibt das Akkordeon-Orchester „Die Strandtasten“ aus Greifswald ein Adventskonzert in Anklam. Außerdem wird der Posaunen- und Gesangschor Bansin/ Usedom mit Weihnachtsliedern erwartet. Auch das gemeinsame Singen soll nicht zu kurz kommen. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2025 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang,

Heimatbüchern und Kalendern. Am 6. Dezember ist im Volkshaus noch Gelegenheit, für die jährliche Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ zu spenden. Die Spenden erhalten der russische Kant-Chor Gumbinnen und die Diakonie-Station „Sandora“ Heydekrug. Es ist zugleich die Jahresversammlung des Verbandes mit Rückblick und Kassenbericht 2025 sowie einem Ausblick auf die Vorhaben 2026. So ist das nächste Landestreffen der Ostpreußen MV am 12. September 2026 im Volkshaus Anklam geplant. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen sowie aus anderen Heimatgebieten. Angehörige, Gäste und Interessenten sind ebenfalls herzlich willkommen.

Manfred F. Schukat

Niedersachsen

Vorsitzender: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850, **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke

Adventsfeier

Oldenburg – Mittwoch, 10. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38: Adventsfeier. Zum Adventsnachmittag mit Liedern, Gedichten und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sind Mitglieder und Freunde herzlich willkommen. Ein Basar mit Weihnachtsprodukten oder -basteleien wird nicht eingerichtet. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort. Die Gruppe trifft sich immer am zweiten Mittwoch



Bielefeld – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Bielefeld, versammelte sich zu einer Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag am Hochkreuz der Vertriebenen auf dem Bielefelder Sennefriedhof, um der Gefallenen, der zivilen Kriegstoten, der Opfer von Flucht und Vertreibung sowie der Gewaltherrschaft zu gedenken

Bild: Rainer Kolletzki

im Monat im Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg-Eversten, jeweils um 15 Uhr, Telefon (0441) 5009-0; jedoch nicht im Januar 2026. Das nächste Treffen wird stattfinden am Mittwoch, 11. Februar.

Bericht

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hatte den Leiter des Museumsdorf Cloppenburg, Dr. Torsten Müller, als Vortragenden

zu Gast: „Die Heimatvertriebenen in der SBZ und DDR“ war sein Thema, über das er in Thüringen seine Dissertation geschrieben hatte. Lebendig, informativ und sachkundig baute er seine Darstellung auf, die sich weniger auf Bilder als auf Dienstabweisungen, Gesetzestexte und Zeitungsmeldungen stützte. Ab 1950 gab es in der DDR keine Flüchtlinge mehr, geschweige denn Vertriebene, sondern nur Neubürger, die immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausmachten (1950) und fünf Jahre

später waren alle Bewohner nur noch Bürger. Müller konnte viel über das Leben in der DDR berichten, wie sich alle und alles dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu widmen hatten, und atemlos lauschte ihm eine umfangreiche Zuhörerschaft von gut 30 Personen.

Gisela Borchers

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Rätsel

Klangfrequenz	Fluss zum Mississippi	westafrikanischer Staat	Weltgesundheitsorganisation (Abk.)	Gegenstand, Sache	Laub rechen	Begeisterung, Schwung	Ausbuchung, Schwelung	auf den Beine gelenken kauern	Wachzellenbau der Bienen	Denkvermögen, Intellekt	heftiger Zorn	Kurort an der franz. Riviera	Einfall, Gedanke	eine Zahl	dt. Schauspieler... Schweiger
Buch des Alten Testaments				europäisches Gebirge			Buchformat		wildes Tier, Raubtier		durchlässig; lock		Straßenbahn (süddt.)	eine Bahnin	
viele (ugs.)		Kanton der Schweiz			Hohlmaß					Gerichtshof	kleines Blatt Papier		kurzbeiniger Laufhund	Schwinnel, Benommenheit	ostfranzösisches Grenzland
kleine Metallschlinge	griechischer Liebesgott	Kartenspiel	Sinnesorgan	Behälter für Hühnerprodukte	Ärger, Verdross			Triebwagen der Eisenbahn	US-Bürger (ugs.)		Randbeet		elektronische Post (engl.)		
Wintersportdisziplin										Facharzt f. Nervenerkrankheiten	Riesenschlange		rückbez. Fürwort (1. Pers. Plural)		
Nachbarstaat des Iran	Auslieferung, Verkauf		Kfz-Zeichen Bayreuth	großer asiatischer Singvogel, Star	Stacheltier								weiches Sedimentgestein	Kalifenname	Singstimme
Gepflogenheit, Brauch				also, folglich (lateinisch)						Klostervorsteher	Halbton über f (Musik)	in Eile; keuchend	Probe, Stichprobe		
				chinesischer Kochtopf	Streit; Privatkrieg	trainieren	Sehhilfe	Erwerb, Anschaffung		gesetzlich			fressen (Wild)	Kastenmöbel	Stockwerk
				Fruchtzucker					franz. Philosoph (Jean-Paul)				Empfehlung		
				Weinstock	runde Schneehütte		Luftrolle (Sport)		russische Halbinsel	Ziegenleder	Ostgermane				
				dunstig, trübe und feucht				lodernde Flamme; Gerbrinde		altägyptischer Gott	Heißluftbad, Schwitzbad		oberster Teil des Getreidehalms	sandiges, unbebautes Land	
				überreich mit Können bedacht	Brei aus Früchten, Kartoffeln	belgischer Kurort	Handy-Zusatzprogramm (Kzw.)	Stadt am Rhein, in Baden-Würt.		amerik. Schriftsteller (Mark)	Verbundenheit, Vertrautheit		Freude; Sinnlichkeit, Verlangen	selten, knapp	ein Wacholderbranntwein
				türkischer Sultansname						flink, emsig					
				studentische Vertretung (Abk.)	moderne Musikrichtung (Kzw.)		Schwertlilie				bayerisch: Retich				
							persönl. Geheimnummer (Abk.)			ausdruckslos blicken					

Schüttelrätsel

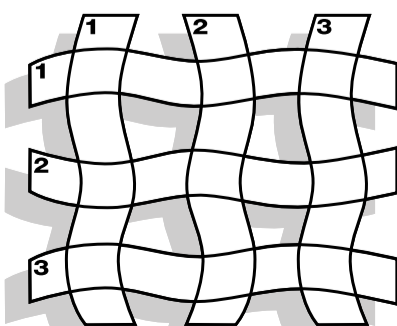
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AHI	AEIL	DEIN	AFST	AEFL	ADOT	EFORT
	ADLOS					EGL
ADEIL				AGR		
		EFLOT				
EEF	ENOT			ELO		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Bezeichnung für eine Geige.

1	REISE					KORB
2	FETT					PLAN
3	LUST					HOF
4	HOCKEY					RAND
5	DATEN					PLATZ
6	RADIO					MAST
7	EIS					ZANGE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 belg. Schriftsteller (Georges)
- 2 Verkehrsmittel
- 3 Rauminhalt

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz,
 Willy-Reinl-Straße 2, 09116
 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-
 agentur@gmx.de, Telefon (0371)
 301616

Brauchtum

Dresden – Mittwoch, 10. Dezember, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße: Der ostpreussische Weihnachtsmann – Brauchtum.

Weihnachten

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 13. Dezember, 14 bis 16 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, H.-Mauersberger Raum: Heimatliche Weihnacht.

Weihnachten

Zwickau – Mittwoch, 3. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Hölderlinstraße 1: Heimatliche Weihnacht.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat,
 Horstheider Weg 17, 25365 Offen-
 sesh-Sparrieshoop, Tel.: (04121)
 85501, E-Mail: dieter.wenskat@
 gmx.de

Königreich Bhutan

Bad Schwartau – Im November konnte der Vorsitzende Axel Simanowski 27 und damit mehr als sonst Teilnehmer zu einem Vortrag über seine Reise in das Königreich Bhutan begrüßen. Als Seelsorger interessiert sich Simanowski insbesondere für die Kulturen im asiatischen Raum, den er vielfach schon bereist hat. Zur Überraschung trat er zunächst in der landesüblichen Tracht der Männer von Bhutan auf, einem kastanienbraun gestreiften Mantel, der einem knöchellangen Bademantel gleich, und die Zuhörer ob der ungewöhnlichen Tracht zum Schmunzeln brachte. Bhutan liegt in Südasien am Südhang des Himalaja Gebirges und grenzt im Norden an Tibet, im Süden an Indien.

Es liegt auf dem 27,5 Breitengrad und damit in der subtropischen Zone, mit einer Regenzeit von Juli bis September. Außerdem ist Bhutan durch seine Höhenlage am Himalaja mit über 2000 Metern über dem Meeresspiegel das höchstgelegene Land der Erde und hat in etwa eine Größe der Schweiz mit rund 780.000 Einwohnern. Es gilt als Land der Glückseligkeit und der unberührten Natur. Bhutan hat eine konstitutionelle Monarchie nach britischem Modell. Das Königsgeschlecht, die Wangchuk-Dynastie, herrscht seit 1907. Seit 2008 regiert der fünfte König. Die Hauptstadt Thimpu hat rund 138.000 Einwohner, in der Stadt Paro gibt es den einzigen internationalen Flugplatz. Bhutans Straßen und Schotterwege, allein die Straße von West nach Ost entlang des Himalaja Gebirges ist befestigt.

Der Tourismus wird gesteuert, indem er auf die Übernachtungskapazität im Lande abgestimmt wird. Die Einreise für Touristen unterliegt strengen und umfangreichen Regeln. Jeder Tourist hat 100 US-Dollar pro Übernachtung als „Kurtaxe“ neben den Visa- und sonstigen Gebühren zu zahlen. Die Hotels für den Tourismus sind landestypisch eingerichtet. Neben dem Himalaja-Gebirge, dessen höchster nicht bestiegener Gipfel mit 7570 Metern in Buthan liegt, sind auch die Naturreservate ein großer Anziehungspunkt für Touristen, deren Müll allmählich ein Problem darstellt. Zweidrittel des Landes ist mit Naturwald bedeckt mit sehr seltener Pflanzen- und Tierwelt. Der Naturschutz im Land hat oberste Priorität und wird schon in der Schule gelehrt. Es gilt Rauchverbot, und Bhutan ist ein Land, das mehr CO₂ aufnimmt als es produziert.

Die Drukpa, die Einwohner Bhutans, kleiden sich vor allem in einer Volkstracht. Jeansträger sind meistens Touristen.

In der unwegsamen Bergregion Ost Bhutans in Höhenlagen bis zu 3000 Metern in abgelegenen Tälern leben halbnomadische Yak- und Schafzüchter, genannt Brokpa. In der Sprache und Kleidung unterscheiden sie sich von den Drukpa, besonders auffällig sind die Filzmützen aus Yakhaar mit fünf Zipfeln, die als Regenrinnen dienen. Die Brokpa sind bekannt für

ihre einfache und routinierte Lebensweise. Ihre Yaks sind nicht nur Last- und Schlachtvieh, sondern auch wichtiger Bestandteil ihrer Kultur und Identität.

Der Buddhismus ist Staatsreligion, zu der sich über 70 Prozent der Einwohner bekennen. Dem Hinduismus gehören rund 20 Prozent an. Obwohl der in Bhutan praktizierte Buddhismus seinen Ursprung im tibetischen Buddhismus hat, unterscheidet er sich erheblich in den Ritualen, seiner Liturgie und klösterlichen Organisation. An vielen öffentlichen Plätzen weisen Buddhastatuen und bunte Gebetsfahnen sowie Gebetsmühlen in den Klöstern und Schulen auf die buddhistische Lehre hin.

Es gibt übers Jahr bis zu 40 religiöse oder traditionelle volkstümliche Festivals und Feste, die Besuchern die Möglichkeit geben, in die religiöse Tradition mit Geisterglauben, Segnungen (Tshechu) und das kulturelle Erbe des Landes einzutauchen. Neben Maskentänzen in farbenfrohen Kostümen und volkstümlichen Vorführungen ist der Tanz der Kraniche, der von Schulkindern vorgeführt wird, der Höhepunkt eines jeden Festes.

Vielerorts und mehr im ländlichen Bereich sieht man phallistische Symbole an Hauswände gemalt, als Holz- oder Tonfigur im offenen Gelände stehen, deren Herkunft sich bis ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen lässt. Sie stammen von einem tibetischen Mönch, der als der „Göttliche Wahnsinnige“ bezeichnet wird. Seine unkonventionellen Lehrmethoden des Buddhismus umfassen Humor und Sexualität, die in der Bevölkerung Anklang fanden. Das Phallussymbol dient der Fruchtbarkeit und dem Schutz vor bösen Geistern.

Es sind hier nur einige der Besonderheiten des Landes Bhutan aufgeführt, die uns der Vortragende mit seinen aufschlussreichen Bildern geschildert hat. Es gäbe noch darüber hinaus viel über die Eigenheiten des Landes aus seinem Vortrag zu berichten und über das, was für den Besucher auch so geheimnisvoll ist, und Anreiz bietet, das Land zu besuchen.

Hans-A. Eckloff

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 4. Dezember, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckenstraße 24: Kaffeetafel im Advent mit Geschichten und Liedern. Bitte bis Freitag, 28. November anmelden bei Renate Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com, oder bei Hans Legies unter Telefon (0170) 8118800 oder per E-Mail: Hans.Legies@t-online.de.

Flensburg – Zum Novembertermin trafen sie die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. zu dem klassischen Gericht, dem traditionellen Wrukenessen, und zu moderner Kriminalität. Polizeihauptkommissar Philipp Pfeiffer von der Landespolizei trug unter dem Oberbegriff „Enkeltrick“ zu Gefahren vor, denen nicht nur, aber in besonderem Maße ältere Mitbürger ausgesetzt sind. Der klassische Enkeltrick ist stark zurückgegangen und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Dagegen umfassen die Versuche, über den „falschen Polizisten“, das Internet und das mobile Internet via Mobiltelefon – WhatsApp, Anlagetrug, Dating-Plattformen – sowie falsche Gewinnversprechen

ANZEIGE

Ob einfach, doppelt oder Windsor - Ostpreußisch

Seidenkrawatte mit
Elchschaufel,
Jaquard-gewebt,
29,- Euro, inklusive
Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de

**Nur
29,- Euro**
inklusive Porto und
Verpackung

die Mehrheit der kriminellen Anbahnungen und so an Geld oder persönliche Daten zu gelangen. Er warnte eindringlich vor Haustürgeschäften, empfahl dringend, unbekannt oder unterdrückte Rufnummern nicht anzunehmen und wies auf die gute Möglichkeit hin, mit einem nur dem engsten Kreis bekannten Familienpasswort das Gegenüber eindeutig als Teil der Familie identifizieren zu können. Erstaunlich war, wie viele der rund 30 Teilnehmer bereits einschlägige Erfahrungen mit dieser Art von Kriminalität gemacht hatten, zum Glück ohne Schäden zu erleiden.

Michael Weber

**Forum Baltikum – Dittchenbühne**

Die **Dittchenbühne** zeigt als **Weihnachtsmärchen „Der Froschkönig“**. Karten für den 4. bis zum 21. Dezember und weitere Informationen unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties,
 Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229,
 Mobil: (0174) 9508566, E-Mail:
 uwe.jurgsties@gmx.de.
Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties,
 Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Treffen der Memelländer

Dortmund – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Heimatstube, Landgrafen/Ecke Märkische Straße, zu erreichen ab Hauptbahnhof mit den Linien U-41, U-45, U-47 und U-49 bis zur Haltestelle Markgrafenstraße: Adventsfeier mit einem Mittagsbuffet und einem kleinen weihnachtlichen Programm mit Kaffeetafel. Anmeldungen bitte an Gerhard Schikschnus per E-Mail: g.schikschnus@web.de, unter Telefon (0231) 62836900 oder (0173) 8103050.

Düsseldorf – Sonnabend, 29. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage – Aufzug vorhanden –, Raum 412, Bismarckstraße 90: Einstimmung auf die Weihnachtszeit mit Kaffee, Kuchen und kalten Getränken. Für die Vorbestellung beim Catering bitte anmelden unter Telefon (02452) 62492 oder schriftlich an Karin Gogolka, Rurstraße 14, 52525 Heinsberg. **Karin Gogolka Heydekrug** – Sonntag, 14. Dezember, 13 Uhr, Saal „Truksedziai“, rotes Gebäude, Tradiciju g. 4: Weihnachtsfeier vom Verein Heide.

Köln – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Mittagessen, ab 14 Uhr Adventsnachmittag mit lebhaften Gesprächen.

Ingrid Schröder

Mannheim – Donnerstag, 27. November, 12.30 Uhr, Bürgerhaus (Pflug), Unterdorfstraße 2, Heddesheim: Treffen zum Jahresabend mit Mittagsimbiss, Vorträgen und Berichten, Kaffee und Kuchen.

Memel – Sonnabend, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Kulturzentrum im Skulpturenpark, Donelaicio g. 68: Der Deutsche Kulturverein Memel lädt zur Weihnachtsfeier ein.

Abendmahlskelch für Prökuls

Prökuls – Am 5. Oktober fand in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Prökuls der Erntedankgottesdienst statt, in dem die feierliche Übergabe des Abendmahlskelches stattfand. Der Festgottesdienst wurde in litauischer- und deutscher Sprache vom Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Litauen Dr. h.c. Mindaugas Sabutis und dem Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde Prökuls, Neilas Cijunskas, gehalten. Vor Beginn des Gottesdienstes um 11 Uhr wurde der Abendmahlskelch zum alten Kirchplatz mit 81 Glockenschlägen getragen und dort am Altar von Linus Skwirblies dem Landesbischof übergeben, der diesen dann an den Pfarrer der Gemeinde übergab. Die 81 Glockenschläge sollten symbolisieren, dass der Kelch nach 81 Jahren wieder zur Prökulser Kirche zurückgekehrt ist. Danach ging es in die überfüllte Kirche zum Gottesdienst, der vom Kirchenchor mitgestaltet wurde.

Uwe Jurgsties berichtete über den langen Weg des Kelches, für dessen Übergabe sich der Landesbischof bedankte nachdem er beim aufgeteilten Abendmahl bereits zum Einsatz gekommen ist. Der Landrat des Kreises Memel, Bronius Markauskas, dankte in seiner Rede der AdM und deren Vertreter sowie der evangelischen Kirchengemeinde für die Pflege des kulturellen Erbes und jahrzehntelange Partnerschaft und Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Landsleute. Danach waren alle Gottesdienstbesucher zu Kaffee und Kuchen im Gemeindegottesaal eingeladen.

U. J.



In der Landestracht Bhutans gekleidet: Axel Simanowski auf seiner Reise in dem buddhistisch geprägten Land
 Bild: Axel Simanowski



Feierliche Übergabe in Prökuls: Linus Skwirblies überreicht den Abendmahlskelch an den Landesbischof
 Bild: Uwe Jurgsties

HEXENPROZESSE

Auf dem Besen über Ostpreußen reiten

Es dauerte über 300 Jahre, bis sich der Hexerei beschuldigte Frauen endlich gegen ihre verblendeten Kläger zur Wehr setzen konnten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen 1440 und 1750 wurde Europa von einer unmenschlichen Massenhysterie erfasst, die aus der Furcht vor Zauberei beziehungsweise Hexerei resultierte und nur zum Teil in religiöser Besessenheit sowie übertriebener Frömmigkeit wurzelte. Vielmehr spielte ebenso die überaus prekäre Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung eine Rolle: Die Menschen litten unter den ständigen Kriegen, tödlichen Pestwellen, heftigen Naturkatastrophen und entmutigenden Missernten während der „Kleinen Eiszeit“ und suchten entsprechend nach Sündenböcken dafür. Dabei fanden aus diesem Grund auch in Ostpreußen mindestens 359 durch Quellen belegte Hexenprozesse statt, an deren Ende in 164 Fällen die Hinrichtung der Beschuldigten durch Verbrennen, Erhängen oder Enthaupten stand.

Zu den frühesten derartigen Verfahren gehörte das gegen eine gewisse Wartenbergerin aus Braunsberg. Sie kam im Jahr 1448 allerdings noch mit einer Verbannung davon. Weniger Glück hatte hingegen eine Frau, die am 5. Juni 1524 als erste Königsberger „Hexe“ auf dem Scheiterhaufen endete. Ihr war zur Last gelegt worden, dem angesehenen Bürger Bartholemeus Götz per Hexenfluch „eine Krankheit gebracht“ zu haben.

Vervierfachung der Prozesse

Auch die Einführung der Reformation in Ostpreußen und die Umwandlung des Ordensstaates in ein weltliches Herzogtum änderte nichts an der Praxis der Hexenverfolgung. 1525 erließ Herzog Albrecht von Preußen sogar eine Landesordnung, in der er seinen Beamten sowie dem Adel und den Stadträten auftrug, jeden, der „Zauberei“ betreibt, gnadenlos hart zu bestrafen. Dies war nicht zuletzt die Reaktion auf den Umstand, dass im Volk nach wie vor unerwünschten magischen



Wilde Hexen reiten auf ihren Besen zum Hexensabbat und überfliegen dabei ostpreußische Ebenen im Nebel. So jedenfalls sah es im Jahre 1810 ein unbekannter von Hexerei inspirierter Künstler
Bild: IMAGO/H. Tschanz-Hofmann

Praktiken der „heidnischen“ Prußen gehuldigt wurde. Dennoch sind aus dem 16. Jahrhundert nur 64 Hexenprozesse in Ostpreußen überliefert, während deren Zahl im 17. Jahrhundert auf 281 stieg. Maßgeblich verantwortlich hierfür war ein Erlass des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm aus dem Jahr 1679, der die unnachsichtige Verfolgung aller Hexen in seinem Machtbereich forderte und dem unter anderem die Witwe Anna Bergau aus Groß Lauth im Kreis Preußisch Eylau zum Opfer fiel.

In ihrem Prozess, der am 22. Januar 1686 begann, traten zahlreiche Belastungszeugen auf. So beklagte der Hirte Wilhelm Schulter die „Verhexung“ seiner

Augen durch die Angeklagte. Anschließend berichtete die Müllersfrau Katharina Steinhagen über einen Vorfall am Weihnachtsabend 1684. Nachdem sie sich geweigert habe, der Bergau Bier zu geben, sei ihr Hund krank geworden. Und am Neujahrstag 1685 habe das Abschlagen der Bitte der „Hexe“ um etwas Pfefferkraut dazu geführt, dass das Auge des Müllers „sehr schlimm geworden“ sei. Die Gärtnerin Barbara Hübner wiederum beschrieb die „Verhexung“ ihres Gutsherrn Leutnant von Ripp. Infolge des Zaubers „empfand er ein großes Zittern in allen Gliedern und war mehr tot als lebendig“. Als weiterer Zeuge agierte Jacob Bergau, der Sohn der Angeklagten. Der Sechsjäh-

rige erzählte von ominösen nächtlichen Besuchen bei seiner Mutter durch einen „schwarzen Kerl“ namens Johannes.

Als der schwarze Geist kam

Anna Bergau beteuerte unablässig ihre Unschuld; in den Gerichtsakten wird sie deshalb als „halsstarrig“ beschrieben. Am Ende legte die Angeklagte dann jedoch am 20. März 1686 ein Geständnis ab, in dem sie ihrer drei Monate zuvor in Mülhausen als Hexe verbrannten Mutter Else vorwarf, aus Boshaftigkeit den Geist Johannes zu ihr geschickt zu haben, woraufhin es zu wiederholten sexuellen Kontakten mit der übernatürlichen Erscheinung und der Geburt mehrerer schwarzer Kinder

gekommen sei. Nach dieser vermutlich mittels Folter erzwungenen Aussage wurde Anna Bergau im Frühjahr 1686 wegen „ihrer grausamen begangenen Teuffeley ... mit dem Feuer vom Leben zum Tode condemnirt und verdammt“. Sie brannte lichterloh auf dem Scheiterhaufen.

Später traf es dann in Brandenburg-Preußen unter anderem noch die ganz offensichtlich psychotische 15jährige Dienstmagd Dorothee Elisabeth Tretschlaff, die der „Buhlschaft“ mit dem Teufel bezichtigt und deshalb am 17. Februar 1701 enthauptet wurde. Ihr Fall bewegte den Hallenser Rechtsgelehrten Christian Thomasius zur Abfassung seiner Schrift „De crimine magiae“, in der er den Hexenglauben als katholische Irrlehre brandmarkte und die Notwendigkeit einer staatlichen Hexenverfolgung bestritt: „Die Fürsten haben nicht die Pflicht, Seelen zu retten, sondern Frieden zu stiften.“

Erlösendes Edikt des Königs

In Reaktion hierauf erließ der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. am 13. Dezember 1714 das „Edikt wegen Abstellung der Mißbräuch bey denen Hexen Prozessen“, in dem er jedwede „peinliche Befragung“, Aburteilung und Hinrichtung von Hexen von seiner ausdrücklichen persönlichen Erlaubnis abhängig machte. Danach kam es kaum noch zu Verfahren gegen angebliche Hexen, weil der Monarch fast alle Anträge auf die Eröffnung eines solchen wiederum strikt ablehnte. Im Gegenteil: Denn nun konnten endlich der Hexerei beschuldigte Frauen ihre Widersacher wegen Verleumdung verklagen.

Oft heißt es, die letzte Hexe, die in Ostpreußen auf dem Scheiterhaufen endete, sei die Schäferin Barbara Zdunk gewesen. Deren öffentliche Hinrichtung in Rößel am 21. August 1811 erfolgte jedoch nicht wegen Hexerei, sondern als „spiegelnde Strafe“ für Brandstiftung beziehungsweise „Mordbrennerey“, wie man das Delikt damals nannte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Kammermusik mit neuem Elan

Schweidnitz schärft sein weithin bekanntes kirchenmusikalisches Profil

Das niederschlesische Schweidnitz [Świdnica] steht dieser Wochen für klassische Musik. Die im vergangenen Jahr nach einer 18jährigen Pause reaktivierten Kammermusiktage [Dni Muzyki Kameralnej] werden fortgeführt. Musikfreunde können sich auf acht Konzerte mit Werken unter anderem von Chopin, Schubert, Schumann oder Beethoven freuen. Musiziert wird nicht in traditionellen Konzertsälen, sondern im Klub Bolko. Diese Einrichtung befindet sich in der 1870 gegründeten Brauerei „Braucommune“ am einstigen Wilhelmsplatz [plac Grunwaldzki].

Auch der Barockwinkel unmittelbar neben der Schweidnitzer Friedenskirche ist Austragungsort der Kammermusiktage. Gespielt wird bis zum 1. Februar im Zwei-Wochen-Rhythmus jeweils sonntags um 17 Uhr. Das Programm in polnischer Sprache ist unter www.sok.com.pl zu finden, der Eintritt zu allen Konzerten kostet 200 Złoty, Einzeltickets 30 Złoty oder ermäßigt für 20 Złoty.

Die Kammermusiktage wurden 2024 vom Schweidnitzer Kulturzentrum [Świdnicki Ośrodek Kultury] neu begründet, um eine Lücke im musikalischen Leben der Stadt zu schließen. Im Mittelpunkt der vom Kulturzentrum wiederbe-

lebten Kammermusiktage steht die Interpretation romantischer Musik. Die Künstler arbeiten mit Instrumenten aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Wiederbelebung des Festivals knüpft an eine jahrhundertlange Musiktradition in Schweidnitz an. Seit der frühen Neuzeit war die Stadt Zentrum protestantischer Musikkultur in Schlesien. Das Herzstück der Tradition ist die Friedenskirche „Zur Heiligen Dreifaltigkeit“, die zwischen 1656 und 1657 erbaut wurde und heute zum UNESCO-Welterbe zählt. Sie wird primär von der barocken Orgel des Erbauers Christoph Klose und späteren Nachfolgern und dem Klang geprägt.

Die Schweidnitzer Kirchenmusik ist gut dokumentiert durch frühzeitliche Stiftungen, Chorordnungen, Instrumentenverzeichnisse und Predigtsammlungen. Diese wurden im Archiv der Friedenskirche gesammelt. Doch erst nach der politischen Wende konnten auch deutsche Musikwissenschaftler darin forschen. Einer von ihnen ist Stephan Aderhold, der das Archiv seit Jahren erschließt und durch seine Publikationen detaillierte Einblicke in die Entwicklung des schlesischen Liedguts verschafft. Aderholds Steckenpferd sind die Kantaten von Benjamin Schmolck. Der Liegnitzer Schmolck ist 1702 als Diakon an die Schweidnitzer Friedenskirche berufen worden und verbrachte dort den Rest seines Lebens, seit 1714 als Hauptpastor. Zugleich lehrte er an der Schweidnitzer Gnadenschule.



Stephan Aderhold (r.) im Gespräch mit Bischof Waldemar Pytel (l.), der von 1986 bis Juni 2025 als Seelsorger in der Friedenskirche zu Schweidnitz diente
Bild: Wagner

Der von Schmolck gedichtete Kantaten-Jahrgang „Das Saiten-Spiel des Hertzens“ erschien in mehrfachen Auflagen

und wurde gleich von mehreren Komponisten vertont, unter anderem von Georg Philipp Telemann, Gottfried Heinrich Stölzel und Johann Friedrich Fasch. Schmolck dichtete insgesamt 1183 Lieder, von denen einige heute noch gesungen werden. Und dies auch dank Stephan Aderhold, der Schmolcks Texte, Vertonungen, Aufführungskontexte und Trans-

missionswege der Kantaten untersuchte, eine Edition von Schmolcks Kantatentexten und deren Vertonungsgeschichte erarbeitete und ins Bewusstsein der Schlesier zurückbringt. Zuletzt tat er dies während der 375-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens in Schweidnitz.

Doch das Schweidnitzer Musikleben fand nicht nur in kirchlichen Räumen statt. Im 19. und 20. Jahrhundert entstanden Gesangsvereine, städtische Kapellen und bürgerliche Konzertreihen. In der Gegenwart nutzt das Internationale Bach-Festival [Międzynarodowy Festiwal Bachowski] die besondere Akustik der Friedenskirche und zieht damit ein internationales Publikum an.

Auch das Museum der Geschichte des Kaufmannswesens [Muzeum Dawnego Kupiectwa] am Ring 37 trägt zur musikalischen Vermittlung bei. Die Ausstellung „Das Musikleben in Schweidnitz“ [Życie muzyczne w Świdnicy] dokumentiert anhand von Noten, Programmen, Instrumenten und zeitgenössischen Berichten, wie stark Musik den Alltag und die Frömmigkeit der Stadt prägte. Mit den Kammermusiktagen setzt die Stadt Schweidnitz diese ehrwürdige alte Kulturtradition fort.

Chris W. Wagner

RÜCKBLICK

Was geht und was bleibt

Das Pommern-Zentrum in Travemünde – der „Leuchtturm“ Versöhnungskirche bleibt

VON WOLFGANG
MÜLLER-MICHAELIS

Als im September 1988 mit der Ostsee-Akademie die zentrale Einrichtung des Pommern-Zentrums in Lübeck-Travemünde in Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker feierlich eröffnet wurde, erregte dies nicht nur unter den ostdeutschen Landsleuten, sondern in der gesamten deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen. Denn es war um die nach dem Krieg aus den Ostgebieten vertriebenen Deutschen nach über vier Jahrzehnten der Teilung ruhig geworden, zumal es keine Anzeichen dafür gab, dass sich daran auf absehbare Zeit etwas ändern sollte. Der damalige Bundespräsident sprach davon, dass es die Trennung „in geschichtlicher Perspektive“ zu überwinden gelte, nicht ahnend, dass mit dem Fall der Berliner Mauer im darauffolgenden Jahr statt eines in langen Zeiträumen erhofften der unfassbar plötzliche Eintritt der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas Wirklichkeit werden sollte.

Diese unerwartete Zeitenwende hatte für die Ostsee-Akademie kurz nach ihrer Errichtung eine grundlegende Änderung ihrer Aufgabenstellung zur Folge. Es galt, nicht mehr als Leuchtturm Signale der Freiheit und Einheit in die abgetrennten osteuropäischen Anrainerstaaten des Mare Balticum auszusenden, sondern als Treffpunkt der Deutschen und ihrer nun ebenfalls in Freiheit lebenden Nachbarn des Ostseeraumes mit neu gewonnenem Elan an der Zielsetzung der politischen Einheit in Europas Nordosten zusammenzuarbeiten.

Warum ist dieses aus der heimatpolitischen Arbeit der ostdeutschen Landsmannschaften so markant hervorsteckende Projekt der Pommern schon bald nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ in stürmische See und schließlich in einen anhaltenden Krisenmodus geraten, bis es nach knapp drei Jahrzehnten 2017 abrupt an sein Ende kam? Das hatte mit jenem unerwarteten politischen Umbruch in Deutschland und Europa zu tun, zu dessen langfristiger Herbeiführung die Idee des Pommern-Zentrums überhaupt entstanden war und der sich mit seiner explosiven Kraft in veränderten politischen Konstellationen und Grundströmungen entlud.

Zeitenwende

Auch wenn in der Pommerschen Landsmannschaft das Recht auf Heimat mit Nachdruck vertreten wurde, gab es in der Führung eine zusätzliche Sichtweise, die neben der nationalen Rückkehrforderung die Aussöhnung mit den Polen in einem freien und geeinten Europa betonte. So erinnere ich mich, meine politische Aussage als Vorsitzender des pommerschen Studentenverbandes SAP Anfang der 1960er Jahre unter das Geleitwort „Keine Vertreibung in entgegengesetzter Richtung“ gestellt zu haben, was sich später mit dem Motto unseres langjährigen Sprechers Philipp von Bismarck „Aussöhnung durch Wahrheit“ zu der Formel des „Pommerschen Manifestes“ von 1973 „Grenzen durch Freiheit überwinden“ verbinden und damit zum pommerschen Lösungsansatz der deutsch-polnischen Frage werden sollte.

Mit der Absicht, an dieser Zielsetzung durch Begegnungen mit interessierten Landsleuten und europäischen Nachbarn vorzüglich aus dem Ostseeraum zu arbeiten und zugleich eine Stätte zur Bündelung aller pommerschen Aktivitäten zu schaffen, die der Bewahrung und Pflege des geistig-kulturellen Erbes Pommerns

Das bleibt – 31 symbolträchtige Linden: Sie säumen die Gedenkallee neben der Versöhnungskirche in Lübeck-Travemünde
Bild: Stramm

diente, war die Idee des Pommern-Zentrums geboren. Als Leiter des wirtschaftlichen Trägers der Landsmannschaft oblag mir die Aufgabe, formaler Bauherr des geplanten Vorhabens zu sein. Ich erwarb mit dem Erlös des Verkaufs unseres Pommernhauses in Hamburg von der Neuen Heimat ein 18 Hektar großes Gelände oberhalb des Skandinavienkais in Travemünde, auf dem das Pommern-Zentrum

nung der Ostsee-Akademie im September 1988 errichtet worden.

Das von so starken Ambitionen getragene Objekt sollte schon bald nach seiner Entstehung in Schwierigkeiten geraten, weil im Zuge der Wiedervereinigung eine auf breiter Front anrollende Welle der Renationalisierung einsetzte. Auch von Bismarck sah sich als Präsident der Ostsee-Akademie mit der Forderung konfron-

Das bleibt: Neben der Versöhnungskirche in Lübeck-Travemünde: die Gedenkallee, an deren Ende ein Gedenkstein an Frieden mahnt
Bilder (2): Stramm

entstehen sollte. Es umfasste mehrere Gebäudekomplexe, die nach dem Modulprinzip in je eigener finanzieller Trägerschaft errichtet wurden mit dem zentralen Bau der Ostsee-Akademie, die je zur Hälfte vom Patenland Schleswig-Holstein und vom Bund finanziert wurde. Die Versöhnungskirche ist erst nach der Eröff-

tiert, den liberalen und europafreundlichen Leiter der Akademie, Dietmar Albrecht, durch einen Kämpfer für die Rückkehr nach Pommern zu ersetzen. Den „Hardlinern“, die dieses Ansinnen stellten, war offenbar nicht klar, dass eine politisch motivierte Entlassung des Leiters einer öffentlich von Bund und Land

So wird es nie wieder sein: Das ehemalige Pommern-Zentrum befindet sich im Rückbau, die Versöhnungskirche jedoch bleibt
Bild: Wikimedia

geförderten Einrichtung das Ende der Akademie zur Folge haben würde.

Wegen beruflichen Wechsels zur sächsischen Staatsregierung war ich 1990 aus meinen Ämtern in der Pommerschen Landsmannschaft ausgeschieden und wurde nach meiner Rückkehr aus Dresden Ende der 90er Jahre dazu gedrängt, noch einmal an die Spitze der Landsmannschaft zurückzukehren, um in der Kontroverse um die Akademieleitung zu vermitteln. Nach langem Zögern willigte ich Mitte 1999 ein, vor allem, um die Organisation des geplanten großen Pommern-Treffens im Juni 2000 in Greifswald zu übernehmen. Nachdem ich den sächsischen Ministerpräsidenten Professor Biedenkopf, in jenem Jahr als Bundesratspräsident zugleich „vierter Mann im Staat“, als Festredner gewonnen hatte, kam es zu einem Eklat, indem er als Gast der Pommern aus ihren Reihen als „Volksverräter“ beschimpft wurde und mir als Sprecher Stasimethoden vorgeworfen wurden, weil ich gegen diese Machenschaften vorgegangen war. Nicht nur wegen dieser Angriffe, sondern vor allem wegen des kurz darauf gegen mein Votum erfolgten Vorstandsbeschlusses, den Akademieleiter am Ende doch zu entlassen, trat ich nach nur einjähriger Dauer von meinem Sprecheramt zurück.

Förderungen gestrichen

Wie vorher absehbar traten mit dem Ausscheiden Albrechts und der Kündigung seiner Mitarbeiter jene Folgen ein, die nach einer Beendigung der Akademieförderung zunächst durch das Land, später auch durch den Bund, zum Ende der Ostsee-Akademie führten, indem der Pommersche Zentralverband (PZeV) als ihr Vermögensträger Oktober 2017 schließlich das Insolvenzverfahren beantragen musste. Für den bereits Ende 2000 entlassenen Akademieleiter und sein Team wurde auf Initiative des Vorsitzenden der Stiftung Versöhnungskirche, des ehemaligen Justizministers des Landes, Heiko Hoffmann, unter starker Anteilnahme von Vertretern des kulturellen Lebens wie Günter Grass als Auffanginstitut die Academia Baltica gegründet, die später in den Akademieverbund Sankelmark bei Flensburg eingegliedert wurde.

Trotz Schließung und inzwischen Rückbau der Ostsee-Akademie hat sich ihr früherer Standort oberhalb des Skandinavienkais in Travemünde mit der benachbarten Versöhnungskirche seinen unvergänglich pommerschen Charakter bewahrt. Im Besitz einer rein aus Spenden der Pommern errichteten Stiftung und gemeinsam betrieben mit der Nordkirche ist sie unabhängig von der Landsmannschaft und bis heute nicht nur geistlicher Treffpunkt pommerscher Landsleute, die ihr geliebtes Pommern-Zentrum auch weiterhin besuchen wollen.

Eine meiner schönsten Aufgaben während meiner zweiten Amtszeit als Sprecher war am 10. Oktober 1999 die Einweihung der Pommerschen Gedenkallee neben der Versöhnungskirche mit dem Gedenkstein für die Landsleute, die 1945/46 während Flucht und Vertreibung aus der Heimat ihr Leben verloren. Gesäumt wird die Allee von 31 Linden, von denen 27 an die hinterpommerschen Heimatkreise, drei an die vorpommerschen Landkreise und eine an die ehemalige alte Landeshauptstadt Stettin erinnern.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis ist ehemaliger Vorsitzender des Pommerschen Zentralverbandes und Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft von 1999 bis 2000

● MELDUNGEN

Arndt-Preis, Sterne und Eisbaden

Stettin – Nach München, Leipzig oder Erfurt hat die Berliner Schnellrestaurant-Kette „Burgermeister“ ihre 24. Filiale Ende Oktober in Stettin eröffnet. Auf zwei Etagen und mit Platz für 80 Gäste ist der Standort, unweit des Hotels Radisson Blu, gut gewählt und seit Eröffnung gut besucht. TS

Stralsund – Am 21. November wurde Dr. Gerd Albrecht mit dem Ernst-Moritz-Arndt-Preis der Arndt-Gesellschaft im Theater Stralsund ausgezeichnet. Er ist Leiter des Vineta-Museums Barth, Initiator des Vereins Backsteinkirche & Garten Starkow und Förderer der plattdeutschen Sprache. TS

Rügen – Unweit der alten Ortslage Tribberatz, zirka drei Kilometer vom Ostseebad Binz entfernt, trafen sich am vergangenen Sonnabend Aktive um eines der Großsteingräber unter Anleitung der Archäologin Katrin Staudé mit Astscherer und Baumsägen vom Bewuchs zu befreien und zu sichern. TS



Vom Wildwuchs befreit: Das Großsteingrab bei Binz

Stralsund, Stadt der Sterne – Am 19. November wurde der letzte der insgesamt 26 großen Sterne im Stadtgebiet aufgestellt, von denen jeder eine Höhe von sieben Metern aufweist. Hinzu kommen mehrere kleine auf dem Gelände des Hospizes „Gezeiten“ und in den Türmen der beiden Kirchen St. Nikolai und St. Marien. Sie erstrahlen in diesem Jahr erstmalig zum Weihnachtsmarkt am 24. November. Standorte und weitere Infos unter: www.stadt-der-sterne.de BS

Groß Möllen – Der Wintereinbruch schuf am vergangenen Sonntag die idealen Bedingungen für die Freunde des Eisbadens. Die Minusgrade waren perfekt zum Anbaden zur neuen Wintersaison. Das traditionelle „Internationale Winterschwimmer-Festival“ wird Anfang Februar 2026 stattfinden. Schon jetzt bieten die Hotels spezielle Angebote an. TS

Danzig – Die Wiedereröffnung der St.-Nikolai-Kirche in der Johannis-Gasse [Świętojańska] steht bevor. Das südliche Seitenschiff der ältesten Kirche Danzigs, die zudem den Krieg unbeschadet überstanden hat und eine wertvolle Innenausstattung aufweist, wird nach jahrelangen intensiven Restaurierungsarbeiten am 20. Dezember der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht. Die Stadt Danzig hat die Arbeiten am Gewölbe und den Säulen des Seitenschiffs mit über 1,2 Millionen Złoty unterstützt. BS



Zum 1. Advent – Pommern historisch: „Pommern – deutsches Land am Meer“

„Bewohner, die mutlos und verbittert sind“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die Idee Preußens sollte lebendig gehalten werden!“

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau,
zum Thema: Geschichtsseminar
in Helmstedt – Stationen
Ostpreußischer Geschichte (Nr. 44)



Ausgabe Nr. 47

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE

ZU: SYRER BLEIBEN
IN DEUTSCHLAND (NR. 46)

Alle Phänomene haben verschiedene Seiten und Betrachtungsperspektiven. Wenn ein Syrer seine Versorgungsstelle für sich und seine Familie erklommen hat, dann ist er, natürlich im erweiterten Sinne, Teil des öffentlichen Dienstes und Teil unserer Demokratie. Seine Würde ist unantastbar, das heißt ein gewisser systemimmanenter Wohlstand ist unverzichtbar. Jeder weiß: Sein „Ruhegehalt“ kann in der Endsumme erheblich sein. Er müsste also von daher mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn er diese Existenz- und Lebensstellung aufgeben würde. Dass er vergleichsweise mit realer Arbeit, wenn überhaupt vorhanden, keinen Blumentopf gewinnen kann, dürfte den meisten bekannt sein.

Von daher habe ich für die Bleibe-Entscheidung vollstes persönliches Verständnis. Sollte ein bundesdeutscher Steuerzahler und Arbeitnehmer diesbezüglich unzufrieden sein, dann kann und darf er jederzeit abwandern. Andere Optionen sehe ich nicht. Der Bundesdeutsche dient vielen Nhemern. Dies hat er weitgehend selbst gewählt. Auf diese Rolle wurde und wird er sorgfältig vorbereitet.

Jan Kerzel, Diespeck

SCHNELL MIST GEKAUFT

ZU: VON KARPFFEN UND KRAPPEN
(NR. 46)

Es ist schade, dass der über den Konsum geschriebene umfangreiche Beitrag sich mit dem „Konsum“ in der DDR nicht beschäftigt hat. Der in der SBZ 1945 gegründete Konsum hat zusammen mit den 1948 gegründeten staatlichen HO-Einrichtungen (Handelsorganisationen) die Bevölkerung in der 45 Jahre lang andauernden Mangelwirtschaft überwiegend mit Lebensmitteln versorgt. Oft Schlange stehen mussten die Menschen bei beiden, wenn eine Lieferung kam oder etwas Besonderes eingetroffen war.

Organisiert waren die 1989 existierenden 198 Konsumgenossenschaften in 14 Bezirksverbänden und zentral im Verband Deutscher Konsumgenossenschaften. Weiterhin gehörten zum Verband 28 Industrieunternehmen, mehrere Schulungseinrichtungen und ein Konsum-Erholungsheim im thüringischen Oberhof. Die Konsumgenossenschaften zahlten ihren rund 4,5 Millionen Mitgliedern jährlich eine bescheidende Dividende des erwirtschafteten Gewinns aus.

Da die Konsumgenossenschaften private Unternehmen waren, fielen sie nach 1990 nicht in den Zuständigkeitsbereich der Treuhand. Sarkastisch-ironisch meinte man, dass der Name „Konsum“ eigentlich eine Abkürzung von „Kaufte ohne nachzudenken schnell unseren Mist“ sei.

Dr. Ádám Sonnevend/Rostock

SCHRECKLICHE KEHRSEITEN

ZU: ZU HAUSE BEI DEN ALTEN
RÖMERN (NR. 45)

Als moderner Nachbar der Colonia Ulpia Traiana in Xanten bin ich mit dem freundlichen Bericht in der PAZ sehr zufrieden, aber, vertraut mit der lateinischen Literatur und der römischen Geschichte, hält sich meine Begeisterung in Grenzen. Die Straßen, Brücken, Aquädukte und Thermen verbergen eine schreckliche Kehrseite von Krieg, Gewalt und Sklaverei.

So wurden nach der Schätzung von Fachleuten bei der Eroberung Galliens durch Caesar von drei Millionen gallischen Kriegern etwa eine Million im Kampf getötet und eine weitere Million in die Sklaverei verkauft, ganz abgesehen von den römischen Massakern an der Zivilbevölkerung wie etwa in Avaricum (Bourges), wo Caesars Legionäre über 30.000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, gnadenlos töteten.

Schlimmer noch als ein schneller Tod war der Einsatz in landwirtschaftlichen Großbetrieben, in den Steinbrüchen und Bergwerken. Daher hat es in der Geschichte Roms mörderische Aufstände der Geknechteten gegeben, die den Be-

stand des römischen Staates erschütterten. Ebenso trieb der Umgang der römischen Verwaltung die Provinzialbevölkerung zur Revolte. So sah sich der Politiker und Literat Cicero veranlasst, in einem Brief an seinen Bruder Quintus für eine humane und gerechte Behandlung der Untergebenen zu plädieren.

Im Übrigen waren sich die Römer über das Wesen ihrer Herrschaft im Klaren. Wir lesen beim römischen Historiker Tacitus, Agricola 30: „Stehlen, abschlagen, rauben nennen sie mit falschen Begriffen Herrschaft (Imperium); und wo sie eine Einöde schaffen, nennen sie es Frieden.“ Hier sei auch auf die Darstellung des „eisernen Zeitalters“ im ersten Buch der Metamorphosen des Ovid hingewiesen.

Die Römerstädte am linken Ufer des Rheins waren Stützpunkte der imperialen Politik zur Behauptung und Ausdehnung der römischen Macht. Vetera I und II waren als Militärlager bestens befestigt, aber auch die Colonia Ulpia Traiana war eine Festung. Sie war von einer hohen Wehrmauer mit soliden Türmen umgeben. Vorgelagert gab es einen Doppelgraben. Die Toranlagen (Nordtor rekonstruiert) bildeten gut zu verteidigende Bollwerke.

Natürlich haben wir von den Römern ihre Schrift, ihr Schrifttum und über 18 Jahrhunderte ihre Sprache als die der europäischen Kultur übernommen, aber das hatte seinen Preis. *Adolf Frerk, Geldern*

EIN IMMER DRECKIGERES BILD

ZU: DIE „STADTBILD“-DEBATTE
WIRD ZUM MENETEKEL UNSERER
EPOCHE (NR. 44)

Der Bundeskanzler hat recht mit seiner Aussage zum Stadtbild, nur sie war nicht vollständig, und sie kam viel zu spät. Linke und Grüne wollen mit Macht an die Macht, jedes Mittel ist ihnen dabei recht. Sie stürzen sich auf die Zuwanderer, um hier Wähler zu gewinnen. Sie wissen auch sehr wohl, wie ein großer Teil dieser Menschen tickt.

Die jetzige Regierung und ihre Vorgänger haben ihre Blickrichtung immer nur

nach rechts ausgerichtet und haben nicht bemerkt, dass sie links überholt werden. Die Frage, welcher Blick davon gefährlicher ist, stellt sich nicht. Ob links oder rechts – beide Lager sind gefährlich.

Der Vorwurf der vielen „Gutmenschen“, Deutschland sei fremdenfeindlich/ausländerfeindlich, ist eine Unterstellung. Diese angebliche Feindlichkeit haben viele Politiker der letzten zehn Jahre maßgeblich mitgeprägt. Wer diese Begriffe benutzt, kennt offensichtlich nicht den Unterschied zwischen einer anderen Meinung haben und Feindlichkeit.

Dabei haben wir in der Vergangenheit bewiesen, dass wir nicht ausländerfeindlich sind. Erinnern wir uns an die Hunderttausende von Flüchtlingen, die wir im Zusammenhang mit den Kriegen in Vietnam und auf dem Balkan freundlich aufgenommen haben.

Ganz anders hat man sich gegenüber den Flüchtlingen verhalten, die nach dem Krieg aus Ostpreußen oder Pommern in den Westen geflohen sind. „Ihr Hungerleider, geht da wieder hin, wo ihr hergekommen seid“, war noch die harmloseste Aussage. Hier waren es aber Deutsche, die von einem Teil Deutschlands in einen anderen Teil geflohen sind, sie haben ihre Heimat nicht freiwillig verlassen. Ebenso hat man sich gegenüber den DDR-Bürgern, die vor 1989 in den Westen geflohen sind, nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Die anfängliche Hilfsbereitschaft hat sehr schnell nachgelassen.

Warum also wurde in diesen Fällen anders verfahren als bei unseren neuen Freunden aus dem Orient? Auch die Deutsche Einheit ist, was die zwischenmenschlichen Beziehungen betrifft, – bis auf die Anfänge – bei Weitem nicht so verlaufen, wie es hätte laufen müssen.

Eine weitere Veränderung des Stadtbildes werden wir wahrnehmen, wenn es in Deutschland so weitergeht. Wir werden dann eines Tages überwiegend nur noch Bewohner sehen, die mutlos und verbittert sind. Und es wird weiterhin jene geben, die keine Veränderung wollen, also ein Hoch auf das „Chillen“.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Bestseller-Alarm
Die Akte Epstein jetzt lieferbar!

Entdecken Sie, wie tief der Abgrund wirklich ist!

■ Wer war Jeffrey Epstein? Wie konnte sich ein ehemaliger Mathelehrer aus Brooklyn eine Privatinsel in der Karibik, vier Villen in Manhattan, Florida, Ohio und New Mexico, Wohnungen in London und Paris, zwei Privatflugzeuge und einen Hubschrauber leisten? Wie konnte Epstein die Reichen und Mächtigen der Welt um sich scharen, darunter Prince Andrew und Fergie, Bill Clinton, Donald Trump, Ehud Barak, die Rothschilds, Jeff Bezos und Bill Gates, Elon Musk und Peter Thiel, Naomi Campbell und Kevin Spacey, Prinz Mohammed bin Salman und Steve Bannon?

Die CIA, der Mossad und der MI6

Welche Beziehungen hatte Epstein zu den Geheimdiensten? Hat er wirklich Selbstmord begangen – oder wurde er zum Schweigen gebracht? Warum wird die Aufklärung bis heute behindert? Wer steht auf der Kundenliste und warum wird diese nicht veröffentlicht? Was verbindet den Epstein-Fall mit der Clinton-Stiftung und den Impfkampagnen von Bill Gates? Wie sieht die Zukunft des Epstein-Systems aus, und welche Rolle spielen dabei die Silicon-Valley-Milliardäre Elon Musk und Peter Thiel?

Die Mädchen, die niemand hören wollte – Die Akte Epstein gibt ihnen eine Stimme

Im Juli 2019 wurde Jeffrey Epstein verhaftet, 2 Monate später war er tot. Damit wurde offiziell, was jahrelang als Verschwörung galt: Es gab eine geheime Insel mit minderjährigen Sexsklavinnen, auf der Milliardäre, Politiker und Prominente verkehrten.

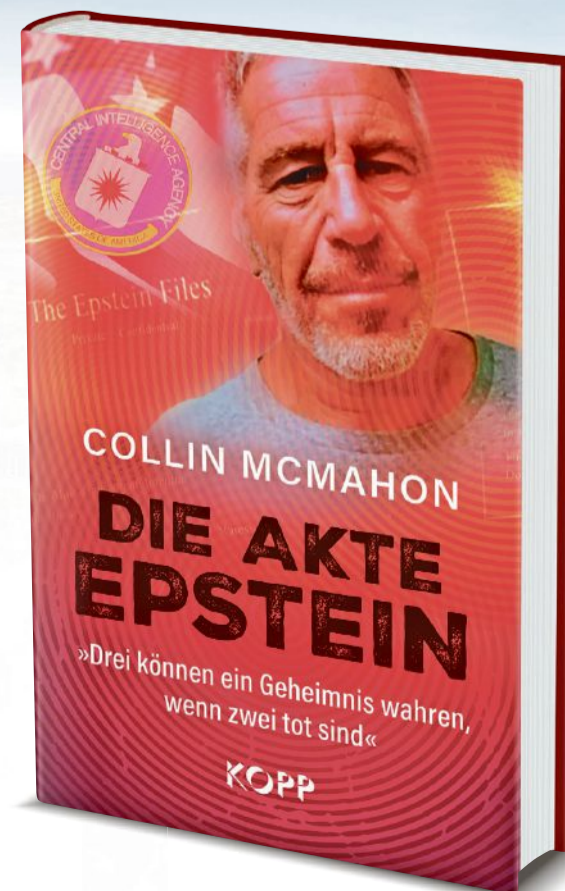
Aber warum schweigen die Medien? Weil sie selbst Teil des Systems sind! Denn nur, wer die Fäden in der Hand hat, bestimmt, was Sie erfahren dürfen.

Collin McMahon geht den neuesten Erkenntnissen auf den Grund. Er hat mit Insidern gesprochen, bislang geheime Dokumente ausgewertet und ein Labyrinth aus Lügen und Rechtfertigungen enthüllt – und er zeigt, warum das Epstein-System auch in Zukunft eine Gefahr für uns alle darstellt.

270 Seiten investigative Enthüllungen – nachvollziehbar belegt, mit über 600 Quellen. Beweise, Zeugenaussagen, Verbindungen. Collin McMahon folgt den Spuren bis ins Herz des Deep States.

Jetzt lesen – damit die Wahrheit siegt!

Collin McMahon: Die Akte Epstein • gebunden • 272 Seiten • Best.-Nr. 991 680 • 23,- €



LISSABON

Der unruhige Geist vom Tejo

Ein literarischer Spaziergang durch Portugals Hauptstadt – Auf den Spuren des vor 90 Jahren gestorbenen Dichters Fernando Pessoa

VON MANFRED LÄDTKE

Am 30. November 1935 starb Fernando Pessoa im Alter von nur 47 Jahren in Lissabon. Damals hatte Portugals Nationaldichter erst einen Gedichtband veröffentlicht, gilt aber neben dem Renaissancedichter Luís de Camões als bedeutendster Lyriker Portugals. Das stellt sich auch bei einem Spaziergang durch „seine“ Stadt heraus.

So „posiert“ Pessoa Tisch an Tisch mit fröhlich plappernden Touristen im Straßencafé von Lissabons Szenekneipe „A Brasileira“ für Familienalben. In seinem Stammcafé bestellte der fast ohne menschliche Bindungen lebende Dichter 1935 seinen letzten Kaffee. Fotografiert zu werden hatte der Sonderling Zeit seines Lebens gehasst. Immerhin wird dem Literaten aber wenigstens ein Handyklick lang Aufmerksamkeit zuteil. Wenn auch nur als Bronzefigur. Lissabons Stadtvätern scheint das der Ehre genug zu sein.

Simone Klein nicht. Sie lässt Stadtbucher die charismatische Stadt am Tejo mit den Augen von Pessoa sehen, und erteilt ihm das Wort: „Ein Fremder hier wie an jedem Ort, zufällig im Leben wie in der Seele“, zitiert die Journalistin aus seinem „Buch der Unruhe“. Mit dem 47 Jahre nach seinem Tod erschienenen fragmentarischen Roman sowie mit dem protokolliarischen Reiseführer „Mein Lissabon“ hat Portugals Dichter seiner Stadt ein literarisches Denkmal gesetzt. Weltliteratur, entstanden aus Genialität, Schwermut und bitterer Einsamkeit. Wer Pessoa liest, könnte meinen, Portugals Hauptstadt sei das, was aus seiner Feder geflossen ist.

Frühlingsabend in Lissabon: Von den sieben Hügeln klettert das blaue Dunkel hinab in die Gassen und vereint sich mit dem schummrigen Gelb der Straßenlaterne. Aus Kneipen klingt traurige Fadomusik. Das ist die Zeit, in der zwischen Alfama und Bairro Alto jene schmerzhaft süße Melancholie einkehrt, die dem Leser in Pessoas „Buch der Unruhe“ begegnet. Vielleicht war es der weite Blick von der Rua de Sao Pedro de Alcantara über das Häusermeer hinüber zur Burg Sao Jorge, der ihn notieren ließ „... unten vergeht das Leben, dieses halbe Nichts“.

Pessoas Leben beginnt am Largo Sao Carlos im Herzen des Chiado-Viertels. „Dort“, zeigt Simone Klein gegenüber dem Nationaltheater auf den vierten Stock des Eckhauses vor der Kirche. Spä-



So schaute schon Pessoa auf Lissabon: Blick vom Terrassen-Café des Santa-Justa-Aufzugs auf den Rossio-Platz Bilder (2): Lädtke

ter soll der Schriftsteller mehr als 30 Wohnungen in der Stadt bewohnt haben. Nicht immer war die Lage so zentral wie im Chiado oder so beschaulich wie am Largo do Carmo, wo er im Haus Nummer 18 wohnte. Der verträumte Platz vor dem Bogengerippe der Karmeliterkirche Igreja do Carmo gehört zu den stimmungsvollsten Orten im Bairro Alto.

Hier wie auf der anderen Seite in der Alfama ist der morbide Charme des alten Lissabons lebendig. Das „Buch der Unruhe“ jetzt aufzublättern heißt allerdings auch, sich des romantischen Zaubers des Platzes zu berauben: „... ich gehe von hier fort, wie ich hergekommen bin – um Stunden älter, eine Wahrnehmung heiterer, einen Gedanken trauriger.“

Von dem Platz sind es nur wenige Schritte bis zur Aussichtsplattform des Santa-Justa-Aufzugs, der die Ober- und Unterstadt miteinander verbindet. Morgens ist auf der kleinen Cafétterrasse meistens noch ein Tisch frei. Aus fast 50 Metern Höhe huscht der Blick über das 180-Grad-Panorama der Stadt, wandert über die blauen Wasser des Tejo, verweilt auf der gewaltigen gelben Fassade der Kathedrale Sé, um sich dann irgendwo in

den Straßen und Gassen des rot schimmernden Häusermeers zu verlieren.

Dort unten zwischen dem Rossio-Platz und dem triumphalen Stadtzugang Praca do Comércio, wo alte Straßenbahnen in die Vergangenheit rumpeln, wo in kleinen Knopfläden voller Schubladen, in Apotheken mit Deckengemälden oder Holz getäfelten Buchgeschäften Requisiten aus Urgroßvaters Zeit die oft nur aus einem kleinen Zimmer bestehenden Ladenräume möblieren, ist auch Pessoa stunden- und nächtelang umhergewandert. Wie ein Schwamm sog der unter chronischer Schlaflosigkeit leidende Dichter die Bilder Lissabons in sich auf.

„Hier spielte sich sein Leben ab“, zeigt Simone Klein die Rua dos Dourados entlang. „Die Achse seines Lebens“, die der Schriftsteller an unzähligen Stellen erwähnt: „Wenn ich die Welt in der Hand hätte, würde ich sie ... gegen eine Fahrkarte zur Rua dos Dourados eintauschen.“

Auch das 243 Jahre alte Café Martinho da Arcada am Praca do Comércio ist ein Zeitzeuge seiner Welt. Nach der Arbeit im Kontor diente es dem Hilfsbuchhalter an frühen Abenden als Schreibstube. Manchmal servierte Kellner ihm eines jener

Fischgerichte, die noch heute die Küche des Lokals auszeichnen.

Es scheint so, als erwartet man im Arkaden-Café die Rückkehr des Gastes. Der Tisch mit Weinglas, Kaffeetasse und Aschenbecher in der Ecke mit den Bildern



Ein Dichter zum Anfassen: Bronze-Pessoa am Café „A Brasileira“ im Chiado-Viertel

des stets abwesend und verloren dreinschauenden Herrn mit Hut, Krawatte und dunklem Anzug ist für Gäste tabu.

Oder war es gar nicht Pessoa, der an diesem Platz schrieb: „Wir alle ... sind Buchhalter in einem Stoffgeschäft ... Wir führen Buch und ... wir schließen die Bilanz, und immer spricht der unsichtbare Saldo gegen uns?“

Um seiner Einsamkeit zu entgehen, schuf sich der Literat „dramatische Geschöpfe“: Alberto Caeiro, Álvaro de Campos und Ricardo Reis. Die fiktiven Dichter stattete er mit eigenen Biographien, politischen Ansichten und Gefühlen aus und setzte ihre Namen unter seine Arbeiten. „Was kann ein sensibler Mensch bei dem Mangel an Mitmenschen, mit denen es sich zusammenleben lässt, anderes tun, als seine Freunde oder zumindest seine geistigen Gefährten zu erfinden?“, fragte er einen Kritiker. Zu den „geistigen Gefährten“ gesellte sich Bernardo Soares, eine Synthese aus Caeiro-Campos.

Wie Pessoa, so arbeitet auch Soares in einem Hinterhofkontor, lebt in einer Mansarde, geht durch dieselben Straßen und sieht dieselben Menschen. Dessen Seelenanalyse wird nach Pessoas Tod auf 27.543 Zetteln und Blättern unsortiert in einer Truhe gefunden und 1982 im „Buch der Unruhe“ veröffentlicht. Es sind Zeilen, in denen Pessoa ein Maximum an Seele leben konnte, in denen aber auch vieles zunächst unverständlich bleibt und sich erst beim Laufen treppauf, treppab durch Lissabon erschließt.

Simone Klein führt ihre Literaturfreunde über das Stufengewirr der Gassen in der Alfama. Manchmal bleibt sie an einer Ecke unter flatternder bunter Wäsche stehen, nutzt den Schatten eines Baumes oder die Stille eines Platzes und liest aus Briefen und Gedichten. Am Largo das Portas do Sol, von dem man die Altstadt bis zur Tejomündung überblickt, bittet sie zum Einstieg in die Straßenbahnlinie 28.

Auf der Fahrt hinaus zur Casa Pessoa nach Campo de Ourique, wo in der Rua Coelho da Rocha 16/18 im letzten Wohnhaus des Literaten ein Museum eingerichtet ist, poltert das historische Vehikel am Café „A Brasileira“ mit der Pessoa-Statue vorbei. Zwei junge Frauen Herzen und umarmen die Plastik für ein schnelles Selfie. „Frauen sind eine gute Quelle für Träume, berühre sie nie“, warnte er zeit lebens. Und daran hielt er sich.

● www.visitlisboa.com

ÖSTERREICH

Christkindlmarkt unter Mozarts Augen

Der historische Adventsmarkt in der Salzburger Altstadt hat seine Wurzeln im 15. Jahrhundert und zählt zu den schönsten weltweit

Der Salzburger Christkindlmarkt am Dom- und Residenzplatz gehört zu den beliebtesten Adventsmärkten Europas und gilt als einer der schönsten der Welt. Seine Wurzeln reichen bis ins Jahr 1491 zurück, als der sogenannte „Tandlmarkt“ erstmals stattfand. In seiner heutigen Form gibt es ihn seit 1974.

Besonders reizvoll sind die Lage im UNESCO-Weltkulturerbe der Salzburger Altstadt, die traditionellen Verkaufsstände und das historische Ambiente. Neben traditionellem Brauchtum, einzigartigem Kunsthandwerk und kulinarischen Köstlichkeiten aus der Region erwarten die Besucher viele kulturelle Erlebnisse.

Der Christkindlmarkt ist nicht nur Kulisse für 96 Verkaufsstände. Täglich wird

ein abwechslungsreiches Kultur- und Brauchtumsprogramm geboten. Dieses reicht von Weihnachtslesungen für Kin-

der, Besuche des Salzburger Christkinds mit seinen „Engerln“, das weithin bekannte traditionelle Turmblasen und vie-

les mehr. Auch die täglichen Chorkonzerte vor der barocken Kulisse des Salzburger Doms sowie die Möglichkeit, selbst in einem Chor mitzusingen, erfreuen sich großer Beliebtheit. Am 5. Dezember findet der traditionelle Krampuslauf statt, und zur ersten Raunacht am 21. Dezember der große Perchtenlauf mit über 150 Schön- und „Schiachperchten“, den in alten Kostümen auftretenden Dunkelgestalten.

Der „Eiszauber am Mozartplatz“ ist eine besondere Attraktion. Vor dem Denkmal Wolfgang Amadeus Mozarts und der barocken Kulisse der Altstadt können Jung und Alt die winterliche Atmosphäre tagsüber und abends genießen. Auf dem Eislaufplatz kann man das Eislaufen inmitten der festlichen Kulisse er-

leben. Wer keine eigene Ausrüstung besitzt, kann sich vor Ort Schlittschuhe und Helm ausleihen.

Der Christkindlmarkt verwandelt sich zu Jahresende in einen Silvestermarkt und wird zur großen Bühne für den Jahreswechsel. Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher ein umfangreiches Silvesterprogramm mit Musik, Tanz, Unterhaltung und einem großen Feuerwerk – erstmals ergänzt durch ein eigenes Kinderfeuerwerk am Nachmittag. Am Neujahrstag lädt ein musikalisches Programm um 11 Uhr unter dem Motto „Alles Walzer“ dazu ein, das neue Jahr in der Altstadt stimmungsvoll zu beginnen. H. Tews

● www.christkindlmarkt.co.at

Hier schmeckt der Glühwein besonders gut: Christkindlmarkt am Dom- und Residenzplatz von Salzburg

Bild: christkindlmarkt.co.at, Salzburg/Neumayr



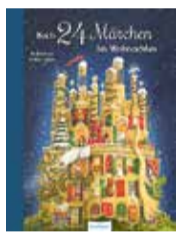


● BÜCHER IM ADVENT

Märchen für jeden Tag

Wer Kinder oder Enkel hat, weiß, dass die Kleinen es in der Adventszeit kaum abwarten können, bis das Fest endlich da ist. Der Stuttgarter Esslinger Verlag hält zur Entspannung einen ungewöhnlichen Adventskalender bereit: Jeden Tag eines der bekannten Märchen der Gebrüder Grimm oder von Hans Christian Andersen und anderen Märchenautoren zum Vorlesen.

Das bibliophil gestaltete, großformatige Buch mit farbigen Illustrationen von Gunther Jakobs ist mit einem Leseband versehen. Im Anhang informiert eine Seite kurz über die Lebensdaten und das Wirken der jeweiligen Märchenerzähler. **MRK**



**Brüder Grimm/
Hans Christian Andersen: „Noch 24 Märchen bis Weihnachten. Zum besinnlichen Vorlesen“**, Esslinger

Verlag, Stuttgart 2024, gebunden, 140 Seiten, 18 Euro

Kreative Geschenke

Die Designerin und Bloggerin Inga Borges hat schon als Kind angefangen, zu häkeln. Ihr Wissen gibt sie in den sozialen Medien weiter. Bei „Granny Squares“ handelt es sich um gehäkelte Quadrate, in die Motive wie ein Weihnachtsstern, eine Blume oder weihnachtliche Ornamente eingearbeitete werden. Das Besondere am Adventskalender ist, dass sich hinter jeder der 24 Doppelseiten, die erst aufgeschnitten werden müssen, das neue Motiv befindet. Im Vorwort gibt Borges Anleitungen zur Technik und zum benötigten Material. **MRK**



Inga Borges: „Der Granny Squares Adventskalender“, 24 quadratische Überraschungen zum Nachhäkeln

, mvg Verlag, München 2025, gebunden, 25 Doppelseiten, 13 Euro

Behaglich und „hygge“

In gleicher Aufmachung wie der „Granny Squares Adventskalender“ ist der Ausmalkalender aus der Reihe „Cute & Cozy Hygge for Friends“. Hinter 24 Türchen finden sich liebevoll gestaltete weihnachtliche Illustrationen, die man ausmalen kann, nachdem man die Doppelseiten getrennt hat. Da das Papier hochwertig und relativ fest ist, ist Vorsicht geboten, um die Seiten nicht zu beschädigen. Das hochwertige Malpapier eignet sich für Buntstifte, Filzstifte und anderes mehr. Ein schönes Geschenk für Jugendliche und Erwachsene. **MRK**



Luna Love: „Cute & Cozy Hygge for Friends. Der supersüße Adventskalender“, mvg Verlag, München 2025, gebunden, 25 Doppelseiten, 13 Euro

KALENDER DER WOCHE



Schönheit und Eleganz

Trakehner Pferde verkörpern auch heute noch die stolze und edle Pferderasse aus Ostpreußen – ein Kalender für das Jahr 2026 zeigt zwölf faszinierende Vertreter der Rasse

Ein Muss für Trakehnerfreunde ist der Kalender „Trakehner 2026: Eine lebende Legende“. Ein Jahr lang haben Fotografen die edlen Rösser des österreichischen Trakehner-Gestüts Murtal im Wechsel der Jah-

reszeiten fotografiert. Der großformatige Kalender zeigt zwölf der eleganten, intelligenten, mutigen und ausdauernden Pferde, die in vielen Disziplinen des modernen Reitsports überzeugen. **MRK**

„Trakehner 2026: Eine lebende Legende“, Benevento Verlag, Salzburg/Wien 2025, Spiralbindung, Wandkalender 60 x 50 cm, 14 Seiten, UVP 38 Euro

KINDERKURHEIM-SKANDALE

Ein düsteres Kapitel der Geschichte

Die Erfolgsautorin Eva Völler hat in ihrem aktuellen Roman ein Thema aufgegriffen, in das die Erfahrungen ihrer eigenen Geschwister mit einfluss-

VON ANGELA SELKE

Die Reporterin Hanna Lorenz macht sich mit ihrer 15-jährigen Tochter auf den Weg nach Borkum. Sie will dort ihren Urlaub verbringen, aber auch gleichzeitig eine Reportage über das Kinderkurheim auf der Insel schreiben. Dieses Heim ist für sie besonders interessant, weil ihre Mutter dort als Fünfjährige sechs Wochen verbracht hatte und auch jetzt noch, als Rentnerin, immer noch traumatische Erinnerungen daran hat.

Durch einen Aufruf bei Facebook hat Hanna eine weitere Frau gefunden, die sich noch gut an so manche üble Erziehungsmaßnahmen der strengen Erzieherinnen erinnern kann und bereit ist, ihre schrecklichen Erfahrungen für die Reportage zu schildern.

Als Hanna in dem Kinderheim, das jetzt ein neues und nobles Hotel ist, morgens aus ihrem Hotelzimmer tritt, liegt eine Kladde vor der Tür. Diese stammt von der damaligen Betreuerin Luise, die seinerzeit plötzlich verschwunden war. Durch die aufschlussreichen Tagebucheinträge erfährt Hanna, wie hart die Leiterin des Heims war, wie alle Kinder, die dort in den 1960er Jahren ihre Kur verbrachten, misshandelt wurden und wie sogar ein Verbrechen vertuscht werden sollte. Hanna lernt schon bald den ortsansässigen Hausarzt Ole näher kennen, der ihr bei den Recherchen helfen möchte, aber immer mehr kommt heraus, dass sein Großvater ebenso in den Fall einer

schweren Kindesmisshandlung von damals verwickelt war.

Eva Völler Roman „Der Sommer am Ende der Welt“ ist mitreißend, aufschlussreich und einfühlsam erzählt. Sie schildert darin aufgrund wahrer Begebenheiten, aber anhand einer fiktiven Geschichte, einige Fälle von Kindesmisshandlungen während ihrer Kuraufenthalte in den 60er Jahren aufdeckt. Völlers Geschwister lieferten dazu die Fakten, denn auch sie hatten eine schreckliche Kur als Kinder erlebt. Ein Thema, das im Vorwort mit folgenden Worten eingeleitet wird: „Triggerwarnung: Der vorliegende Roman enthält Beschreibungen von bestimmten Zuständen in früheren Kindererholungsheimen, durch die ehemalige Verschickungskinder retraumatisiert werden können.“

„Das Schicksal von Millionen Verschickungskindern ist ein dunkles Kapitel bundesdeutscher Geschichte, das in seinen Dimensionen immer noch kaum fassbar und bei Weitem nicht aufgearbeitet ist“, so Völlers Hinweis im Nachwort. Die ehemalige Richter und Rechtsanwältin hängte ihre Robe an den Nagel, um das Schreiben zum Hauptberuf zu machen.



Eva Völler: „Der Sommer am Ende der Welt“, Droemer Verlag, München 2025, Taschenbuch, 395 Seiten, 16,99 Euro

EHEMALIGE DDR

Reise zu wenig bekannten Orten

Der Theologe Frank Richter beschreibt neben restaurierten Klöstern, Schlössern, Burgen und Gedenkstätten Räume der Stille in der Großstadt

VON NORBERT MATERN

Frank Richter, evangelischer Theologe, ehemaliger Bürgerrechtler und Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen ist nicht nur Herausgeber, sondern auch Autor mehrerer Berichte über Orte in Mitteldeutschland, die sowohl im Westen als auch in der ehemaligen DDR nahezu unbekannt waren. Es sind 23 Orte zwischen Kamp in Vorpommern und Falkenstein im Vogtland, die von mehr als 50 Autoren vorgestellt werden. Zu den herausragend schönen Fotos kommt jeweils ein Bild des Verfassers. Endlich einmal gibt es ein positives Buch über die – nun ja – gar nicht mehr so neuen Bundesländer, die auch keineswegs zur „gottlosen Region auf Erden“ gehören.

Nach der Lektüre des Buchs „Oasen im Osten“ möchte man sofort hinreisen. Die Oasen sind alte und neue Klöster, wieder restaurierte Schlösser und Burgen, politische Gedenkstätten wie der „Stasiknast“ in Bautzen oder für Alfred Roßner in Falkenstein im Vogtland, den Textilfabrikanten, der wie Schindler Juden vor dem Tode rettete, dann aber selbst von der Gestapo verhaftet wurde und im Gefängnis starb.

Neben die stillen Winkel in den großen Städten wie Dresden, Stralsund und Görlitz treten die kleinste Hansestadt Werben und Ueckermünde mit der wohl schönsten Buchhandlung im gesamten Nordosten. Hoyerswerda – das Ortsschild ist in Deutsch und Sorbisch geschrieben – wird aus der Schmutzdecke von 1991

geholt, als Neonazis vietnamesische und mosambikanische Vertragsarbeiter attackierten. In der großen Oase Hoyerswerda gibt es viele kleine Oasen mit dem Schloss in der 700 Jahre alten Altstadt. Es ist der kulturelle Mittelpunkt und zugleich bekannt für seine von der Volkshochschule für die politische Bildung veranstalteten Schlossgespräche. Unerwartet gehört zu den „Oasen der Stille“ der Raum im Brandenburger Tor. In der lauten Großstadt findet man hier den „Frieden, der aus der Stille kommt“.

Auch „kirchlich Unberührte“ empfinden Ruhe bei dem Claretiner Mönch Alois Andelfinger, der 2013 aus dem Schwäbischen in das aus dem 13. Jahrhundert stammende Kloster Mühlberg kam. Seine kleine Ordensgemeinschaft schickte ihn an die Elbe, um Seelsorge, Liturgie und Gästebetreuung neu zu beleben. Aus der 800 Krippen umfassenden Ausstellung verleiht er zur Weihnachtszeit Krippen in die Stadt. „Hinter jeder Wegbiegung, unter jedem Stein verbirgt sich Geschichte, die im Hier und Jetzt lebendig wird.“

Ein fast unverzeihlicher Fehler des Verlags ist es, dieses so schön gestaltete Buch ohne Karte zu veröffentlichen.



Frank Richter (Hg): „Oasen im Osten. Entdeckungen in den neuen Ländern“, St. Benno Verlag, Leipzig 2025, gebunden, 139 Seiten, 16,95 Euro

ZELEBRIERTES BRAUCHTUM

Festtags-Sitten im deutschen Osten

Pommern, Ostpreußen oder Schlesien – jede Region hat bis heute ihre schönen Eigenarten und feierliche Riten

Niemals ist das Heimweh so groß wie in der Weihnachtszeit. Wo man auch weilt, die Gedanken gehen sehnsuchtsvoll zurück in die Kindheit mit all dem geheimnisvollen Zauber, der diese Zeit umgibt. Mit besonderer Wehmut im Herzen aber denken viele auch wieder an ihre verlorene Heimat zurück, die in Gedanken wieder auflebt, wenn die Kerzen hell am Lichterbaum erstrahlen.

Kein melodischer Ohrenschaus

In Pommern beispielsweise war von Alters her die Überlieferung weit verbreitet, bei der Geburt Christi habe ein Engel den Hirten befohlen, die Menschen in jedem Jahr durch lautes Blasen mit riesigen Tuthörnern an die stille, heilige Nacht zu erinnern. In der kleinen Stadt Fiddichow an der Oder hatte sich deshalb noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts das große Weihnachtstuten erhalten.

Meilenweit kamen dort aus der Umgebung die Gemeinde- und Gutsschäfer nach Fiddichow gewandert, auf dem Rücken die Tuthörner, eigenartig geformte Instrumente. Diese seltsame Schar der Schäfer sammelte sich in der Kirche zur Christvesper. Nach dem Gottesdienst begann dann das klangvolle Weihnachtstuten vor jedem Haus der kleinen Stadt. Darunter darf man sich allerdings keinen melodischen Ohrenschaus, keine wohlklingenden Engelsschalmeien vorstellen. Diese „Musik“ war gut gemeint, kräftig im Klang, aber wiederum nicht sehr wohlklingend. Ein Zeitgenosse beschreibt das Tuten als beinahe schmerzhaft klingend und als „Ohr- und Herzerreißend“.

Nach beendetem Tut-Konzert trat dann der Stadtschäfer in das Haus ein, brachte einen kurzen Weihnachtswunsch vor und erhielt zum Dank ein



Drei Mädchen aus dem ostpreussischen Allenstein sitzen im Jahr 1920 um den Adventskranz herum und machen Handarbeiten, um für Ihre Lieben Weihnachtsgeschenke zu fertigen

Bild: picture alliance/akg-images

Viergroschenstück, deftiges Kümmelbrot und ein Glas Brantwein.

Gebackener Christbaumschmuck

In Ostpreußen durfte während der Adventszeit nicht getanzt werden. Man sollte sich besinnen und nicht ausgelassen herumzappeln. Außerdem untermalte es das doch eher melancholische Gemüt Ostpreußens, dass in der rauen Winterzeit das Lebensgefühl widerspiegelte. Lieber saß man abends still beieinander, spann die Schafswolle, webte hübsche, bunte Gürtel – sogenannte Jostenbänder –, strickte Strümpfe und Handschkes – warme Fingerhandschuhe aus Wolle in typischen ostpreussischen

Mustern – als Weihnachtsgeschenke. Über allem lag eine große Heimlichkeit, denn jeder sollte mit diesen Geschenken am Heiligen Abend überrascht werden.

Der Teig für die Pfefferkuchen wurde vielfach schon im November angesetzt, damit er vor dem Backen kräftig durchzog und sich die volle Pracht der enthaltenen Gewürze entfalten konnte. Dann wurden außerdem zum Advent und zum Fest große Plattenkuchen und kleine Pfefferkuchen gebacken, die man mit bunten Bildchen beklebte. Diese Kuchen hing man wiederum als Schmuck an den Weihnachtsbaum. Obwohl sich der Brauch, einen Tannenbaum im Haus aufzustellen, wohl erst zum Ende des 19.

Jahrhunderts in Ostpreußen durchgesetzt hatte. Und am späten Abend sang man die Kinder mit folgendem hübschen Wiegenliedchen in den verträumten Schlaf:

Schlaf ein, mein Kind,
Die Stube ist warm,
Da draußen tanzt der
Flockenschwarm.
Wie fallen die Flocken,
So rasch geht mein Rocken,
Du schläfst, ich spinn',
Der Abend geht hin.
Schlaf ein, mein Kind,
Bunt ist dein Traum,
Rotapfel wächst am

Weihnachtsbaum.
Ich sing' für mein Kind.
Du schläfst, ich spinn',
Der Abend geht hin.

Stroh unterm Tisch

In Oberschlesien begann das Weihnachtsmahl am 24. Dezember erst nach dem Aufgehen des hell leuchtenden Abendsterns. Dann musste Stillschweigen gewahrt werden, um diesen Moment zu würdigen. Oft verschloss man sogar Tür und Tor, um jede Störung zu vermeiden. Immerhin war der Stern das Symbol für die Geburt des Herrn, der das Licht in die dunkle Welt brachte.

Für all jene Lieben, die in den letzten Wochen und Monaten verstorben waren, ließ man eine entsprechende Anzahl an Stühlen frei, deckte für sie den Tisch aber mit und stellte Kerzen in ihre Teller, um anzuzeigen, dass sie noch mit in die Familiengemeinschaft gehören und dass man ihrer gedachte sowie sie am Fest teilhaben lassen wollte.

Unter dem Tisch lag eine kleine Schütte Stroh, oder einige Halme lagen unter der Tischdecke, um so das Feld mit in diese Weihnachtsstunde einzubeziehen beziehungsweise an das göttliche Wunder im Stall von Bethlehem zu erinnern. Auf dem Tisch selbst stand ein Kreuz zwischen Salz und Brot.

Ein Stück von diesem Weihnachtsbrot wurde aufbewahrt, um es im Frühjahr oder Herbst in die Aussaat auf dem Feld zu verreiben und so den weihnachtlichen Segen dem Acker mitzuteilen. Nach dem Mahl erhielten die Tiere im Stall Reste des Essens; Obstbäume im Garten wurden mit dem Tischstroh umwickelt. Den Bienen in den Stöcken sagte man die Heilige Nacht an. Erst nach diesen Handlungen begann dann die Bescherung mit der Übergabe der Geschenke.

OSTPREUSSISCHE NASCHEREI

Spitzkuchen – eine fast vergessene Köstlichkeit

Die spezielle Mischung aus Gewürzen, Honig und alten Backmitteln ist der leckere Extra-Clou

Ein fast vergessenes Rezept handelt von ostpreussischen Spitzkuchen. Diese aus feinem, luftigem Honigkuchen gebackenen Spezialitäten erhielten ihren eigentümlichen Namen durch die Art und Weise des Schneidens. Denn durch den gekreuzten diagonalen Schnitt erhielt man zu guter Letzt spitze, leicht rautenförmige Gebäckstücke, die dann mit Schokolade überzogen wurden.

Dieses alte Rezept stammt vom früheren Stadtbäcker Walter Barthel aus der berühmten Uhrenstadt Glashütte in Sachsen. Der wiederum hatte die Zutatenliste und die Art der Zubereitung von einer alten in Glashütte lebenden Ostpreussin erhalten, damit er ihr diese Spitzkuchen backt, da sie mit der Zeit zu alt und schwach dafür geworden war. Zugleich jedoch wollte sie in der Adventszeit auf ihre geliebten Leckerbissen nicht verzichten und so erhielt Bäcker Barthel das alttraditionelle Rezept, das wir hier in der PAZ exklusiv abdrucken, damit unsere Leser dieses ebenso feine wie würzige und extrem leckere Weihnachtsbackwerk nachbacken können. Wir wünschen schon jetzt gutes Gelingen, und lassen Sie es sich schmecken.

Jens Eichler

ZUTATEN:

500 g flüssigen Bienenhonig
500 g festen Bienenhonig
250 g Butter

Diese drei Zutaten in einem Kochtopf mischen und aufkochen, danach leicht abkühlen lassen. Anschließend folgende Zutaten zugeben und alles gut miteinander verrühren:

2 Eier
1 kg Mehl (405er Qualität)
2 Päckchen Nelkenpulver
30 g Zimtpulver

20 g Pottasche in 3 Esslöffel Vollmilch auflösen und zum Teig geben und jetzt alles kräftig miteinander verrühren. Den angesetzten Teig idealerweise drei Wochen an einem dunklen, kühlen Ort (z.B. Keller) ruhen und ziehen lassen, mindestens aber zehn Tage.

Nach Ablauf dieser Ruhezeit ...

500 g Rosinen
250 g Mandeln
200 g Zitronat
12 g Hirschhornsalz
... etwa fünf Minuten unterkneten, bis der Teig etwas geschmeidiger ist.



Diagonal vom Blech geschnitten werden die Teigplatten zu Spitzkuchen – eine ostpreussische Köstlichkeit aus Honig und traditionellen Gewürzen

Bild: Bräunig

Anschließend den rohen Teig etwa zwei bis drei Zentimeter dick ausrollen und auf zwei Backbleche legen. In den auf 180 Grad Ober/Unterhitze vorgeheizten Ofen etwa 25 Minuten lang backen. Danach den Test mit einem Holzstäbchen machen, ob der Teig durchgebacken ist. Dann den Kuchen etwas abkühlen lassen, vom Blech ziehen und vollständig auskühlen lassen. Erst am folgenden Tag

die Teigplatten diagonal – erst von links oben nach rechts unten und dann von rechts oben nach links unten – in nicht zu kleine Rauten schneiden. Anschließend 500 g dunkle Kuvertüre schmelzen und die Rauten mit der flüssigen Schokolade benetzen. Auf ein Kuchengitter oder auf Backpapier zum Trocknen legen. Fertig! Und jetzt: Lassen Sie es sich schmecken, es ist ein Genuss!



● AUFGESCHNAPPT

Mal eine gute Nachricht: Die Bundeswehr vermeldet für das erste Halbjahr 2025 bereits 28 Prozent mehr Einstellungen als im Vorjahreszeitraum. Die massive Werbung um neue Rekruten scheint zu fruchten. Das gefällt aber nicht allen. Ein Kommentator der sonst sehr guten „Berliner Zeitung“ bemängelt, die Bundeswehr-Werbung zeichne „ein verzerrtes Bild des Kriegs“, statt den Umworbenen die Wirklichkeit des Grauens zu zeigen. „Kriegstüchtigkeit, hurra!“, spitzt der Journalist die Botschaft polemisch zu und fürchtet eine „stark militarisierte Bundesrepublik“. Zunächst: Womit soll die Bundeswehr denn sonst um neue Rekruten werben, wenn nicht mit positiven Botschaften über den Soldatenberuf? Mit Bildern von toten Kämpfern? Werbung ist dazu da, das Positive in den Vordergrund zu stellen. Der Kommentar erscheint wie der Ruf aus einer vergangenen Zeit, als moralisierender Pazifismus en vogue war. Dieser Geist hat Deutschland in eine Wehrlosigkeit befördert, die – auch ganz unabhängig von Putin – existenzgefährdend ist. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gabor Steingart hebt im „Focus“ (20. November) die außergewöhnliche Rolle von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) innerhalb der schwarz-roten Koalition hervor:

„In einem Kabinett der grauen Männer und Frauen ist Katherina Reiche eine Ausreißerin – und zwar nach oben. Sie fällt in die Kategorie Lichtblick, weil sie Wähler und Wählerinnen nicht unisono wie geistig Minderbemittelte und wirtschaftlich Bedürftige behandelt, sondern wie erwachsene Menschen. Das war unter Erhard normal und ist heute eine Sensation.“

Liudmila Kotlyarova warnt in der „Berliner Zeitung“ (19. November), dass immer mehr deutsche Industrien abwandern, etwa nach Osteuropa oder Saudi-Arabien, während die Politik hierzulande kaum mehr als große Worte produziere:

„Es reicht nicht, ‚Herbste‘ oder ‚Winter der Reformen‘ auszurufen – die Maßnahmen müssen wirken, bevor weitere Wertschöpfung abfließt. Osteuropa und der Nahe Osten handeln, Deutschland diskutiert und häuft neue Schulden an, die nur noch die Haushaltslöcher stopfen, statt die Wirtschaft direkt zu stärken. Und wer Schulden auftürmt, statt Entscheidungen zu treffen, merkt am Ende – und immer zu spät –, dass er von anderen nicht mehr ernst genommen wird.“

Michael Höfling prophezeit in der „Welt“ (21. November) eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für Deutschland infolge der „Energiewende“:

„Die Energiewende ist ein Fass ohne Boden, ihre Finanzierbarkeit angesichts der Gleichzeitigkeit explodierender Kosten allein für Bürgergeld, Pflege, Rente und Verteidigung ohne soziale Verwerfungen ein Ding der Unmöglichkeit – und ihr Nutzen für das globale Klima ist im Verhältnis zu ihren Kosten grotesk gering.“

Jan Kapusnak attestiert weiten Teilen des linken Lagers „Oikophobie“, heißt: „die irrationale Herabsetzung der eigenen Zivilisation“. Der Hass auf Israel sei ein besonders plakativer Ausdruck dieser Störung, wie er in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (24. November) feststellt:

„Nirgendwo zeigt sich der Selbsthass des Westens deutlicher als in seinem Umgang mit Israel. Für weite Teile der radikalen Linken stellt Israel alles dar, was sie verabscheuen: eine kleine, aber erfolgreiche westlich-demokratische Gesellschaft, technologisch fortschrittlich, militärisch wehrhaft, national geschlossen und selbstbewusst in ihrer Identität.“

● WORT DER WOCHE

„Deutsche Weihnachtsmärkte sind ein Sicherheitsrisiko, weil die deutsche Migrationspolitik ein Hochrisikospiele ist. Deutschland droht es gerade zu verlieren.“

Alexander Kissler auf „Nius.de“ am 20. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Großes Kaliber

Wie nach der „grünen“ die „rote Transformation“ folgt, und warum wir alle zusammenstehen müssen

VON HANS HECKEL

Wer hätte das geahnt: Sie denken gar nicht daran, sich tatsächlich von ihren fossilen Energieträgern zu verabschieden. Einen entsprechenden „Fahrplan“ haben Länder wie China, Indien, Russland und Saudi-Arabien beim Klimagipfel im brasilianischen Belém kalt abblitzen lassen.

Damit ist auch sicher: Deutschlands industrielle Selbstmord bleibt nicht nur ohne Nachahmer. Er könnte sich sogar noch beschleunigen. Denn wenn mächtige Konkurrenten auf dem Weltmarkt nicht mitmachen, wird sich der Abstand der Energiekosten zwischen den und uns noch mehr vergrößern. Saudi-Arabien wirbt bereits intensiv um deutsche Industrie-Unternehmen, damit sie ihre Produktion vom teuren Deutschland ins günstige Wüstenkönigreich verlagern. Und manche Konzerne sind gar nicht abgeneigt.

Warum auch nicht? Die Gleichgültigkeit, mit welcher die Abwanderung der Industrie in Deutschland quittiert wird, erinnert an die historischen Worte eines deutschen Politikers, der 1989 kundtat, er „weine ihnen keine Träne nach“, als „seine“ Leute gerade massenhaft seinen bald darauf untergehenden Staat verließen.

Allerdings öffnet sich eine rapide wachsende Finanzlücke, weil mit der weg- oder untergehenden deutschen Industrie auch Abermilliarden an Wertschöpfung perdu sind. Der deutsche Staat benötigt aber jeden Tag mehr Geld, weshalb ja nicht einmal die gigantischen Sonderschulden noch ausreichen, um die fette Henne am Leben zu erhalten. Sie ahnen: Da klafft etwas auseinander, das sich allein mit schönen Worten nicht mehr zusammenflicken lässt. Nicht einmal oberflächlich, so als Show.

Die Lösung kommt von links: Dort, bei SPD, Grünen und Linkspartei hat man den Ausweg aus dem Dilemma längst gefunden. Die „Reichen“ sollen zahlen: Höhere Erbschaftsteuer, Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze, Vermögensteuer, vielleicht auch ein „Rentensoli“ für Bezieher von Renten, die oberhalb des Existenzminimums rangieren, oder auch eine noch höhere Grundsteuer (zahlen auch die Mieter, wissen es meist nur nicht) – ach, die Liste der Steuerideen ist endlos.

Was die Zielpersonen dann wohl machen? Nun, die breite Mittelschicht hätte gar keine

Chance, die wird bluten müssen. Aber ruhig Blut, gegen die gehe es ja auch gar nicht, beteuern linke Politiker und angedockte „Experten“. Man wolle nur die „Reichen“ zur Kasse bitten. Die wären allerdings längst nicht so hilflos ausgeliefert wie die breite Mittelschicht – und machen bereits Ansagen. Der viele Millionen schwere Pop-Rabauke Dieter Bohlen ließ dieser Tage beispielsweise wissen: „Wenn die Vermögensteuer kommt, bin ich in sechs Stunden weg!“ Man ist geneigt, ihm zu glauben.

Damit schlosse sich der „grünen Transformation“, welche die industrielle Wertschöpfung aus dem Land gescheucht hat, die „rote Transformation“ an, mit welcher man auch das in besseren Jahren mühsam aufgebaute Kapital noch hinterherjagt. Am Ende ist dann eben beides weg.

Ja, und dann? Nun, das könnte der Moment werden, an dem sich unser fester Glaube, Deutschland sei gewissermaßen von Natur aus ein reiches Land, als tragische Illusion erweist. Schade. Aber soweit sind wir ja noch nicht ganz, weshalb wir viel lieber unsere alten Debatten fortsetzen, als uns mit so einer grottenhässlichen Perspektive auseinanderzusetzen.

Was nicht mehr so einfach ist, seitdem immer mehr Deutsche das Ende der Illusion voraussehen und die Lösung nicht mehr darin erkennen wollen, dass die Politik nur immer weitersabbelt. Etwa, was unser absehbar kollabierendes Rentensystem angeht. Junge CDU/CSU-Politiker teilen die Unruhe und haben gegen das folgenlose Weiterfaseln bekanntlich Widerspruch eingelegt.

Die Jungen sollen die Klappe halten

Doch keine Angst, Unionsfraktionschef Jens Spahn weiß, wie man die Aufmüpfigen wieder einfängt. Bei „Berlin direkt“ redet er den parteiinternen Kritikern beim Rentenstreit tief ins Gewissen: Die Regierung müsse „als Ganzes regierungsfähig bleiben“, denn es gehe derzeit schließlich um die „Friedensordnung Europas“, und da sei der Kanzler eine „entscheidende Stimme“, für Europa und auch transatlantisch.

In dieser Lage die Zustimmung zum Rentenpaket zu verweigern, grenzt also an einen Dolchstoß in schwerer Zeit, lesen wir aus der Botschaft. Jetzt müssen alle zusammenstehen! Denn, so Spahn, die SPD habe ja schon bei der Migration Zugeständnisse gemacht, da müsse man den Genossen als Gegenleis-

tung bei der Rente nachgeben. Sonst platzt noch die Koalition.

Suchen Sie auch gerade nach dem sachlichen Zusammenhang zwischen syrischen Asylsuchern, die längst abgeschoben sein müssten, der deutschen Rentenkrise und den Verhandlungsstrategien von Wladimir Putin und Donald Trump im Ukrainekrieg? Lassen Sie's sein, Sie werden ihn genauso wenig finden wie ich, weil es den gar nicht gibt.

Es ist bloß der alte Trick: Wenn die Politik einen solchen Mist baut, dass sie das Desaster selbst nicht mehr verbergen kann, dann wird „Zusammenstehen“ zum höchsten Zweck erklärt. Wogegen genau, hängt von der jeweiligen Weltlage ab, da ist man flexibel. Derzeit soll die junge Generation gefälligst die Klappe halten, wenn man ihr die finanzielle Zukunft unter den Füßen wegzieht, weil Putin vor der Tür stehe. Wer diesem Tagesbefehl die Gefolgschaft verweigert, könnte sich alsbald dem Vorwurf ausgesetzt sehen, ein „vaterlandsloser Geselle“ zu sein. Viel Vergnügen dabei!

Die Größe des Kalibers, das man gegen die aufmüpfigen Jungen in Stellung bringt, lässt den Umfang der Heuchelei bemessen. Dennoch sollten wir nachsichtig sein. Was hätte Spahn denn sonst sagen sollen? Die Wahrheit etwa? Die hätte so geklungen: Wir wollen um jeden Preis an der Macht bleiben. Dafür müssen wir die Sozis füttern, damit unsere Koalition wenigstens die nächsten Wochen übersteht. Um danach sogar bis 2029 zu überleben, setzen wir demnächst die Rentenkommission ein.

Was die herausbekommen soll? Tja, natürlich genau dasselbe, weil nahezu sämtliche Rentenkommissionen seit Jahrzehnten ans Licht gefördert haben: Dass es so nicht weitergeht und dringend grundlegende Reformen nötig sind, um die Alterssicherung vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Mit anderen Worten: Niemand erwartet von der Kommission irgendeinen grundlegenden Erkenntnisgewinn. Es geht allein um Zeitgewinn. So haben es schließlich fast alle Bundesregierungen seit 40 Jahren gemacht, und alle sind damit durchgekommen. Warum sollte man an dieser bewährten Praxis etwas ändern?

Nun, ein Grund wäre, dass wir überall – ob Rente und Sozialstaat, Energie und Wirtschaft, Migration und Sicherheit, Schulden und Finanzen – ans Ende der Fahnenstange geraten. Und zwar eher heute als morgen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de